ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 8. Dezember 2011 | 62. Jahrgang | Nummer 23

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunalkongress der Bundes-KPV 2011:

Im Zeichen der Eurokrise

Auf dem zweitägigen Kongress-kommunal der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) in Kassel diskutierten rund 600 kommunale Mandatsträger über die Zukunft der Kommunen im Zeichen der Eurokrise. Auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel verdeutlichte dabei - auch und gerade in Bezug auf die Kommunen - ihre Position zu den Themen Eurobonds, Energiewende und Bildungspolitik.

MdB Peter Götz, Bundesvorsitzender der KPV und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, lobte in seiner Eröffnungsrede die Bundesregierung für ihre gute Kommunalbilanz. Er erinnerte an die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund und die Einführung des Bildungspaketes. „Die Maßnahmen reihen sich ein in die strikt kommunalfreundlichen Wegmarken der christlich-liberalen Koalition“, so der KPV-Vorsitzende.

Speziallasten

Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichen Kassenergebnisse der Kommunalhaushalte für das erste Halbjahr 2011 belegten einmal mehr, dass die Kommunen von dem Wachstums- und Arbeitsmarktimpuls der unionsgeführten Koalition seit 2010 enorm profitierten. Auch die gerade im Bundestag verabschiedete Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zeige deutlich, dass dem Bund an starken Kommunen gelegen sei. Denn die allseits befürchtete „Rosinenpickerei“ durch private Entsorger sei erfolgreich verhindert worden. Dennoch litten die Kommunen unter den Soziallasten. Götz appellierte deshalb an die Bundesregierung, das bisherige Verfahren der Eingliederungshilfe von Behinderten zu überprüfen und die Kommunen diesbezüglich zu entlasten.

Auch in Hessens Kommunen, denen es zwar finanziell insgesamt relativ gut gehe, fehle das Geld, betonte Ministerpräsident Volker Bouffier. „Wir wollen ganz konkret Kommunen unterstützen und haben drei Milliarden Euro für einen kommunalen Rettungsschirm zur Verfügung gestellt“, erläuterte Bouffier. Das Geld werde aber nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt, sondern nach Bedürftigkeit. Ziel des kommunalen Schutzschirms sei jedoch die Hilfe zur Selbsthilfe, deshalb müssten sich die entsprechenden Kommunen verpflichten, nicht umgehend wieder in eine Schuldensituation zurückzufallen. „Wir nehmen die Arbeit der KPV sehr ernst. Sie ist eine Brücke für die Partei zur kommunalen Welt“, unterstrich Bouffier die Bedeutung der KPV.

Spielräume nötig

„Es ist spannend, bei der KPV zu sein, weil sie das Lebensgefühl vor Ort vermittelt“, machte Kanzlerin Angela Merkel deutlich. Nur starke Kommunen könnten ein starkes Deutschland ermöglichen. Denn Kommunen bräuchten Spielräume, um ihre Vorstellungen von kommunaler Selbstverwaltung umzusetzen. Um diese Spielräume aufrechtzuerhalten, habe der Bund zum Beispiel die Kosten der Grundsicherung übernommen. Jetzt seien die Länder gefragt, die zusätzlich zur Verfügung gestellten Gelder des Bundes an die Kommunen weiterzugeben.

Die Kanzlerin forderte die Kommunen auf, den Weg zum Zeitalter erneuerbaren Energien als Chance zu begreifen. Der

Fortsetzung auf Seite 4

In Freising auf dem Podium: Anja Wilde (Geschäftsführerin der Europäischen Metropolregion München) mit (v. l.): Dieter Thalhammer (Oberbürgermeister von Freising), der Münchner Stadtdirektor Stefan Reiß-Schmidt, Gesprächsleiter Robert Schreiber (Bayerisches Wirtschaftsministerium), Hermann Steinmaßl (Landrat des Landkreises Traunstein und Sprecher der Regionalen Planungsverbände in Bayern) und Peter Schweiker (Geschäftsführer und Leiter des Bereiches Innovation und Netzwerke der IHK Heilbronn-Franken).

Europäische Konferenz in Freising:

Lebensräume auf Augenhöhe

Die Gefühlslagen und das Verhältnis von Stadt und Land thematisierte die Europäische Konferenz „Stadt braucht Land braucht Stadt“ in Freising. Darauf aufbauend galt es, Strategien zu entwickeln und Kooperationen anzustoßen, die eine ausgewogene Entwicklung urbaner und ländlicher Lebensräume „auf Augenhöhe“ begünstigen. Veranstalter waren die Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung, die Arbeitsgemeinschaft der Akademien Ländlicher Raum in den deutschen Ländern sowie das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

„Die Vielfalt Europas ist ein gemeinsames Erbe“ stellte eingangs Theres Friewald-Hofbauer, Geschäftsführerin der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung fest. „Wertschöpfung ist der Schlüssel“, betonte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner. „Wir müssen es schaffen, die Arbeit zu den Menschen bringen und auch im ländlichen Raum Bildungs- und Technologiehochburgen aufbauen.“ Die Stärke Bayerns liege in der Stärke seiner Regionen. Der Erfolg der Dorferneuerung, so Brunner, zeige, was der Dreiklang aus Beraten, Begleiten und Bezuschussen leistet. Der Minister forderte neue Kooperationsformen: „Wenn die geistigen Schranken fallen, dann sind die administrativen Grenzen zweitrangig.“

Wie Erwin Pröll, Landeshauptmann von Niederösterreich und Vorsitzender der Europäischen ARGE hervorhob, „wird das Instrument der Raumordnung und Regionalplanung immer wichtiger. Bei uns werden die Raumordnungsprogramme in den Gemeinden erarbeitet, z. B. entlang eines Entwicklungsbandes. Gebilligt wird das Programm vom Land.“ Bei interkommunalen Gewerbegebieten könnten die Gemeinden gemeinsam entscheiden, wie sie die Steuereinnahmen aufteilen.

Intelligente Lösungen

Nach Ansicht von Prof. Mark Michaeli (Lehrstuhl nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land, TU München) „sollten wir nicht immer nur vom Status quo sprechen, sondern von der Zukunft“. Utopien seien dabei allerdings nicht hilfreich. „Wir müssen das gesamte System verstehen und versuchen, intelligente Lösungen zum Beispiel dort zu finden, wo Strukturen ihre frühere Funktion verloren haben.“

Stadt braucht Land braucht Stadt. Gilt das auch innerhalb einer Metropolregion? Mit dieser Frage beschäftigten sich prominente Teilnehmer einer Podiumsdiskussion unter der Leitung von Robert Schreiber, Bayerisches Wirtschaftsministerium.

Fortsetzung auf Seite 4

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Gegen Etikettenschwindel

Als wichtigen Schritt zur dringend benötigten Entlastung der kommunalen Haushalte hat das Präsidium des Deutschen Landkreistages die Übernahme der vollständigen Kosten der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund begrüßt. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré forderte nach einer Präsidiumssitzung in Münster die Länder auf, entsprechend der Zielsetzung des Gesetzes die Entlastungsbeträge vollständig an die Kommunen weiterzuleiten. „Das Geld muss selbstverständlich bei den Kommunen ankommen. Alles andere wäre ein Etikettenschwindel, weil das Gesetz ausdrücklich der Stärkung der kommunalen Finanzkraft dienen soll.“

Der Bund übernimmt vom nächsten Jahr an die kommunalen Ausgaben für die Grundsicherung im Alter. Ab dem Jahre 2014 wird er diese Kosten vollständig übernehmen. „Damit leistet der Bund einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation. Das ist zu begrüßen“, lobte Duppré.

Nach Erkenntnissen des Deutschen Landkreistages hätten aber mehrere Länder vor, einen Teil der Kostenübernahme des Bundes nicht an die Kommunen weiterzugeben. „Es geht um einen Betrag von etwa 335 Mio. Euro bei einer Gesamtsumme von 3,75 Mrd. Euro und damit um ungefähr 9 Prozent des Betrages, den die Flächenländer vom Bund erhalten.“ In den betroffenen Ländern würden Abschläge von bis zu 30 Prozent vorgenommen. In einigen Ländern bestehe sogar die Befürchtung, dass die Entlastung überhaupt nicht an die Kommunen weitergegeben werde.

Abfallwirtschaftsrecht

„Wir sind zuversichtlich, dass es noch gelingen wird, zu einer vollständigen Weitergabe an die Kommunen zu gelangen“, machte Duppré deutlich. Andernfalls würde das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen jedenfalls in Teilen seine Zielsetzung verfehlen.

Was das neue Abfallwirtschaftsrecht anbelangt, so äußerte der Präsident nach Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat die Erwartung, weitere Verbesserungen für die Kommunen zu erreichen. Nach seiner Ansicht „besteht im Vermittlungsverfahren nunmehr die Chance, ausgehend von dem bereits erzielten Kompromiss weitere Verbesserungen für die kommunale Seite zu erreichen“. Daher begrüßten die Landkreise als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger das Votum der Länder im Bundesrat, die Gleichwertigkeitsprüfung, wonach private Entsorger zugelassen werden müssten, wenn sie eine höherwertige Sammlung sicherstellen, doch noch entfallen zu lassen.

Steuerungsfunktion

„Zwar wird durch den bereits gefundenen Kompromiss sichergestellt, dass ein ‚Rosinenpicken’ privater Firmen zulasten der öffentlich-rechtlichen Ent-

Fortsetzung auf Seite 4

Neues von Sabrina

Der Bürgermeister lebt in einer tief vergessenen Tradition, die den Zeitraum von 40 Tagen vor Weihnachten als strenge Fastenzeit betrachtete. Von diesem frommen Brauch ist heutzutage kaum mehr etwas übrig geblieben. Schade eigentlich, bedauert die Vorzimmerperle. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Landtagspräsidentin Barbara Stamm zeichnete 50 Persönlichkeiten mit der Bayerischen Verfassungsmedaille aus, darunter Wunsiedels Bürgermeister Karl Willi Beck. (Siehe S. 3)
Bild: Bildarchiv Bayer. Landtag/Rolf Poss

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Bundeswehrreform: Neue Perspektiven für Kommunen . . . 2
Eine Nummer für alle Behörden 3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Geschenke schon im November? 3
Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung 5
GZ-Fachthemen:
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau 6-7
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV 8
Wasser · Abwasser 9-10
Umwelt · Abfall 11-12
Aus den bayerischen Kommunen 13-16

Bundeswehrreform:

Neue Perspektiven für Kommunen

Individuelle Planungen bei Standortschließungen Auch der Bund ist gefordert

Die Staatsregierung werde alles tun, damit die von der Bundeswehrreform in den Jahren 2012 bis 2017 hart getroffenen Städte und Gemeinden neue Perspektiven bekommen und die neu entstehenden Konversionsflächen zu Zukunftsflächen im Sinne der Strategie „Aufbruch Bayern“ werden. Das hat Staatskanzleiminister Thomas Kreuzer in einer Regierungserklärung im Landtag zugesagt. Zur aktiven Unterstützung der Kommunen bei der Neuplanung wurden im Nachtragshaushalt 2012 fünf Millionen Euro zusätzlich veranschlagt. Viel hängt indessen davon ab, inwieweit sich der Bund an der Neustrukturierung beteiligt. Dazu soll es am 12. Januar ein Spitzengespräch im Kanzleramt geben.

Der Bund trage als Verursacher der durchaus notwendigen Reform zunächst die Verantwortung für die negativen Folgen von Standortschließungen und Verkleinerungen. „Wir werden diese Verantwortung für unsere Gemeinden deutlich einfordern.“ Das will Kreuzer im Januar zunächst mit Kanzleramtsminister Roland Pofalla und dann mit Verkehrsminister Peter Ramsauer, Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk und Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt besprechen. Bayern fordert ein mehrjähriges Konversionsprogramm, vorzugsweise im Rahmen bestehender Programme wie dem für die Städtebauförderung.

20.000 Posten Verlust

Bayern ist von der Bundeswehrreform empfindlich getroffen. Zahlenmäßig gibt es, wie Kreuzer nochmals darstellte, zwar nur drei von insgesamt 31 Standortschließungen, aber mit dem Verlust von fast 20.000 Dienstposten, von 50.700 bleiben 31.000, sei es der Verlust von nahezu 40% der Arbeitsplätze mit allen Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur vom Fachbetrieb bis zum Einzelhandel. Ganz auf- dorte genannt hatte: „Die Wehrtechnik ist Innovationstreiber für das High-Tech-Land Bayern.“

Konversionsmodelle

Johannes Hinterberger (CSU) und Tobias Thalhammer (FDP) begrüßten, dass Kreuzer sofort nach seinem Amtsantritt begonnen habe, in die betroffenen Gemeinden zu fahren, ortsangepasste Konversionsmodelle zu erörtern und dabei zu helfen. Besonders für die schwäbischen Standorte Donauwörth, Rissen, Kaufbeuren, Kempten und Sonthofen hätte man sich andere Lösungen gewünscht. „Wir werden hier besonders auf Ausgleich drängen.“ Das Verteidigungsministerium wolle sich in Kaufbeuren um eine Nachnutzung des Geländes bemühen. „Diese Ankündigung verfolgen wir sehr genau.“ Relativ gut weggekommen seien die strukturschwächeren Gebiete in der Oberpfalz, in Niederbayern und im östlichen Oberbayern. Die Standorte Pocking, Weiden und Cham würden sogar leicht wachsen. Kreuzer hatte bestätigt, die 10. Panzerdivision komme aus Sigmaringen nach Veitshöchheim und die Sanitätsakademie bleibe in München.

Gemeinsame Konzepte

Die Opposition befand, es handle sich bei einigen erhaltenen Standorten nur noch um eine Handvoll Dienstposten, die den Namen Standort nicht mehr verdienten. Das Angebot des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude, die Landeshauptstadt könne zu Gunsten des Landes auf die Bundeswehr verzichten, wies Kreuzer als den falschen Weg zurück.

Im Schlusswort nahm Ministerpräsident Horst Seehofer das Gesprächsangebot der Opposition an. Er verwies darauf, dass sich alle 16 Ministerpräsidenten einig seien, auf jeden Bundeswehrstandort zu schauen und gemeinsame Konzepte zu schaffen. Das werde beim Spitzengespräch im Kanzleramt zum Ausdruck kommen. Die Bundeswehr habe im vergangenen halben Jahrhundert einen wesentlichen Beitrag zur Demokratie geleistet und werde das weiter tun. Für den freiwilligen Dienst in der neuen Bundeswehr sollten sich möglichst viele jungen Menschen verpflichten. **rm**

Kontroversen

Bei grundsätzlicher Übereinstimmung, dass die Bundeswehr des 21. Jahrhunderts nicht mehr die des Kalten Krieges sei, brachte die Aussprache zu der nur 20 Minuten dauernden Regierungserklärung wieder Kontroversen. Bernhard Pohl (FW) befand, die Reform habe Bayern wie ein Torpedo getroffen, besonders in Schwaben und Oberbayern. Die Betroffenen wollten nicht mit schönen Worten beruhigt oder vertröstet werden. Pohl bot der Staatsregierung gleichwohl Zusammenarbeit an. Bundes- und Staatsregierung müssten handeln. Die notwendige Hilfe dürfe nicht an Parteigrenzen scheitern. Die Staatsregierung, vor allem aber der Bund, seien gefordert. Ludwig Hartmann (Grüne) verwies darauf, dass sowohl die Bundesals auch die Staatsregierung die Städtebauförderung gekürzt hätten. Es gehe um passgenaue Lösungen vor Ort. Eine Absage erteilte Hartmann der Rüstungsindustrie, die Kreuzer als wichtigen Bestandteil der Garnisonsstan-

Bessere Ausbildung für besseren Feuerschutz

Feuerwehrschulen erhalten 40 Personalstellen mehr Stark gestiegener Aus- und Fortbildungsbedarf

Die Aktionsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr auch durch bessere Ausbildung ihrer Führungskräfte zu steigern, bleibt Ziel der Staatsregierung und der Koalition. Im Landtag verabschiedeten CSU und FDP einen Dringlichkeitsantrag zur Verbesserung der Personalsituation bei den Staatlichen Feuerwehrschulen in Geretsried, Regensburg und Würzburg. Im Nachtragsetat 2012 werden dazu 25 neue Stellen geschaffen und die Aufstiegsmöglichkeiten der Lehrkräfte besoldungsmäßig verbessert. Die Opposition stimmte im Grundsatz zwar zu, rügte indessen die ihrer Meinung nach langjährige Untätigkeit der Staatsregierung.

Das sachlich zuständige Innenministerium bekommt im Entwurf des Nachtragsetats 2012 (s. GZ 24 / 22.11.2011) zusammen mit den bereits im Doppelhaushalt 2011/12 geschaffenen 15 weitere 25 Stellen, also 40 insgesamt. Dies zur Deckung des stark gestiegenen Aus- und Fortbildungsbedarfs an den drei Schulen. Christian Meißner und Florian Herrmann als CSU-Fachsprecher begrüßten die neuen Stellen sowohl im Sinne der Auszubildenden als auch der nicht nur technisch, sondern auch pädagogisch qualifizierten Lehrkräfte. Die neuen Stellen bieten ihnen mindestens die Besoldungsgruppe A10/All. Unabdingbar sei auch, mehr junge Frauen als Führungskräfte zu gewinnen und zu schulen. Andreas Fischer (FDP) unterstrich, die Losung „Bildung ist unsere Zukunft“, gelte für alle Lebensbereiche.

Personal und Material fehlt

Helga Schmitt-Bussinger von der SPD verwies auf das jahrelange Klagen des Landesfeuerwehrverbandes. Nicht nur Personal fehle, sondern auch das Material. In den örtlichen Feuerwehren sei das Material zur Brand- und Schadensbegrenzung oft viel moderner als an den Schulen. Geld zu Neuanschaffungen sei viel zu lange gehortet worden. Susanna Tausendfreund (Grüne) stimmte zu. Zur Personalsituation berichtete sie, immer wieder würden Lehrgänge gestrichen und viele der Ausbilder nähmen besser bezahlte Stellen bei Werksfeuerwehren an. Auch Günther Felbinger (FW) sprach von unbefriedigender Fluktuation wegen unbefriedigender Besoldung. Der Groll der Opposition bezog sich auch darauf, dass in der gleichen Plenarsitzung vier entsprechende SPD-Anträge auf der Tagesordnung standen, die in der Ausschussberatung vor der Kabinettsklausur über den Nachtragsetat von der Koalition abgelehnt worden waren. Dringlichkeitsantrag fußte auf den Beschlüssen von St. Quirin.

7.700 Einheiten

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) bestätigte den gestiegenen Personalbedarf, wies jedoch den Vorwurf zurück, geknausert zu haben. In den letzten zehn Jahren seien über 150 Mio. Euro in die Feuerwehrausbildung geflossen. Dies im Interesse der rund 325.000 Feuerwehrleute, die in mehr als 7.700 Einheiten zum Schutz der Menschen and Sachen ehrenamtlich tätig sind. **rm**

Dissens über Finanzierung der BLB-Sanierung

Opposition sieht Ex-Finanzminister Fahrenschon im Zwielicht

Die Erklärung von Finanzminister Markus Söder, die Staatsregierung erwarte, dass sich der Bayerische Sparkassenverband an den von der EU-Kommission verlangten drei Milliarden Euro Rückzahlung der BayernLB für ihre Rettung vor der Pleite zur Hälfte beteilige, hat im Landtag den schwelenden Streit neu entflammt. Die Opposition will die Ereignisse von 2008, als der Freistaat die damals zu gleichen Teilen Staat und Sparkassenverband gehörende Bank mit zehn Milliarden frischen Kapitals allein rettete, wieder auf die Tagesordnung bringen. SPD und Grüne haben entsprechende Initiativen eingeleitet.

„Wir erwarten uns substanzielle Beiträge und zwar 2013“, hatte der Nachfolger des gerade zum deutschen Sparkassenpräsidenten gewählten Georg Fahrenschon nach einer Kabinettssitzung verkündet. Seinerzeit seien die Sparkassen ohne einen Cent zu zahlen, aus der Partnerschaft mit dem Freistaat ausgeschieden.

Konkrete Berechnungen fehlen

Eine Beteiligung an den aus Brüssel vorgesehenen drei Milliarden etwa zur Hälfte sei dem alten Miteigentümer zuzumuten. Söder schlug vor, der Sparkassenverband solle der BayernLB die Landesbausparkasse (LBS) für etwa 1,2 Mrd. Euro abkaufen. Bayerns Sparkassenverbandspräsident Theo Zellner erklärte sich verhandlungsbereit, zumal die 72 Landessparkassen schon immer stark am LBS-Geschäft interessiert waren; es fehlten jedoch konkrete Berechnungen. Erforderlich wäre dann ein Verbandsbeschluss mit 75-Prozent-Quorum.

Für die Opposition ist einmal mehr Söders Vorgänger verantwortlich dafür, dass die Sparkassen seinerzeit nicht zur Sanierung der BayernLB herangezogen wurden. Es sei auffällig, erklärte Inge Aures, Vizevorsitzende der SPD-Fraktion und des BayernLB-Kontrollausschusses im Landtag, „dass die bayerischen Sparkassen während der Amtszeit von Finanzminister Fahrenschon aus der Restrukturierung der BayernLB herausgehalten wurden“. Dieser Sachverhalt erscheine nach seiner Wahl zum deutschen Sparkassenpräsidenten „in einem neuen Licht“. Grünen-Finanzsprecher Eike Hallitzky verlangte dringende Klärung, „ob sich der Finanzminister damals schon als Lobbyist der Sparkassen geriert hat und dafür nun mit dem Posten des Sparkassenpräsidenten belohnt wurde“.

Verdächtigungen

CSU-Fraktionschef Georg Schmid konterte, es sei ungeheuerlich, wenn ohne den geringsten Anhaltspunkt heute Verdächtigungen ausgesprochen werden. „Da wird parlamentarische Kontrolle zur persönlich diffamierenden Kampagne.“ **rm**

Beschluss im Bundestag:

Gesetz für Frauenhilfetelefon

Mit dem Frauenhilfetelefon soll es künftig „eine Erste-Hilfe-Nummer für Gewaltopfer geben“, umschreibt Kristina Schröder (CDU), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Zielsetzung eines von ihrem Ministerium initiierten Gesetzentwurfs. Diesen hat der Bundestag jüngst in Zweiter und Dritter Lesung einstimmig beschlossen, meldete das Ministerium.

„Wir haben in Deutschland ein sehr gutes und dichtes Netz von Frauenhäusern und Beratungsstellen vor Ort. Das Problem ist, dass es oft lange dauert, bis bedrohte und misshandelte Frauen den Weg zu Rat, Schutz und Hilfe finden“, so Schröder. Deshalb sei das neue Hilfetelefon eine wichtige Ergänzung zu bestehenden Beratungsangeboten, gerade für solche Gewaltopfer, für die der Weg in eine Beratungsstelle körperlich, sprachlich oder kulturell bedingt eine große Hürde darstellt: Etwa Frauen mit Migrationshintergrund, Opfer von Menschenhandel und Zwangsverheiratung oder Frauen mit Behinderung.

Bundesweit einheitliche Rufnummer

Das Telefon soll neben den betroffenen Frauen auch Menschen aus ihrem sozialen Umfeld und Personen zur Verfügung stehen, die beruflich oder ehrenamtlich mit Gewaltopfern zu tun haben. Unter einer bundesweit einheitlichen Rufnummer sollen qualifizierte Beraterinnen kostenlos, vertraulich und bei Bedarf mehrsprachig Beratung bieten und die Anrufer an Anlaufstellen vor Ort vermitteln.

Das Hilfeangebot werde barrierefrei gestaltet, so die Ministerin weiter. Aufgebaut werde es auf der Grundlage des jüngst im Bundestag beschlossenen Gesetzes. Im Laufe des Jahres 2012 würden die Beraterinnen eingestellt, eine Datenbank als Grundlage für die Weitervermittlung der Frauen zu den Beratungsstellen und Frauenhäusern vor Ort aufgebaut und eine Öffentlichkeitskampagne gestartet. Die Freischaltung sei für Ende 2012 geplant. **C.H. Beck**

Mehrheit im Bundestag gegen eigene EU-Steuer

Der Europaausschuss des Bundestages hat die Einführung einer EU-Steuer mehrheitlich abgelehnt. Außerdem hat er sich für eine Deckelung des EU-Budgets auf ein Prozent des Bruttonationaleinkommens der Europäischen Union ausgesprochen, wie der Deutsche Bundestag jüngst mitteilte. Der Ausschuss hatte einen Koalitionsantrag (BT-Drs. 17/7767) zu den bevorstehenden Verhandlungen über den von der Europäischen Kommission im Juni 2011 vorgeschlagenen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014 bis 2020 beraten und angenommen.

Budget durch Umschichtungen effizient nutzen

Die Bewältigung der Euro-Krise erzwinge eine „Konzentration auf das Machbare“, heißt es in dem Antrag der Koalitionsfraktion. Das vorhandene Budget müsse effizienter genutzt werden, Mehrausgaben für gemeinsame europäische Zukunftsprojekte müssten durch Umschichtungen finanziert werden. **C.H. Beck**

Sparkassenverband Bayern weist Vorwürfe gegen Fahrenschon als abwegig zurück

Die aus politischen Kreisen in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe, Herr Staatsminister a. D. Georg Fahrenschon hätte während seiner Amtszeit Lobbyarbeit für die Sparkassen betrieben und die Sparkassen im laufenden EU-Beihilfeverfahren geschont, seien absurd und entbehren jeder Grundlage. Gegenstand des EU-Beihilfeverfahrens sei die Frage der Rechtmäßigkeit der Stützungsmaßnahmen des Freistaats Bayern für die BayernLB in der Finanzkrise Ende 2008.

Die aktuelle Diskussion über einen möglichen weiteren Lastenbeitrag der Sparkassen hat sich erst jetzt konkretisiert. Folglich könnten hierzu in der Amtszeit Fahrenschon keine Verhandlungen auf Spitzenebene geführt werden. Hinzu komme, dass sich die Frage der Nachbesetzung des DSGV-Präsidenten Herrn Heinrich Haasis erst im September 2011 ergeben habe. Vor September 2011 konnte also niemand davon ausgehen, dass das Amt des DSGV-Präsidenten überhaupt neu zu besetzen sei. ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Helmut Limbrunner
83735 Bayrischzell
am 16.12

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Leinsle
87769 Oberrieden
am 20.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Jakob
87629 Füssen
am 17.12.

Bürgermeister Siegfried Erhard
97714 Oerlenbach
am 18.12.

Bürgermeister Peter Stichler
97204 Höchberg
am 20.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ulrich Waldsachs
97645 Ostheim v. d. Rhön
am 16.12.

Bürgermeister Herbert Hofauer
84503 Altötting
am 18.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhard Streng
91474 Langenfeld
am 15.12.

Bürgermeister Harald Führer
97267 Himmelstadt
am 16.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Schiegg
86688 Marxheim
am 14.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Eine Nummer für alle Behörden

GZ-Interview mit Bundesinnenminister Dr. Hans Peter Friedrich

GZ: Herr Minister, eine Nummer für alle Behörden – was ist das und warum brauchen wir so etwas?
Dr. Friedrich: *Mit der Einheitlichen Behördennummer 115 haben die Bürgerinnen und Bürger einen direkten telefonischen Zugang zu allen Verwaltungen der Kommunen, Länder und des*

Dr. Hans Peter Friedrich. ❐

Bundes - und zwar unabhängig von föderalen Zuständigkeiten. Ob Termine beim Standesamt, Fragen zum An-, Um- oder Abmelden in der Gemeinde oder zu benötigten Unterlagen – unter der 115 werden genau diese Fragen beantwortet und ersparen so manchen unnötigen Gang aufs Amt. Rund 18 Millionen Bürgerinnen und Bürger können diesen innovativen Bürgerservice bereits heute nutzen. Zahlreiche Kommunen und Länder sind schon mit dabei, und seit dem 1. Dezember ist auch die komplette Bundesverwaltung an die 115 angeschlossen.
GZ: Wie ist die Situation in Bayern, wo kann man die 115 hier schon wählen?
Dr. Friedrich: *Die ersten bayerischen Kommunen werden die 115 im kommenden Jahr freischalten. Auf dem IT-Gipfel in München haben die Landeshauptstadt München, die Stadt Kempten und der Landkreis Oberallgäu ihre künftige Teilnahme an der Einheitlichen Behördennummer mit der Unterzeichnung der 115-Charta besiegelt. Viele weitere Kommunen in Bayern haben ihr Interesse bekundet – wie Landkreis und Stadt Hof - oder bereiten die 115 vor, etwa die Landkreise Augsburg und Ostallgäu. Die Stadt Nürnberg plant ebenfalls, ihren Bürgerservice auf Basis des 115-Konzeptes zu verbessern. Ich hoffe, dass - neben vielen weiteren Kommunen - auch der Freistaat selbst bald diesem Beispiel folgen wird.*
GZ: Welche Rolle spielen die Kommunen bei der 115?
Dr. Friedrich: *Die Kommunen bilden das Herzstück der Einheitlichen Behördennummer. Sie sind mit ihren Servicecentern die erste Kontaktstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Bei der 115 sind Kommunen aller Größenordnungen vertreten: Das Spektrum der kommunalen 115-Teilnehmer reicht von den Stadtstaaten, den kreisfreien Städten über die Einbindung von Landkreisen und deren kreisangehörigen Kommunen bis hin zur Beteiligung einzelner kreisangehöriger Kommunen. Die kommunale Ebene stellt aufgrund der Vielzahl von Aufgaben auch die meisten Informationen für die 115 zur Verfügung.*
GZ: Ist die 115 auch eine Nummer für kleine Gemeinden?
Dr. Friedrich: *Ja! Insbesondere in Landkreisen sowie kreisangehörigen Städten und Gemeinden kommen die Vorteile der ebenenübergreifenden Zusammenarbeit voll zum Tragen. Die Frage nach der Zuständigkeit entfällt für den Bürger, da er sowohl Informationen aus seiner Gemeinde, seinem Landkreis oder, wenn erforderlich, auch zu Landes- und Bundesleistungen erhält. Ohne die 115 wäre für kleine und mittelgroße Kommunen das Serviceversprechen mit einer Beantwortungsquote von 65 Prozent der Anfragen im Erstkontakt sowie eine Erreichbarkeit von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr nur schwer erreichbar. Deshalb nutzen bereits heute auch viele kreisangehörige Kommunen die Synergieeffekte, die sich durch den Betrieb eines gemeinsamen Servicecenters ergeben.*
GZ: Welche Rolle kommt den kommunalen Spitzenverbänden im 115-Prozess zu?
Dr. Friedrich: *Der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Landkreistag und der Bayerische Städtetag sind als Multiplikatoren und Informationsplattform von großer Bedeutung. Eine Unterstützung der Verbände ist für die weitere Entwicklung des 115-Verbundes wichtig. Als Beispiel möchte ich hier den Informationstag der Landeshauptstadt München im September 2011 nennen, der unter Mitwirkung des Bayerischen Städtetages stattfand. Das sind wichtige Impulse für die Zukunft der 115 in Bayern.* ❐

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Bayerns Kommunen bekommen im nächsten Jahr mehr Geld vom Freistaat!

Über den kommunalen Finanzausgleich verteilt der Freistaat im Jahr 2012 knapp 7,3 Milliarden Euro an die bayerischen Kommunen. Das ist der höchste Finanzausgleich, den es in Bayern je gegeben hat. Bayerns Steuereinnahmen sind gestiegen und die Kommunen werden daran beteiligt. Ich sehe darin eine Bestätigung der nachhaltigen und verlässlichen Politik in Bayern: Der Freistaat hält Kurs beim ausgeglichenen Haushalt und steigert trotzdem die Unterstützung für unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke.

Geschenke schon im November?

Die stärksten Akzente werden im Bereich Bildung und im ländlichen Raum gesetzt. Der Bildungsinfrastruktur wird hohe Priorität eingeräumt, die Investitionen in Schulhausbau und Kindertageseinrichtungen steigen auf über 345 Millionen Euro, das ist ein Plus von über 80 Millionen Euro. Damit können Schulhaussanierungen in Angriff genommen und zusätzliche Betreuungsangebote geschaffen werden. Desweiteren werden die pauschalen Zuweisungen zu den Kosten für die Schülerbeförderung um 12 Millionen Euro aufgestockt.

Bis 2016 wird der Freistaat Bayern im ländlichen Raum 1,3 Milliarden Euro für eine Gesamtstrategie zur Bewältigung des demographischen Wandels investieren. Hohe Lebensqualität und gute Infrastruktur sollen auch im ländlichen Raum einer älter werdenden Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Die Verhandlungen zwischen dem Bayerischen Finanzminister und den Kommunalen Spitzenverbänden um den Finanzausgleich sind leider kein Wunschkonzert, nicht alle Begehrlichkeiten können erfüllt werden. Dennoch konnte in langen Verhandlungen ein tragfähiger Kompromiss zwischen der Konsolidierung der Staatsfinanzen einerseits und eine Verbesserung der Kommunalfinanzen andererseits gefunden werden.

Wir, die KPV, unterstützen grundsätzlich den Freistaat Bayern im Bestreben, am ausgeglichenen Haushalt festzuhalten. Eine Belastung der kommenden Generationen durch steigende Staatsschulden ist nicht in unserem Sinne.

Wir begrüßen es aber, dass der Freistaat Bayern in den vergangenen Jahren trotz angespannter Finanzlage mit überdurchschnittlich steigenden FAG-Leistungen ein starker und verlässlicher Partner der Kommunen bleibt.

Ihr Stefan Rößle

Energiewende beschäftigen sich die Fachseminare u. a auch mit der Innenentwicklung, Demographie, Generationen und Nahversorgung. Informationen, Bildungsangebote und gute Beispiele auch unter der URL www.sdl-inform.de

Vorstand im Amt bestätigt

Bei der Wahl der neuen Vorstandschaft der SDL wurden die bisherigen Vorstände in ihren Ämtern für weitere vier Jahre bestätigt: Vorstandsvorsitzender bleibt Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, Erster Stellvertreter ist Staatsminister a.D. Josef Miller, Zweiter Stellvertreter bleibt Johann Huber, Präsident des Amtes für Ländliche Entwicklung in Krumbach. Neu im Vorstand arbeitet nun Herr Markus Müller, vom BBV Schlemmer und Herr Gottfried Schlemmer vom LIV Zimmererhandwerk mit. ❐

V. l.: Franz Neher, Bürgermeister Markt Thierhaupten, Gottfried Schlemmer, Vizepräsident der Bayer. Zimmererverbände und Vizepräsident des Instituts e.V. Holzbau Deutschland, Josef Miller, Bayer. Staatsminister für ELF a.D., MdL, Markus Müller, Leiter der Hauptgeschäftsstelle Bayer. Bauernverband Schwaben, Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten, Leo Schrell, Landrat Landkreis Dillingen a.d. Donau, Jürgen Reichert, Bezirkstagspräsident von Schwaben, Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg, Johann Huber, Präsident Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben und Martin Sailer, Landrat des Landkreises Augsburg. ❐

Schule für Dorf- und Landentwicklung blickt auf 20 erfolgreiche Jahre:

Heimat neu gedacht

Wie Philosophie die Landentwicklung unterstützt

Wo Innovation einen festen Platz hat, müssen auch Traditionen gepflegt werden. Die Schule für Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten ist ein Motor für die zukunftsweisende Gestaltung des ländlichen Raums und besinnt sich dennoch auf Traditionen: Zum 17. Mal feierte sie im Kloster den Thierhauptener Advent mit einem vielbeachteten Vortrag des Philosophen Wilhelm Schmid zur Frage „Was ist Heimat?“

„Wir wollen unsere Welt, unsere ländlichen Regionen zur Heimat für viele Menschen umbauen und müssen dafür die Lernprozesse für alle Beteiligten unterstützen.“ Deshalb sieht Geschäftsführerin Gerlinde Augustin im Begriff Heimat einen ganz wesentlichen Aspekt ihrer Arbeit. Die SDL begleitet und unterstützt Bürger und Kommunalpolitiker mit gemeindebezogenen Workshops, mit Fachveranstaltungen zu aktuellen Themen. und einem umfangreichen Netzwerk bei der Entwicklung des ländlichen Raums.

Professor Wilhelm Schmid, Berliner Philosoph und weitgereister Weltenbürger mit schwäbischen Wurzeln gelang mit seinem Vortrag ein ungewöhnlicher Spannungsbogen zwischen dem, was allgemeingültig als Heimat verstanden wird und den philosophischen Aspekten des Begriffs. „Heimat hatte früher eine unverbrüchliche Bindung, heute hat sie nicht mehr dieselbe Festigkeit.“ Schmid weiß, dass der Mensch seine Heimat oft erst dann besser begreift, wenn er sie verlässt.

Neue Arten von Heimat

Den Zuhörern eröffnete der Philosoph eine neue Sicht auf Heimat. Neben der Herkunftsheimat erfährt der moderne Mensch neue Arten von Heimat: die Wahlheimat an einem anderen Ort, die zeitliche Heimat, die oft einher geht mit einem bestimmten Lebensstil, die geistige Heimat der Sprache und Bücher, die digitale Heimat der heranwachsenden Facebook- und Twitter-Generation, die „Unterwegs-Heimat“ unserer mobilen Gesellschaft oder aber die religiöse Heimat.

„Heimat ist dort, wo ich liebe und geliebt werde, wo ich Verständnis und Geborgenheit fühle. In unserer modernen Welt ist sie aber nicht mehr an einen bestimmten Ort gebunden“, so Schmid. Heimat gibt dem Leben einen Sinn, schafft Identität, birgt aber gerade in unserer globalisierten Welt viel Konfliktpotential, da sich die Bewahrer des alten Heimatbegriffs den Modernisierern der Heimat gegenüberstehen.

Jubiläumsevent im Sommer 2012

Auch Bezirkstagspräsident und Vorstandsvorsitzender der SDL Jürgen Reichert hatte zuvor im Rahmen der Mitgliederversammlung Heimat als den Ort bezeichnet, an dem sich Menschen als lebendiges Glied einer Gesellschaft erfahren. Die SDL leistet einen wichtigen Beitrag dafür, dass sich die Menschen im ländlichen Raum beheimatet fühlen und ihre Zukunft aktiv gestalten.

Unter der Federführung des Bezirk Schwaben wurde 1991 die Institution, die nun auf 20 erfolgreiche Jahre zurück blickt, als Verein gegründet „Knapp 27.000 Teilnehmer haben in rund 1.100 Veranstaltungen von unserem Know-how profitiert und so ihre Heimatgemeinde vorangebracht“, berichtete Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. 2012 findet eine Jubiläumsveranstaltung mit dem Titel „20 Jahre SDL - Neuer Aufbruch für das Land“ mit hochkarätigen Gästen statt.

Energiewende ist Zukunftsthema

„Der ländliche Raum unterliegt gravierenden Veränderungen, die nur mit viel Engagement verarbeitet werden können. Doch das einzig Beständige ist der Wandel“, so Bezirkstagspräsident Reichert. Diesen Wandel will die SDL auch in Zukunft mit gestalten. Eines der zentralen Themen ist die Energiewende, die im Seminarangebot der SDL Niederschlag findet. „Das ist nicht nur ein technisches Thema, sondern betrifft viele Bereiche einer Gemeinde“, so Dr. Peter Jahnke, Leiter des Fachbeirates der SDL. Jede Kommune muss ihre individuelle Wertigkeit auf diese Fragen finden und daraus ein gültiges Konzept erarbeiten. Nur so kann die Energiewende besser bewältigt werden. Die SDL Thierhaupten möchte neben Informationen, das Bewusstsein für den komplexen Zusammenhang schärfen. Neben der

Bayerische Verfassungsmedaille:

Ehrung für Wunsiedels Bürgermeister

Der Bayerische Landtag und die Bayerische Staatsregierung als oberste Staatsorgane haben bei einem gemeinsamen Festakt den 65. Geburtstag der Bayerischen Verfassung gefeiert. Landtagspräsidentin Barbara Stamm zeichnete dabei 50 Persönlichkeiten mit der Bayerischen Verfassungsmedaille aus. Sieben erhielten die Auszeichnung in Gold, darunter Karl Willi Beck, Erster Bürgermeister von Wunsiedel.

In der Würdigung heißt es u. a.: „Die Stadt hat eine besondere Stellung im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Hier befand sich bis Juli 2011 die Grabstätte des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess, die Neo-Nazis immer wieder als Pilgerstätte des Faschismus missbrauchten. Dank des außerordentlichen Engagements des seit 2002 amtierenden Stadtoberhaupt und der Bürgerinitiative ‚Wunsiedel ist bunt, nicht braun’ hat Wunsiedel auf Demonstrationen, bei Friedensgebeten und anderen Veranstaltungen gezeigt, dass Neonazismus im Fichtelgebirge keine Chance hat. Diesem Ziel gilt auch die Erinnerung an die NS-Verbrechen. So wurden auf den Anstoß der Bürgerinitiative hin auf dem Friedhof in Wunsiedel zwei Informationstafeln angebracht, die an die Opfer der Todesmärsche vom KZ Buchenwald zum KZ im oberpfälzischen Flossenbürg erinnern.“

Standhaftigkeit

Die Kraft und Standhaftigkeit der Bürgerinnen und Bürger hätten Wunsiedel bundesweit bekannt gemacht für einen breiten, gesellschaftsübergreifenden Widerstand gegen Rechts, heißt es weiter. Bürgermeister Beck biete auch anderen Städten und Gemeinden Rat und Hilfe an, wenn Neonazis versuchten, das öffentliche Leben zu gefährden. „Sein Beispiel hilft den Bürgerinnen und Bürgern bei dem Schulterschluss der Gesellschaft gegen die Feinde unserer Verfassung und zum Schutz unserer Demokratie.“

„Ein freiheitlicher, demokratischer Staat kann nur bestehen, wenn er getragen wird. Wenn es Menschen gibt, die sich für die Gemeinschaft einsetzen. Die sich um andere kümmern. Wenn es Menschen gibt, für die der Auftrag unserer Verfassung mehr ist als ein Stück Papier. Vor dem Hintergrund der schrecklichen Erkenntnisse über rechtsradikale Verbrechen wird uns einmal mehr bewusst, wie wichtig das ist“, betonte Landtagspräsidentin Barbara Stamm.

Wehrhafte Demokratie

Ministerpräsident Horst Seehofer unterstrich die fortwährende Verpflichtung aller Demokraten zum friedlichen Einsatz für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat. Nur eine wertbestimmte und wehrhafte Demokratie werde nicht zum Opfer ihrer eigenen Freiheit. Seehofer: „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserem Land keinen Millimeter Platz. Wir werden alle gebotenen Konsequenzen ziehen. Das gilt auch für die Frage eines Verbots der NPD.“ **DK**

Standortauswahl für Museum der Bayerischen Geschichte muss auf Fakten basieren

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Standortauswahl für das Museum der Bayerischen Geschichte betonte Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch: „Soll das Museum langfristig Erfolg haben, muss die Standortsuche nach sachlichen Kriterien erfolgen. Dies darf keine Frage von persönlichen Präferenzen, Regionalproporz oder Mehrheitsentscheidungen sein. Deshalb hat das Haus der Bayerischen Geschichte die Standortsuche nach einem gemeinsam mit dem Fachbeirat entwickelten Kriterienkatalog durchgeführt. Dieser Kriterienkatalog wurde vom Ministerrat verabschiedet und stellt sicher, dass das Votum der Expertenkommission für jeden transparent und nachvollziehbar sein wird. Über diese Kriterien wurde auch der zuständige Ausschuss des Landtags umfassend informiert."

Wirtschaftlichkeit und Mindestgröße

Zu den Kriterien, die der Standort in möglichst vielen Punkten erfüllen sollte, zählen:

- Symbolträchtiger Ort für die Geschichte Bayerns, bevorzugt für die Demokratiegeschichte oder den Strukturwandel Bayerns,
- gute Verkehrsanbindung innerhalb Bayerns,
- gute Erreichbarkeit für Schulklassen, auf deren Besuch das Museumskonzept ganz wesentlich setzt,
- repräsentativer Gesamtkomplex, das heißt ein attraktiver Platz möglichst in einem historisch bedeutsamen Umfeld oder in einem für die museale Nutzung geeigneten Gebäude/Denkmal als sinnstiftender Kern des neuen Museumsareals,
- exponierte Lage im Ort, möglichst eingebettet in ein lebendiges kulturelles Umfeld,
- bevorzugt ausgewiesener touristischer Standort,
- klare Eigentumsverhältnisse,
- Außengelände,
- räumliche Nähe zu Partnerinstitutionen (z. B. Hochschulen, Museen, Archiven, Bibliotheken).

Neben diesen Attraktivitätskriterien spielen selbstverständlich die Wirtschaftlichkeit und eine Mindestgröße (ca. 10.000 qm für das gesamte Museum) eine essentielle Rolle. ❒

Privates Engagement für den Denkmalschutz

„Denkmäler stehen für Lebensqualität und Kultur!"

Aus Anlass der Übergabe der Bayerischen Denkmalschutzmedaille 2011 an die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger würdigte Kunstminister Wolfgang Heubisch das bürgerschaftliche Engagement als unverzichtbares Element des Denkmalschutzes. Heubisch betonte, nur mit Unterstützung privater Initiativen werde es gelingen, die bayerische Denkmallandschaft für die kommenden Generationen zu sichern.

Heubisch weiter: „Von den ausgezeichneten Projekten geht ein wichtiges Signal aus: Solange Denkmäler stehen, sind sie noch zu retten. Die ausgezeichneten Projekte finden hoffentlich viele Nachahmer – denn Denkmäler stehen für Lebensqualität und Kultur!". Generalkonservator Egon Johannes Greipl betonte, die Preisträgerinnen und Preisträger der Denkmalschutzmedaille hätten wichtige Identifikationspunkte erhalten: „Denkmäler ermöglichen die Rückbesinnung auf den Wert und die Bedeutung der Region bei der Gestaltung unserer Zukunft. Sie bieten Orientierung in unserer sich ständig verändernden Welt."

Lebenswerte Welt

Heubisch äußerte sich auch zum Verhältnis zwischen Denkmal- und Klimaschutz. Beiden gehe es darum, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Heubisch: „Selbstverständlich unterstütze ich Maßnahmen zum Schutz unseres Klimas. Wir müssen aber darauf achten, dass Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien sensibel in die Landschaft und in den historischen Baubestand eingefügt werden. Ich denke, auch dies sind wir unseren Kindern schuldig!"

Denkmalschutzmedaille an 28 Persönlichkeiten

Die Bayerische Denkmalschutzmedaille wurde in diesem Jahr an 28 Persönlichkeiten, Initiativen und Vereine verliehen. ❒

Im Zeichen der Eurokrise...

(Fortsetzung von Seite 1)
Bund unterstütze sie auch dabei. So habe er zum Beispiel die Programme zur Sanierung von Gebäuden aufgestockt. Die Energiewende berge zwar auch Risken, dennoch böte sie auch neue Möglichkeiten, intelligente Stromnetze und Energieeinspeisesysteme zu schaffen. Kommunen sollten den Weg freimachen für effizientere und preiswertere Energie.

Demographie

Neben dem Thema Finanzen sei jedoch das Thema der demographischen Entwicklung der nächsten zehn bis 20 Jahre von immenser Bedeutung. Nicht nur städtebaulich kämen große Herausforderungen auf die Kommunen zu. Denn mit der Zunahme der Senioren gehe auch eine Zunahme der Pflegebedürftigen und Kranken einher, hier seien besonders die Demenzkranken erwähnt. Die Gesellschaft müsse sich stärker darauf einstellen.

„Während in den 50er Jahren sechs Erwerbstätige einen Rentner finanzieren mussten, werden es 2020 nur noch zwei Erwerbstätige sein", mahnte Merkel. Drastisch sinkende Schülerzahlen würden deshalb auch neue Schulformen herausfordern. Darum habe sich die CDU auf ihrem Parteitag in Leipzig für das Zwei-Wege-Modell ausgesprochen, das jedoch nicht verpflichtend sei. „Wir stehen für das differenzierte Schulsystem mit Gymnasium", betonte die Kanzlerin. Sie forderte von den Ländern eine bessere Koordination im Rahmen der Bildungspolitik: „Umziehen darf kein Drama für Familien mit schulpflichtigen Kindern sein."

Vier Foren zu aktuellen kommunalpolitischen Themen mit prominenten Impulsgebern und Moderatoren boten zahlreiche Gelegenheiten zur Information sowie zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch.

Beim Forum 1 „Nachhaltigkeitsstrategie für Kommunen" (Moderation: Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages), lautete die zentrale Frage: Wie kann man Nachhaltigkeit verwirklichen? Antwort: Mit den richtigen Regelkreisen. Aber genau hier liegt das Problem, so die Forumsteilnehmer. Es fehlt das Geld. Grundsätzlich benötigten die Kommunen mehr Transparenz bezüglich der Folgen der Energiewende, um gute Entscheidungen treffen zu können. Grundsätzlich sollten Ausgabenverteilung und Finanzmittelbeschaffung in einer Hand liegen. Nachhaltigkeit habe nicht immer etwas mit Geld zu tun, sondern auch mit Werten. Hier sei die Eigenverantwortung eines jeden einzelnen gefragt. Hilfe zur Selbsthilfe laute das Motto. Die Sozialausgaben wüchsen den Kommunen über den Kopf.

Das Resultat des Forums 2 „Selbstverwaltung und finanzielle Autonomie" (Moderation: Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages) lautete: Die Sozialausgaben müssen auf den Prüfstand. Es wurden strukturelle Veränderungen gefordert, um der Lage wieder Herr zu werden. Eine Zinssteigerung, z. B. durch die Einführung von Eurobonds, müsse unbedingt vermieden werden, da es sonst in den Kommunen zu katastrophalen Zuständen komme.

Forum 3 „Umsetzung des Energiekonzeptes" (Moderation: Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V.) kam zu folgendem Ergebnis: Der energiewirtschaftliche Transformationsprozess wird als große Chance gesehen, auch wenn er einige Risiken birgt. Die Bundesländer entwickeln mit den Kommunen Energiekonzepte. Es wird eine Plattform energiepolitischer Transformation gewünscht. Die Energiewirtschaft vor Ort muss gestärkt werden. Die Stadtwerke müssen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt werden. Die Zukunft der Energiewirtschaft wird dezentraler sein - Stichwort Smart Grids. Neue Verteilernetze werden dringend benötigt.

Forum 4 zur „Zukunft der Bürgerbeteiligung" (Moderation: Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes), war sich einig in der Analyse, woher die Proteste kommen: Es ist das Misstrauen der Bürger in die Politik als Folge der Wirtschafts- und Schuldenkrise. Massive Bürgerproteste gefährdeten die Zukunft des Landes. Gerade im Bereich der Energiepolitik würden mehrere tausend Kilometer Stromtrassen, Verteilernetze und Speicher nötig. Proteste scheinen vorprogrammiert. Deshalb benötige man dringend eine andere Form der Bürgerbeteiligung und der Planungsverfahren.

Auch das Baurecht müsse reformiert werden. Neue Medien sollten intensiver genutzt werden und für mehr Transparenz sorgen. Die Bürger müssten künftig frühzeitig in geplante Projekte miteinbezogen werden, Alternative sollten von Anfang an bedacht und diskutiert werden. Aus Wutbürgern müssten Mutbürger werden. Jedoch gebe es nicht nur eine Bringschuld der Kommunen, sondern auch eine Holschuld der Bürger, sich zu informieren. Die Union sollte die Bürgerbeteiligung für sich nutzen.

Nachhaltigkeit

Fünf Beschlüsse der Bundesvertreterversammlung rundeten den Kommunalkongress in Kassel ab. Während Beschluss 1 sich mit der Entwicklung von Nachhaltigkeit als Strukturprinzip von Kommunalpolitik befasst, geht es im Beschluss 2 um Selbstverwaltung und finanzielle Autonomie. Beschluss 3 beschäftigt sich mit dem Energiekonzept, das die Kommunen stark macht, Beschluss 4 mit dem Auftrag der Kommunalpolitik, die Bürger zu beteiligen. Beschluss 5 schließlich hat die Novelle des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts zum Thema. **DK**

Zwei Bayern im KPV-Bundesvorstand

Mit 98,9 Prozent der Stimmen wurde MdB Peter Götz erneut zum Bundesvorsitzenden der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands gewählt. Auch bei der Wahl seiner sechs Stellvertreter, des Bundesschatzmeisters, der Beisitzer und des Kassenprüfers gab es keine Überraschungen. Landrat Georg Huber (Mühldorf) und Bürgermeister Gerhard Weber (Regensburg) repräsentieren als Beisitzer erneut die KPV Bayern. Zum Ehrenmitglied der Bundes-KPV wählten die Delegierten Dr. Christean Wagner MdL, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Hessen. **DK**

Kirchtürme...

(Fortsetzung von Seite 1)
Laut Hermann Steinmaßl, Landrat des Landkreises Traunstein und Sprecher der Regionalen Planungsverbände in Bayern, haben Politik und Wirtschaft die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Menschen dort leben können, wo sie geboren sind. Dafür würden insbesondere Bildungsmöglichkeiten, Infrastruktur (für Daten, Menschen und Güter), günstigen Wohnraum, Einrichtungen, unterstützende Maßnahmen für Familien (von Kindern bis hin zu Senioren) sowie Einrichtungen des Gesundheitswesens benötigt.

Gemeinsamkeiten

Stadt und Land sollten miteinander die Stärken ausspielen fuhr Steinmaßl fort. Im Miteinander und in den Gemeinsamkeiten könnten in der Europäischen Metropolregion München EMM die Stärken entfaltet werden. Der Gegensatz von Stadt und Land, Zentrum und Peripherie müsse zunehmend verschwinden; Stadt und Region sollten als Einheit interpretiert werden. Die Metropolregionen erfüllten ihre Funktionen am besten in der Verflechtung und Kooperation mit ihrem Umland. „Jene Regionen werden Erfolg im Standortwettbewerb haben, die sich durch eine bewusste Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft, aber auch durch ein individuelles regionales Profil und eine ausgeprägte regionale Identität auszeichnen", prognostizierte Steinmaßl.

Freisings Oberbürgermeister Dieter Thalhammer meinte: „Nur Vielfalt ist Stärke! Urbane und ländliche, rurale Lebensräume sind keine scharfen Gegensätze, sondern wertvolle Standortfaktoren gerade auch in einer Metropolregion, die durch den Erhalt einer lebendigen Vielfalt funktionsfähiger Lebenswelten überzeugt."

„Land braucht Stadt"

„Stadt braucht Land" für die dringend notwendige, selbstbewusste Erdung und Verankerung im Wissen um Tradition und Herkunft. „Land braucht Stadt" für die Bereitstellung von Versorgungs-, Innovations- und Wettbewerbsfunktionen. Aus der klugen, vertrauensvollen Verbindung und der Überwindung von Ressentiments könne ein Schub für die gesamte Metropolregion und gemeinsamer Stolz für eine gemeinsame Identität entstehen, die auf echte Solidarität und ein emotionales Gleichgewicht zwischen Stadt und Land in einer Metropolregion baut.

Welches Interesse und welcher Respekt dem Erhalt von Lebens- und Kulturraum entgegengebracht werden, zeige sich in der Metropolregion München nicht zuletzt am (weiteren) Umgang mit dem beantragten Ausbau des Internationalen Flughafens München. Thalhammer: „Der Lebens- und Kulturraum Freising darf nicht unwiederbringlich kurzlebigen wirtschaftlichen Interessen geopfert werden; der leistungsstarke Lebens- und Kulturraum Freising ist als gut funktionieren der Stadtorganismus Teil des Motors dieser Metropolregion. Seine Funktionsfähigkeit darf nicht leichtfertig verspielt werden."

Siedlungsdruck

„Stadt braucht Land braucht Stadt" sei folglich ein Handlungsauftrag, eine Mahnung und eine Warnung: „Der Siedlungsdruck in einer Metropolregion kann nicht einseitig zu Lasten ihrer Mittelstädte und des ländlichen Raumes gehen." Tatsache sei, dass mit der Ansiedlung des Internationalen Flughafens München eine neue, zusätzliche „Region in der Region" geschaffen wurde mit Hotels, Gastronomie, Einzelhandel, die ihrerseits Wert und Kaufkraft abschöpft, aber keine Lebensleistung (Wohnen, Infrastruktureinrichtungen für die Lebenswelt der Beschäftigten, Wohnraum für Angehörige des Billiglohn-Sektors) schafft. Die unzureichende überörtliche Erschließung durch Straße und Schiene belaste und überlaste die Region zusätzlich. Deshalb Thalhammers Appell: „München muss sich öffnen für Partnerschaften und Netzwerke zugunsten der Mitglieder innerhalb der Metropolregion, die in ihrer Gesamtheit die nachhaltige Stärke des Wirtschafts- und Kulturraumes ausmacht."

„Wie die derzeitige Diskussion in Bayern zeigt, sind die Interessen der kommunalen Akteure und der Landesakteure nicht immer deckungsgleich", erklärte Michael Pelzer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Weyarn. Das Interesse der kommunalen Akteure bestehe im Wesentlichen darin, eine möglichst hohe Zufriedenheit der Bewohner und (aus finanziellen Gründen) eine Prosperität in den Dörfern zu schaffen. Dies könne in seinen Ausformungen völlig unterschiedlich aussehen und erfordere genauso viele verschiedene Strategien, wie es verschiedene Ausformungen und geopolitische Situationen im ländlichen Raum gibt.

Regionale Spezifizierung

Im Ergebnis, so Pelzer, müsse die Vielfalt der Planungen der Vielfalt der Situationen im ländlichen Raum entsprechen. Planungsergebnisse bedürften der Umsetzung, „das bedeutet regionalspezifische Förderung". Durch ständige professionelle Information über Planungsideen an alle könne die Fantasie für die Regionalplanung angeregt werden. Dies bedürfe einer zentralen Informationsstelle. Landesplanung gehe nicht ohne Zeit und Geld. Nötig seien „ein Fünf-Jahres-Zeitraum als Zeitziel und eine zu errechnende Fördersumme für Regionalmanagement mit klaren Entscheidungsregelungen". **DK**

Gegen...

(Fortsetzung von Seite 1)
sorger und der Gebührenzahler deutlich erschwert wird. Die Streichung der Gleichwertigkeitsklausel würde allerdings die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses weiter stärken und ihre Steuerungsfunktion ausbauen. Letztlich sind sie es, die für die ordnungsgemäße Entsorgung vor Ort verantwortlich sind", hob Duppré hervor.

Bundesfreiwilligendienst

Mit Blick auf den Bundesfreiwilligendienst meinte der Landkreistagschef, dass dieser mittlerweile recht gut angenommen werde. „Seit der Einführung am 1. Juli 2011 haben sich bereits mehr als 22.000 vorwiegend junge Menschen zu einem freiwilligen Engagement verpflichtet. Diese Zahl kann sich nach nunmehr fünf Monaten durchaus sehen lassen." Immer mehr Landkreise würden den Bundesfreiwilligendienst auch als Tätigkeitsfeld für sich entdecken. „Allerdings wird der neue Dienst nicht die Lücken stopfen können, die durch die Aussetzung der Wehrpflicht und damit den Wegfall des Zivildienstes gerissen worden sind."

Zögerliche Annahme

Wie Duppré zudem erläuterte, könnte es „nach erst sehr zögerlicher Annahme des Bundesfreiwilligendienstes nunmehr gelingen, bis Ende dieses bzw. Anfang nächsten Jahres insgesamt 35.000 Freiwillige zu erreichen, so dass etwa die Hälfte der durch die Aussetzung des Zivildienstes entstandene Lücke gefüllt werden könnte".

Als Einsatzfelder kämen vor allem Kreiseinrichtungen im sozialen Bereich, in Bildung und Schule, im Umwelt- und Naturschutz, in Kultur, Sport, Denkmalpflege, der Integration sowie bei zivilen Hilfen, Katastrophenschutz und Rettungsdienst in Betracht. „Die Landkreise sollten weitere Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes schaffen. Hierfür ist die eingerichtete Infrastruktur mit der Zentralstelle des Deutschen Landkreistages beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Angelegenheiten eine gute Grundlage", bemerkte der Präsident.

Regionalkonferenzen

Um Landkreise und kreisangehörige Städte und Gemeinden noch stärker für ein Engagement im Rahmen des Dienstes zu öffnen und über die Möglichkeiten zu informieren, habe der Deutsche Landkreistag mit weiteren Partnern im November insgesamt vier Regionalkonferenzen durchgeführt, die sich großer Beliebtheit erfreut hätten. „Wir müssen hier aber noch stärker mobilisieren, um vor allem junge Leute von einem Engagement für Menschen und Gesellschaft zu überzeugen. Auch Menschen in weiter fortgeschrittenem Lebensalter bis hin zu Senioren haben die Möglichkeit, sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Hiervon sollten sie in entsprechenden Lebenslagen Gebrauch machen."

Dennoch würden auch bei verbesserter Annahme des Bundesfreiwilligendienstes die Verschlechterungen in der kommunalen Infrastruktur erheblich sein: „Die bisherigen Zivildienstleistenden erbrachten einen sozial wie finanziell nicht vollständig zu kompensierenden Beitrag für unser Gemeinwesen. Die Folgen werden vor allem auf kommunaler Ebene, in öffentlichen und freigemeinnützig getragenen Einrichtungen und Diensten zu spüren sein, da ein Ersatz durch den Bundesfreiwilligendienst nicht annähernd möglich sein wird", prognostizierte Duppré. **DK**

75 Jahre Haus der Kunst

2012 wird das Haus der Kunst an den 75. Jahrestag seiner öffentlichen Einweihung im Sommer 1937 erinnern. Aus diesem Anlass wird eine Ausstellung, die sich direkt auf Dokumente, Objekte und Bilder aus eigenen Archiven sowie anderen historischen Sammlungen in Deutschland stützt, umfassende Überlegungen und einen Überblick zum Erbe des Hauses präsentieren.

Vorläufer des Haus der Kunst war der Glaspalast, den August von Voit 1853/54 für die Erste Allgemeine Deutsche Industrie- und Gewerbeausstellung gebaut hatte. Der Glaspalast war eine große, offene und moderne Glas- und Eisenkonstruktion. Er entwickelte sich zum größten Ausstellungsforum von München, bis er in der Nacht auf den 6. Juni 1931 niederbrannte. Nach dem Brand plante das bayerische Kultusministerium ein neues Ausstellungsgebäude als Ersatz für den Glaspalast, diesmal aus Stein.

Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, wurde der Architekt Paul Ludwig Troost mit dem Bau eines „Hauses der Deutschen Kunst“ beauftragt. Troost war bis dahin vor allem für seine Ausstattung der Luxusdampfer der norddeutschen Lloyds bekannt. Das Gebäude, das er entwarf, war in gewisser Weise eine Antithese zum Glaspalast: Ein säulengeschmückter neoklassischer Tempel für Kunst, der hinter seiner Naturstein-Fassade eine moderne Stahlskelett-Konstruktion und eine innovative Haustechnik verbirgt.

Nach seiner Eröffnung 1937 war das Haus der Deutschen Kunst ein Instrument für die Propaganda der Nationalsozialisten und die Zurschaustellung ihrer Kulturpolitik. Von 1937 bis 1944 wurde jährlich die Große Deutsche Kunstausstellung veranstaltet - Verkaufsausstellungen, die man als die wichtigsten Ausstellungen für „echte deutsche Kunst“ betrachtete.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt das Haus der Kunst seinen jetzigen Namen und suchte wie der Großteil der Kultur in Deutschland Anschluss an die internationale Moderne. Unter dem Oberbegriff der Umerziehung veranstaltete es Ausstellungen wie „Altdeutsche Meister“ (mit Werken aus den zerstörten Pinakotheken), „Das Jugendbuch“ (das erste internationale Ereignis im Nachkriegsdeutschland) und „Französische Malerei vom Impressionismus bis zur Gegenwart“. Ein Meilenstein war die Pablo-Picasso-Retrospektive von 1955, wo „Guernica“ gezeigt wurde, eine Ikone antifaschistischer und moderner Kunst. Im selben Jahr eröffnete Arnold Bodes documenta 1 in Kassel. Die Verbindung zur internationalen Moderne wurde hergestellt, indem man Künstler aus der Femeschau „Entartete Kunst“ zeigte, die 1937 in Gehweite vom Haus der Kunst in den Hofgarten-Galerien stattgefunden hatte.

1992 wurde das Haus der Kunst in die Rechtsform „Stiftung Haus der Kunst München, gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH“ überführt. Sie basiert auf einem Modell öffentlicher und privater Förderung. Christoph Vitali wurde 1993 der erste Direktor. Bis dahin war die Option, das Haus der Kunst als Relikt des „dritten Reichs“ abzureißen, noch offen geblieben. Vitali selbst war jedoch überzeugt, dass „Mauern keine Schuld tragen“. Sein erstes Projekt, „Elan vital. Das Auge des Eros“ war exemplarisch für ein Programm, das die Kunst der klassischen Moderne in den Mittelpunkt rückte und zugleich ausgewählte Positionen der Gegenwartskunst berücksichtigte. Das Engagement für zeitgenössische Kunst wurde von Vitalis Nachfolger Chris Dercon noch stärker betont. Sein Programm stand unter der Prämisse, dass die Architektur des Gebäudes eine kongeniale Umgebung für zeitgenössische Kunst darstellt. Diese Überzeugung teilte er mit den Künstlern, die er zu Ausstellungen im Haus der Kunst einlud. Rem Kohlhaas hat das Haus der Kunst in mehreren Publikationen und Vorträgen als „Aura-Maschine“ bezeichnet.

Das Nachdenken über den komplexen und komplizierten historischen Prozess, der das Haus der Kunst in seiner heutigen Form hervorgebracht hat, hat mit der Öffnung der historischen Archive und dem „kritischen Rückbau“ des Hauses unter Okwui Enwezors Vorgänger Chris Dercon begonnen; es setzt sich bis in die Gegenwart fort. Die Befragung von Architektur und Erbe des Hauses wird eine dramatische Neuorientierung erfahren, wenn im Sommer 2012 eine umfassende Ausstellung von Archivmaterial stattfindet, und Anfang 2013 schließlich eine Dauerausstellung dieser Dokumente eingerichtet wird.

2012 begeht das Haus der Kunst mit „75/20“ einen doppelten Jahrestag, der die wichtigen Veränderungen beleuchtet, aus denen sich das heutige Ausstellungshaus entwickelt hat. Von Vitalis „Elan vital“ bis Dercons „kritischem Rückbau“ wird das 75/20-Jubiläum die Gelegenheit bieten, das Haus der Kunst als das, was Okwui Enwezor ein „reflexives Museum“ nennt, kennen zu lernen.

Die Präsentation des Archivs innerhalb einer größeren Ausstellung wird sich im Rahmen des Wechselspiels zwischen Tradition und Avantgarde mit den - in Enwezors Worten - „historischen Ereignissen im Konflikt“ befassen. Eines der Kernstücke der Ausstellung „75/20“ (10. Juni 2012 - Januar 2013) werden die Großen Kunstausstellungen sein, jährliche Ausstellungen, die bis heute im Haus der Kunst stattfinden, und die aus den 1948 gegründeten Münchner Künstlerverbänden hervorgegangen sind. Die Archive des Haus der Kunst und der Münchner Künstlerverbände werden hier als Teil der Nachkriegsgeschichte des Hauses zusammengeführt.

Weiterhin wird „75/20“ auch Werke umfassen, die 1937 in der Ausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt worden waren, und im Kontrast dazu Arbeiten aus den Großen Deutschen Kunstausstellungen.

Innenminister Joachim Herrmann:

Winterdiensteinsatz auch bei extremen Wetterlagen

Tausalzvorräte in zentralen Salzlagern

„Rund 500.000 Tonnen Tausalz warten in den Salzhallen der bayerischen Straßen- und Autobahnmeistereien und den neuen zentralen Salzlagern auf ihren Einsatz“, sagte Innenminister Joachim Herrmann jüngst bei einer Pressekonferenz zum Winterdienst in Nürnberg.

Die Salzhallen der Meistereien fassen 300.000 Tonnen Salz. Diese Menge war bei extremen Witterungsverhältnissen 2010 bereits in den Monaten November und Dezember ausgebracht worden. Vielerorts wurde daraufhin das Streusalz knapp. Deshalb hat der Freistaat Bayern in Deggendorf, Kulmbach, Regensburg, Sand am Main, Schwarzenfeld und Wasserburg zentrale Salzlager mit einer Kapazität von rund 200.000 Tonnen geschaffen. Herrmann: „So können wir auch bei extremen Wetterlagen den Winterdienst auf den Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen gewährleisten.“ Weitere Zentrallager sind in Kempten, Krumbach und Nürnberg geplant.

91 Millionen Euro Kosten

In der letzten Wintersaison wurden rund 412.000 Tonnen Salz gestreut. Allein das Salz kostete etwa 31 Millionen Euro. Insgesamt hat der Winterdienst 91 Millionen Euro gekostet. Herrmann: „Das ist viel Geld, doch gesamtwirtschaftlich betrachtet rechnet sich der Einsatz, denn die bayerische Straßenbauverwaltung leistet mit dem Winterdienst einen unverzichtbaren Beitrag für die Mobilität und Sicherheit der Verkehrsteilnehmer und damit für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft.“ Ein Tag Winterdienst mit Volleinsatz kostet die bayerische Straßenbauverwaltung bis zu zwei Millionen Euro.

Die Zentrallager liegen verkehrsgünstig in Gewerbegebieten oder an einem Binnenhafen und werden in den Sommermonaten mit Salz bestückt. Das Salz kann von den Straßen- und Autobahnmeistereien nach Bedarf abgerufen werden. Via Internet werden die Lagerbestände überwacht.

Im Winterdienst kommen auf den 22.500 Kilometern Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen in Bayern in 99 Autobahn- und Straßenmeistereien rund 3.000 Beschäftigte und mehr als 1.300 Fahrzeuge zum Einsatz. Auf den Autobahnen und hoch belasteten Bundes- und Staatsstraßen wird der Winterdienst rund um die Uhr durchgeführt. Das übrige Netz der Bundesstraßen und Staatstraßen wird zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr betreut.

Da auch der professionellste Winterdienst keine sommerlichen Straßenverhältnisse garantieren kann, appellierte Herrmann an die Verkehrsteilnehmer: „Passen Sie Ihre Ausrüstung und Ihr Fahrverhalten an die winterlichen Fahrbahnverhältnisse an. Überholen Sie keine Räumfahrzeuge, Sie können dabei sowohl sich selbst als auch das Winterdienstpersonal gefährden.“ ❐

Den Mittelstand im Blick

Standortvorteil durch RAL Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung

Mittelständische Unternehmen sind wichtige Arbeitgeber und maßgeblich für Investitionen und das Steueraufkommen in einer Region verantwortlich. Städte, Gemeinden und Landkreise sind aus diesem Grund bestrebt, Unternehmen gute Rahmenbedingungen anzubieten. Dazu gehören vor allem schnelle und zuverlässige Verwaltungsleistungen. Mit dem RAL Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung dokumentieren Verwaltungen, dass sie wirtschaftsfreundlich arbeiten. Sie erhöhen damit die Attraktivität dieses Standorts.

„Kommunen zeigen mit dem RAL Gütezeichen, dass sie die Qualität ihrer Verwaltungsleistungen regelmäßig überprüfen und sich für die Optimierung der Verwaltungsprozesse einsetzen“, erklärt Dr. Claudia Beverungen, Geschäftsführerin der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e. V. „So wird die Leistungsfähigkeit von kommunalen Verwaltungen objektiv messbar und deutschlandweit vergleichbar. Darum bietet das Gütezeichen einen klaren Vorteil im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen. Wenn viele Faktoren die Entscheidung für einen Standort beeinflussen, kann das Gütezeichen als Alleinstellungsmerkmal den Ausschlag für die Investitionsentscheidung geben.“

Feste Fristen geben Planungssicherheit

Kommunen mit dem RAL Gütezeichen verpflichten sich zu 14 Serviceversprechen, die Unternehmen den Umgang mit der Verwaltung erleichtern. Eine Maßgabe für Bauämter ist beispielsweise, dass Bauanträge innerhalb von 40 Arbeitstagen bearbeitet und verlässliche Genehmigungen erteilt werden. Bereits innerhalb von sieben Tagen erhält der Unternehmer eine erste Information zum Verfahren und weiß damit, ob sein Antrag in der eingereichten Form bearbeitet werden kann. Ist das der Fall, kann er sicher davon ausgehen, dass innerhalb von 40 Tagen über seinen Antrag entschieden wird, und seine Planungen danach ausrichten.

Zahlreiche weitere Prozesse werden den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst: So beantwortet die Verwaltung Anrufe und E-Mails innerhalb eines Arbeitstages sowie Beschwerden innerhalb von drei Arbeitstagen. Bei Flächenanfragen erhalten Unternehmen innerhalb von fünf Tagen ein Angebot. Dass die Kommunen Auftragsrechnungen innerhalb von fünfzehn Arbeitstagen bezahlen, ist ein weiterer wichtiger Vorteil. Ein Verantwortlicher für Existenzgründer und ein Verwaltungswegweiser vereinfachen den Umgang mit den Behörden. Darüber hinaus sind Informationsveranstaltungen für Unternehmen und regelmäßige Kundenbefragungen für die Kommunen verpflichtend.

Zufriedene Unternehmer: Botschafter für den Standort

Die Serviceversprechen des Gütezeichens schaffen mehr Transparenz und geben durch feste Terminzusagen zeitliche und finanzielle Planungssicherheit. „Die Erfahrungen der Mitglieder zeigen, dass die Unternehmen das Engagement der Verwaltungen honorieren und die Vorteile des Gütezeichens zu schätzen wissen. Für die Kommunen ist dies ein wichtiges Ergebnis, sind doch zufriedene Unternehmer die besten Botschafter für den Standort und die beste Standortwerbung“, fasst Beverungen die bisherigen Erfahrungen zusammen.

Derzeit engagieren sich 48 Landkreise, Städte und Gemeinden in neun Bundesländern in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e. V. 36 Kommunen haben die Überprüfung für das Gütezeichen bereits erfolgreich absolviert. Grundlage für die Verleihung bilden die Güte- und Prüfbestimmungen, die gemeinsam von RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e. V. und der Gütegemeinschaft entwickelt wurden. Hierfür wurden Verwaltungsprozesse eingehend durchleuchtet, Verfahren vereinfacht und verbindliche Standards festgelegt. Die Einhaltung der Bestimmungen müssen die Verwaltungen kontinuierlich dokumentieren. Zusätzlich überprüft die TÜV Nord Cert GmbH als unabhängiges Institut alle zwei Jahre die Leistungen der Kommunen.

Weitere Informationen unter: www.gmkev.de. ❐

Schon erhalten?
Hanns Seidel Stiftung
Institut für Politische Bildung
DAS SEMINARPROGRAMM 2012 IST ERSCHIENEN!
Jetzt bestellen: Tel. (089) 1258-237 | E-Mail: ipb@hss.de
Politische Bildung
SEMINARPROGRAMM 2012
WISSEN VERMITTELN
WERTEORIENTIERUNG GEBEN
DIALOG FÖRDERN
Leitthema:
Wie wollen wir in Zukunft leben?
www.hss.de
POLITISCHE BILDUNG
WISSEN VERMITTELN
WERTEORIENTIERUNG GEBEN
DIALOG FÖRDERN

»Wir wollen Orientierung im Wandel geben und verdeutlichen, auf welchen normativen Grundlagen, verbindenden Werten und Idealen unser Gemeinwesen beruht.«
Prof. Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair
Staatsminister a. D., Senator E. h.,
Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung
Alle Seminare sind auch in der Datenbank:
www.hss.de/veranstaltungen.html
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Lazarettstraße 33 | 80636 München
www.hss.de

Kommunaler Güterkraftverkehr:

Vernachlässigte Weiterbildung erhöht Kostenrisiko

Weiterbildungspflicht nach Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz gilt grundsätzlich auch für Kommunen

Zahlreiche Kommunen haben ihre Weiterbildungsverpflichtungen nach dem neuen Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz bisher ignoriert. Dieses Fazit zieht die DEKRA Akademie nach einer umfassenden Informationskampagne im kommunalen Sektor. Den Grund dafür sieht der Weiterbildungsanbieter in fehlenden Informationen zu den noch neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und warnt ausdrücklich vor möglichen Kostenrisiken. Damit steht die DEKRA Akademie nicht allein: So haben beispielsweise die Regierung von Oberbayern und auch der Bundesverkehrsminister bereits vor Jahresfrist darauf verwiesen, dass es für Kommunen keine pauschalen Ausnahmen von der Weiterbildungspflicht geben kann und entsprechende Budgets bereitgestellt werden müssten. Doch in Zeiten knapper Kassen ist die unfrohe Botschaft in vielen Amtsstuben bisher ungehört verhallt.

Das Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz stellt Fahrer und Logistik-Unternehmer gleichermaßen vor besondere Herausforderungen: Von 2014 an müssen Lkw-Fahrer erstmalig 35 Stunden Weiterbildung nachweisen, wenn sie ihre Fahrerlaubnis verlängern wollen. Für Busfahrer ist dies von 2013 an vorgeschrieben. Die Materie ist komplex, profunde Aufklärung wichtig. Aus diesem Grund betreibt die DEKRA Akademie unter der Adresse www.dekra-berufskraftfahrer.eu ein eigenes Web-Portal mit aktuellen Informationen rund um das Thema. Klar ist: Nur, wer rechtzeitig schult, vermeidet später ärgerliche Engpässe und hohe Bußgelder. Für viele Unternehmen und auch die Kommunen wird es dabei langsam eng: So rechnet das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) spätestens ab 2012 mit einem Schulungsstau.

Vorbildwirkung

Für vermeintliche Entspannung sorgte bisher bei vielen Kommunen die Meinung, dass die Weiterbildungsverpflichtung laut Gesetz nur für Unternehmen des gewerblichen Güterverkehrs gelte und man insofern nicht betroffen sei. Demgegenüber hat jedoch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bereits im April 2010 in Auslegung der entsprechenden EU-Richtlinie noch einmal deutlich gemacht, dass bereits eine Fahrt zu „nicht privaten Zwecken“ eine Weiterbildungsverpflichtung nach sich ziehen kann. Und bei „Fahrten von Fahrern, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts eingesetzt werden“, lägen keine privaten Zwecke im Sinne der EU-Richtlinie vor, so Verkehrsminister Peter Ramsauer in einem offiziellen Schreiben an einen Abgeordnetenkollegen. Im Gegenteil, „gerade vor dem Hintergrund der Vorbildwirkung der öffentlichen Hand“, so der Minister, sei eine „pauschale Freistellung nicht vorzunehmen“.

Handwerkerregelung

Entwarnung für die kostengeplagten Kommunen gibt es lediglich in Fällen, in denen die sogenannte „Handwerkerregelung“ greift: Befördert ein Kraftfahrer Material oder Ausrüstungen zur Ausübung des Berufes, soweit es sich bei dem Transport nicht um die Haupttätigkeit des Fahrers, handelt, muss er keine Weiterbildung nachweisen. So ist insbesondere für die öffentliche Grünanlagenpflege unstreitig, dass hier nicht die Beförderung von Transportgut im Vordergrund steht und daher auch keine Weiterbildungsverpflichtung für die Fahrer besteht. Doch grundsätzlich gilt: Besser alle in Frage kommenden Fahrer schulen lassen. Die Alternative: ein zusätzliches Budget einrichten, um später den Mehraufwand für Personalmangel in der Disposition und Bußgelder tragen zu können, denn der beträgt dann ganz schnell ein Vielfaches des eigentlichen Schulungsaufwands. ❐

Weiterbildung nach Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz bei der DEKRA Akademie: Ladungssicherung gehört zum Pflichtprogramm. ❐

Winterdienst:

Sole bis minus fünf Grad

Bayerische Bauverwaltung startet Pilotprojekt im Landkreis Würzburg

Mit ausgefuchster Technik rückt das Staatliche Bauamt Würzburg dem nächsten Winter auf den Leib. Spezielle Düsen an der neuen Kombi-Streumaschine bringen künftig eine fertig gemixte Wasser-Salz-Lösung auf die Fahrbahn – was laut Baudirektor Dr. Michael Fuchs die Umwelt schont und erhebliche Mengen Salz und damit Kosten einspart. Die Bayerische Bauverwaltung will die aus dem Schwarzwald stammende Technik in diesem Winter im Kreis Würzburg als erster Kommune ausprobieren.

Fahrer des neuen Wagens müssen nur ein paar Knöpfe am Bedienpult betätigen, und schon streut die neue Maschine gemäß den jeweiligen Witterungsverhältnissen und Straßengegebenheiten die „Sole“ genannte Salzlösung präzise auf die Fahrbahn. „Die Technik funktioniert bis Minus fünf Grad“, erläuterte Fuchs bei der Präsentation der 200.000 Euro teuren Neuanschaffung. Die Investition lohnt sich nach Einschätzung des Baudirektors durch den um voraussichtlich 25 Prozent geringeren Salzverbrauch. Durchschnittlich werden bei einer Solesprühung drei Gramm Salz auf einen Quadratmeter Straße benötigt. Bei der bisher üblichen Streumethode sind acht Gramm Salz nötig.

Erstmals kann mit der neuen Technik Sole direkt auf die Fahrbahn ausgebracht werden. Bislang wurde das Salz kurz vor dem Streuvorgang auf dem sogenannten Streuteller des Winterdienstfahrzeugs befeuchtet. Viel Salz gelange durch Windlflug dabei nicht auf die Straße, sondern landete im Straßengraben – wo es im Frühjahr zu Überdüngungen führte. Auch das neue Fahrzeug hat einen Streuteller hat, denn ist es kälter als fünf Grad Minus sowie bei Schnee und Eis, sollte keine Sole mehr versprüht werden. Dann ist die herkömmliche Feuchtsalztechnik, auf die umgeschaltet werden kann, im Vorteil. Bei den milden Wintern in Würzburg wird jedoch mit wenigen Umschaltvorgängen gerechnet.

Ein Rechner an Bord des Fahrzeugs sorgt dafür, dass die Kombi-Streumaschine in Millisekunden elastisch auf verschiedene Situationen auf Bundes-, Staats- und Kreisstraßen sowie auf Autobahnen reagiert. Auch bei hohen Fahrgeschwindigkeiten, in Kurven, beim Bremsen oder Beschleunigen wird gleichmäßig gestreut. Dass während des Streuvorgangs bis zu 80 Kilometer in der Stunde gefahren werden kann, liegt an den windstabilen Düsen an den Fahrzeugseiten, die, je nach Straßenbreite, zugeschaltet werden können. Auch die Streudichte wird gemäß der Witterungsverhältnisse reguliert. Bei überfrierender Nässe zum Beispiel wird eine geringere Sprühdichte benötigt.

2.200 Liter kann jeder Tank fassen. **Bild: Pat Christ**

Hauptanliegen jedes Winterdienstes ist es, folgenschwere Unfälle durch Glatteis auf der Fahrbahn zu verhindern. Dies wird nach Überzeugung von Würzburgs Landrat Eberhard Nuß durch die neuen Kombi-Streumaschinen ebenfalls besser gelingen. „Gerade für den ländlichen Raum ist es außerordentlich wichtig, dass Streufahrzeuge schnell auch in weit außerhalb gelegene Ortschaften kommen“, erläutert er. Das neue Fahrzeug soll nicht zuletzt zur Prävention gefährlicher Straßenzustände eingesetzt werden: Bereits ein bis zwei Stunden, bevor es laut Wettervorhersage glatt zu werden droht, werden künftig die noch trockenen Straßen mit Sole besprüht. **Pat Christ**

Initiative Bayerisches Gartennetzwerk:

Potenziale nutzen

Insgesamt zwölf Kleinode und Refugien - liebevoll restaurierte Kurparks, duftende Kräutergärten, herrschaftliche Schlossanlagen und versteckte Privatgärten - haben sich zur Initiative Bayerisches Gartennetzwerk zusammengeschlossen. Diese soll Naturliebhabern die Suche nach den schönsten Anlagen erleichtern, wie Staatssekretärin Katja Hessel im Nymphenburger Park in München hervorhob.

Hessel zufolge birgt das Bayerische Gartennetzwerk „besonders für die Freizeit- und Tourismusbranche ein wertvolles Potenzial“: „Wir haben im Freistaat eine Vielzahl an staatlichen und privaten Gärten und Parks, die wir sicher stärker nutzen können, um die örtliche Wirtschaft einzubinden und anzukurbeln.“ Schon heute generiere der Gartentourismus in Bayern 820 Millionen Euro, 84.000 Menschen arbeiteten in 33.000 Unternehmen im bayerischen Gartensektor. Laut einer Erhebung der Universität Weihenstephan gibt es im Freistaat 10.500 kirchliche Gärten, 137 Klostergärten, 81 Lehrgärten, 27 historische staatliche Gartenanlagen und rund 50 private Schlossgartenanlagen.

Persönlicher Einsatz

Wie Hessel zudem bemerkte, sei es dem persönlichen Einsatz von Baronin Sabine von Süsskind und ihren visionären Vorstellungen des Gartentourismus in England, Frankreich und Italien zu verdanken, dass das Bayerische Gartennetzwerk e.V. an den Start geht. Sie lebt zusammen mit ihrem Mann Baron Roland von Süsskind auf dem im Fränkischen gelegenen Schloss Dennenlohe mit traumhaftem Schlosspark. Bereits im Jahr 2007 hat der fränkische Schlosspark Dennenlohe zusammen mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH (by.TM) eine erste Gartennetzwerkkarte für 32 bayerische Gärten aufgelegt.

Da in Zeiten knapper Haushalte man besonders auf die Effizienz einer Maßnahme achten müsse, ist es nach Hessels Worten umso erfreulicher, dass dem Netzwerk durch das bayerische Gartenbau-Unternehmen Dehner aus Rain am Lech im Rahmen eines Public Private Partnership-Konzepts nicht nur finanzielle Unterstützung zuteil wird, sondern auch fachliche.

Zum Auftakt ihrer Arbeit stellte die touristische Initiative in der Broschüre „Kleinode und Refugien in Bayern“ zwölf Gartenanlagen vor. Dazu gehört der im Norden Bayerns liegende Schlosspark „König Ludwig I.“ im Staatsbad Bad Brückenau. Diese Gartenanlage entstand im 18. Jahrhundert und wurde streng symmetrisch angelegt. Der herrschaftliche Park beeindruckt Besucher mit einer vierreihigen Kastanienallee und üppigen Blumenbeeten.

Im Rosengarten Kalbus in Altdorf bei Nürnberg kommen wiederum Blumenliebhaber auf ihre Kosten. Der etwa 5.000 Quadratmeter große Schaugarten zeigt zahlreiche seltene Rosenzüchtungen. In kleinen Gärten können Besucher außerdem erleben, wie sich zum Beispiel Rosen, Knoblauch, Wirsing oder Fenchel gegenseitig helfen, schädliche Einflüsse abzuwehren.

Zahlreiche Wild- und Gartenpflanzen lassen sich im Kräuter-Erlebnis-Park in Bad Heilbrunn südlich von München entdecken. Naturliebhaber finden hier zum Beispiel Kräuterterrassen und eine Wildstrauchhecke, einen „Zauberwald“ und ein „Teelabyrinth“. Von Mai bis November werden regelmäßig Führungen angeboten. Gäste können auch Workshops besuchen, bei denen man etwa besondere Öle, Badezusätze oder Schnäpse herstellt.

Wie man mit kultiviertem Grün die Gesundheit fördert, können Besucher im Königlichen Kurgarten Bad Reichenhall erleben. Dort lassen sich über 42 Baumarten sowie Pflanzen aus Asien und Nordamerika bewundern. Von April bis Oktober rieseln zudem täglich 400.000 Liter Sole aus der Bad Reichenhaller Heilquelle über Schwarzdornen und reichern die Luft mit feinster Sole an. **DK**

Mobidat WorkPad:

Mobile Komplettlösung für den Betriebsdienst

Bauhöfe, Straßenmeistereien, Verwaltungen, sowie Unternehmen aus der Bau- und Landwirtschaft erhalten mit dem WorkPad mehr Transparenz über ihre Einsätze und Touren und sparen Zeit und Geld.

Das Gerät verfügt über die Möglichkeit, Strecken und Flächen punktgenau zu erfassen. Dabei wird die Wertigkeit des gerade identifizierten Objektes dokumentiert. Durch eine mobile, fahrzeugunabhängige Auftragsbearbeitung kann das Mobidat WorkPad vielfältig eingesetzt werden – sei es im Straßenbetriebsdienst, beispielsweise bei der Spielplatzkontrolle oder der Schadenserfassung.

Unmittelbare Verwertung von Auftragsdaten

Ein Auftrag kann im Internetportal www.mobidat.com erstellt werden. Das WorkPad empfängt diesen via WebService. Das Portal erlaubt eine unmittelbare Verwertung der Daten in Auftragsbearbeitung, Touren- oder Einsatzplanung. Damit ist eine Einzelerfassung ebenso präzise möglich wie Dokumentation, Kosten-Leistungsrechnung, Rechnungslegung oder geo-bezogene Analysen. ❐

Das Mobidat WorkPad. ❐

Leistungsschau der Unimog-Generalvertretung Beutlhauser-Bassewitz in Hagelstadt. ❐

Kommunale Hausmesse von Unimog in Hagelstadt:

Verblüffte Kunden und Lieferanten

Nach drei Jahren Pause war die Leistungsschau der Unimog-Generalvertretung Beutlhauser-Bassewitz in Hagelstadt (bei Regensburg) ein „nachhaltiger Erfolg“, bilanzierte die Geschäftsleitung hoch zufrieden: „Wir konnten sogar noch während der Ausstellung verkaufen, wann gab es das schon in den Hausausstellungen zuvor?“

500 Kunden - überwiegend aus den Bereichen Kommunal, Dienstleistung und Industrie - konnten sich umfangreich informieren: Auf knapp 3.000 qm gab es gut fünfzig Exponate der etablierten und neuen Beutlhauser-Lieferanten zu begutachten. „Extra Klasse“, „eine der besten Ausstellungen, die es je gab“, „danke, dass wir dabei sein durften“, so die Resonanz von beeindruckten Kunden und teils verblüfften Lieferanten - auch noch tags darauf. Bei der siebenstündigen Veranstaltung passte wirklich alles: Vom strahlend blauem Himmel bis hin zu den sichtlich gut gelaunten „Beutlhauser-Leuten“ die sich um die Besucher kümmerten.

Naturgemäß im Mittelpunkt: Der Unimog mit seinen vielen Aufbau- und Einsatzmöglichkeiten im Ganzjahreseinsatz.

Große Resonanz

Der Fachvortrag des TÜV Regensburg über den Berufskraftführerschein, zulässige Achslasten und Vorbaumaße erfuhr eine Resonanz wie noch keiner seiner Vorgänger. Auch der praktische Einsatz kam nicht zu kurz: Für reges Interesse sorgte die Vorführung bzw. der Einsatz einer Ast- und Wallheckenschere an überhängenden Ästen und Büschen auf dem Beutlhauser-Gelände.

Reichlich genutzt von vielen Bauhof-Mitarbeitern wurde die Gelegenheit zu Probefahrten: Kleinfahrzeuge von vier Herstellern und natürlich mehrere Unimog. ❐

Fünf neue Unimog für Winterdienst in Berlin

Gleich fünf neue Unimog helfen im bevorstehenden Winter, Plätze und Freiflächen in Berlin und Straßen im Bundesland Brandenburg schnee- und eisfrei zu halten. Die mit Winterdienstkombinationen ausgerüsteten Fahrzeuge wurden jüngst an Klaus-Dieter Tschäpe, Inhaber und Geschäftsführer der Ruwe GmbH in Berlin, übergeben. Bei den fünf Unimog handelt es sich um Geräteträger vom Typ U 300, die Winterdienstkombination stammen von Aebi Schmidt und besteht aus dem Schneepflug Cirron SL 27 und dem Streuautomaten Stratos B 20.

Damit erreicht der Unimog eine Streubreite von 2.700 Millimetern. Der Streuautomat kann 2 m³ Trockenstoff und 880 Liter Flüssigkeit aufnehmen, die über ein fein abgestimmtes und effektiv arbeitendes Mischsystem im Streuteller auf die Fahrbahn aufgebracht werden.

Neue Winterdienstvorschriften für das Land Berlin haben die Anforderungen an Grundstückseigentümer und Dienstleister erhöht. So müssen auch Plätze und Gehwege absolut schnee- und eisfrei sein, es genügt nicht mehr, solche Flächen nur zu kehren und mit abstumpfenden Mitteln zu bestreuen. Vielmehr gilt es, jede Eisschicht zu entfernen. Für den Unimog-Einsatz sind in diesem Zusammenhang Parkplätze, Betriebsgelände, Veranstaltungsorte und andere Freiflächen von Bedeutung. Außerdem hat der Winterdienst in Berlin generell bereits während des Schneefalls einzusetzen.

Der Winterdienst eine geradezu klassisches Einsatzfeld der Geräteträger Unimog U 300, U 400 und U 500. Die Motoren stellen 110 KW (150 PS) und 130 kW (177 PS) sowie 175 kW (238 PS) und 210 kW (286 PS) zur Verfügung, das Wendegetriebe hat acht Vorwärtsgänge und in Sonderausstattung auch acht Kriechgänge. Die automatisierte Telligent-Schaltung aus dem Lkw-Programm entlastet den Fahrer und hilft ihm, sich auf den Winterdiensteinsatz zu konzentrieren. Der hohe Lkw-Standard gilt auch für die Umweltverträglichkeit des Unimog – selbstverständlich hält er die Abgasnorm Euro V ein.

Fünf neue Unimog U 300 helfen zusätzlich Flächen in Berlin und im Bundesland Brandenburg schnee- und eisfrei zu halten. ❐

Optimale Rundumsicht

Optimale Rundumsicht aus dem Freisichtfahrerhaus des Unimog U 300/U 400/U 500, die freie Sicht in alle Richtungen dank insgesamt fünf Spiegeln, ideale Sitzposition des Fahrers, um sowohl Kreuzungen einzusehen wie auch vorn montierte Geräte im Blick zu haben, machen die Arbeit leichter. Ein Bremssystem mit 4-Kanal-ABS sowie der automatisch-lastabhängigen Bremse (ALB) zur Regelung der Bremskraftverteilung zwischen Vorder- und Hinterachse sorgen für Fahrsicherheit und auch der Komfort stimmt: Der Unimog unterschreitet die gesetzlichen Vibrationsgrenzwerte, ein wichtiger Aspekt der Fahrerentlastung. Dank kurzem Vorbaumaß können die meisten Frontgeräte ohne zusätzliche Maßnahmen mitgeführt werden, und die günstige Achslastverteilung sorgt für ein spurtreues Lenkverhalten auch bei schlechten Fahrbahnverhältnissen. Komfortsitze mit 3-Punktgurten und integrierte Kopfstützen garantieren in der nach ECE R29 geprüften Kabine einen Insassenschutz auf Lkw-Niveau. ❐

„Grüne Begegnungs- und Erlebnis(t)räume“

Jahrestagung der bayerischen Obst- und Gartenbauvereine in Dettelbach

Rund 450 Delegierte aus ganz Bayern waren in die Maintalhalle im unterfränkischen Dettelbach gekommen, um an der Prämierung der Sieger im landesweiten Wettbewerb „Grüne Begegnungs- und Erlebnis(t)räume“, den der Dachverband der Obst- und Gartenbauvereine durchgeführt hatte, teilzunehmen.

Gemeinsam mit dem Schirmherrn und Festredner Staatsminister Dr. Markus Söder überreichte Verbandspräsident Georg Huber den Erstplatzierten aus 49 Landkreisen und kreisfreien Städten eine Staatsurkunde sowie ein kunstvoll gestaltetes Bronzerelief. Diese hohen Auszeichnungen wurden den Preisträgern aufgrund ihrer herausragenden garten- und landeskulturellen Leistungen zugesprochen.

Lebensbedingungen ändern sich

Söder hob in seinem Festvortrag hervor, dass sich sowohl der Lebensraum als auch die Lebensbedingungen im Vergleich zu früher sehr verändert hätten. Dies werde vor allem bei Begegnungs- und Erlebnisräumen für Kinder und Jugendliche offensichtlich, die in einer „Erwachsenenwelt“ über immer weniger Möglichkeiten verfügten, Natur direkt zu erleben, aktiv und spielerisch Naturerfahrungen zu sammeln, natürliche Zusammenhänge zu begreifen, aber auch Gefahren einzuschätzen.

Ortsverschönerung

In diesem Zusammenhang lobte Söder besonders die vom Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege e. V. ausgehende Initiative zur Durchführung des Wettbewerbs. Dadurch habe die Dachorganisation der Gartenbauvereine in Bayern wieder einmal unter Beweis gestellt, dass sie ihr weit gespanntes Tätigkeitsfeld ernst nehme und speziell im Bereich der Landes- und Ortsverschönerung in Kombination mit der Förderung von Kindern und Jugendlichen intensive Anstrengungen unternehme, um die Menschen zu bürgerschaftlichen Selbsthilfemaßnahmen zu motivieren.

Aufenthaltsräume

Insbesondere Kinder und Jugendliche benötigen laut Söder für ihre Entwicklung eine Umgebung, die ihren Bedürfnissen entspricht, in der sie sich wohl fühlen und entfalten können. Leider seien in den Städten, aber auch zunehmend auf dem Land, natürliche Aufenthaltsräume immer mehr bedroht. Aufgrund von Bautätigkeit und anderen Nutzungen verschwänden immer mehr freie Flächen im und um das Siedlungsgebiet ebenso wie offene Hinterhofflächen und Zugänge zu natürlich gewachsenen Bereichen mit Bäumen und Sträuchern. Darüber hinaus beeinträchtigten u. a. Luftverschmutzung, hohes Verkehrsaufkommen, unzureichende Grün- und Spielflächen und eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit zusehends die harmonische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Daher war es Ziel des Wettbewerbs, das Bewusstsein für den Wert natürlich gewachsener Begegnungs- und Erlebnisräume zu schärfen, diese zu entwickeln und zu nutzen, um damit der Verarmung des Umfeldes entgegenzuwirken.

Sensibilisierung

Verbandspräsident Huber zeigte sich davon überzeugt, dass durch den Wettbewerb und die Prämierung der positiven Beispiele nicht nur besonders nachahmenswerte Möglichkeiten vorgestellt worden seien, sondern sich gleichzeitig auch viele Bürger und Gemeinden sensibilisieren und dazu motivieren ließen, aktiv bei der Gestaltung ihrer unmittelbaren Heimat vor allem mit Blick auf die Jugend mitzutun. Eine gute Gelegenheit hierfür böten die über 3.300 Obst- und Gartenbauvereine in Bayern, die sich zusammen mit der Kreisfachberatung an den Landratsämtern dieser lohnenswerten Aufgabe hervorragend annehmen. **DK**

Sieger des Wettbewerbs im Landkreis Fürth

Im Landratsamt Zirndorf zeichnete Landrat Matthias Dießl die örtlichen Sieger des Wettbewerbs „Grüne Begegnungs- und Erlebnis(t)räume“ aus. Den ersten Platz belegte die Marktgemeinde Cadolzburg, gefolgt von der Gemeinde Großhabersdorf und der Marktgemeinde Ammerndorf.

Die Siegergemeinde Cadolzburg hatte sich mit der Rangauschule Egersdorf beteiligt. Als bemerkenswert bewertete die Jury hier die naturnahe Gestaltung des Schulhofes und Spielplatzes, vor allem aber wie dieser „Erlebnis(t)raum“ in einer gemeinschaftlichen Aktion mit Schülern, Lehrern, Eltern und Hausmeister entstanden ist. Die zweitplazierte Gemeinde, Großhabersdorf, ging mit dem innerörtlichen Grünbereich Kuhrs-Wiese und dem Naturbad ins Rennen. Dort gibt es vielfältige Angebote für alle Generationen. Die verschiedenen Bereiche sind räumlich sehr gut miteinander verknüpft. Und nicht zuletzt der gelungene Umbau des Freibades zum modernen Naturbad überzeugte die Jury.

Der Markt Ammerndorf wiederum hatte das Projekt „Ökologischer Bürger(spiel)platz“ zum Wettbewerb angemeldet. Das Konzept für einen Spielplatz und einen Treffpunkt für alle Bürger. Im Umfeld des Mehr-Generationen-Hauses reichte für den dritten Platz. Die vorgesehene Art der Nutzerbeteiligung sowohl bei der Planung als auch beim Bau der Anlage sammelte viele Pluspunkte. **DK**

Seinen Geburtstag können Sie fünf Jahre lang feiern.

Freuen Sie sich auf das 60-Monate-Sorglos-Paket zum 60. Geburtstag des Mercedes-Benz Unimog.

Zum Jubiläum spendieren wir dem Unimog U 300[1] ein 60-Monate-Sorglos-Paket[3]. Inklusive Leasing, Reparaturen, Verschleißteilen und Servicechecks. Sein umfangreiches Ausstattungspaket lässt Ihnen außerdem alle Freiheiten beim Geräteanbau: Kipp-Pritsche, Frontzapfwelle, Zweikreishydraulik und stufenloser Fahrantrieb. Und das sind nur ein paar seiner nützlichen Details. Sie sehen also: Einem Unimog muss man nichts mehr zum Geburtstag schenken. Er hat ja schon alles.

www.mercedes-benz.de/unimog

Jetzt den U 300[1] günstig leasen ab

1.399 € mtl.[2]

Ein Angebot der Mercedes-Benz CharterWay GmbH. Gültig bis 31.12.2011.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

[1] Sondermodell Unimog U 300 Plus 1. [2] Ein Angebot der Mercedes-Benz CharterWay GmbH basierend auf Kaufpreis: 107.900 € (UVP), Leasing-Sonderzahlung: 21.580 €, Laufzeit: 60 Monate, Laufleistung: 800 Betriebsstunden pro Jahr. Gültig bis 31.12.2011. Alle €-Werte verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer. **Nur bei teilnehmenden Vertriebspartnern.** [3] Gemäß den Bedingungen des Service-Complete-Pakets.

Beutlhauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29– 33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Sicherer Blick statt siebter Sinn

Verkehrsspiegel von Dancop schaffen Sicherheit auf Straßen und Betriebsflächen

Der schnelle Blick in den Spiegel schützt Personen und Transportmittel vor Schäden durch Unachtsamkeit. Viele unübersichtliche Stellen auf Betriebsgeländen oder im Straßenverkehr behindern die Sicht des Fahrers auf das Verkehrsgeschehen. Abhilfe schaffen die TÜV-geprüften und Windlast zertifizierten Verkehrsspiegel von Dancop. Der Hersteller erreicht durch optimierte Produktionsprozesse, hochwertige Komponenten und mehr als 30-jähriges Know-how ein hohes Qualitätsniveau. Die Verkehrsspiegel sind für einen sicheren und langfristigen Einsatz bei Wind und Wetter konzipiert. Diese Eigenschaften kommen Verkehrsteilnehmer zugute und machen die Verkehrsspiegel zu wichtigen Sicherheitskomponenten auf allen Wegen.

Fahrzeugschäden und - im schlimmsten Fall – sogar schwere Verletzungen von Personen: Die Liste der Schäden, die durch Unfälle im Straßenverkehr, auf Betriebsgeländen oder öffentlichen Bereichen entstehen, ist lang – und kostspielig. Ursachen sind meist kleine Unachtsamkeiten und die fehlende Übersicht. Abhilfe schaffen Verkehrsspiegel, die - in hoher Qualität und optimal montiert - die Sicherheit wesentlich erhöhen. Entscheider sind gut beraten, bei dieser sinnvollen Investition nicht nur auf den Preis zu achten. Denn die Qualität der Spiegel, die sich aus verzerrungsfreiem Blick, langlebigen Komponenten und Betrieb auch bei extremsten Temperaturen ergibt, ist das wichtigste Kriterium, um Verkehrsteilnehmer wirksam zu schützen. Verkehrsspiegel sorgen schließlich nicht nur kurzfristig für Sicherheit, sondern über Jahrzehnte hinweg. Ein wenig mehr bei der Investition rechnet sich hier im Handumdrehen.

Geprüfte Sicherheit bei Wind und Wetter

Eine umfassende Auswahl hochwertiger Verkehrsspiegel bietet der Hersteller Dancop. Das Standardprogramm der Dancop Verkehrsspiegel umfasst derzeit rund 70 Ausführungen in den unterschiedlichsten Größen und Formen. Dieses breite Sortiment sorgt für eine optimale Auswahl in Punkto Einsatzmöglichkeiten und gesetzliche Bestimmungen, die beispielsweise in Frankreich zu beachten sind.

Für die unterschiedlichen Anwendungsbereiche kommen Spiegel aus Acryl (70 Prozent schlagfester als Glas), Polycarbonat für Vandalismus gefährdete Bereiche oder eine Edelstahlvariante zum Einsatz. Als Trägerwerkstoff wird PMMA (Acryl) oder Polycarbonat verwendet, die Spiegelbeschichtung besteht aus fast hundertprozentigem Aluminium. Diese wird rückseitig mittels Vakuummetallisierungsprozess bedampft und mit einem Decklack aus Acrylpolimerisat veredelt. Die Rahmen fertigt Dancop ebenfalls aus PMMA oder aus besonders schlagfestem ABS.

Optimaler Halt

Auch mit der Halterung hebt sich Hersteller Dancop von den Marktbegleitern ab: Die im Lieferumfang enthaltene 4-Punkt-Kugelgelenkhalterung ermöglicht eine exakte Einstellung des Spiegels auf die örtlichen Notwendigkeiten. Die konstruktiven Eigenschaften sorgen zudem für eine einfache Montage und einen optimalen Halt. So gerüstet überstehen die Qualitätsverkehrsspiegel unbeschadet selbst Winde in Orkanstärke bis 112 km/h, was auch per Zertifikat bestätigt wurde. Die Verkehrsspiegel erfüllen ihre Aufgaben aber auch in feuchtem oder frostigem Umfeld. Für die kalte Jahreszeit sind Verkehrsspiegel in einer Anti-Beschlagvariante oder alternativ mit integrierter Heizung verfügbar.

Zuverlässige Produkte

Die Zuverlässigkeit seiner Produkte steht für Dancop an vorderster Stelle: Der Marktführer für Verkehrs-, Sicherheits- und Überwachungsspiegel entwickelt und fertigt in eigener Regie und kann so höchste Qualität bei Spiegel, Gehäusen und Befestigungskomponenten gewährleisten. Dies wird auch regelmäßig durch TÜV-Zertifizierungen belegt. Deutsche Städte und Kommunen setzen auf diese Qualität bereits seit vielen Jahren.

Um die hohen Anforderungen der Märkte und der Fachhändler noch besser zu erfüllen, hat Dancop Anfang 2011 seine Vertriebsstrukturen optimiert. Die Dancop International GmbH bedient seitdem aus Norddeutschland den Weltmarkt, mit Ausnahme der skandinavischen Länder. ❐

EgroNet-Mitgliederversammlung:

Leistungsfähiger Verbund

Auch künftig wird im Vierländereck Böhmen, Bayern, Thüringen und Sachsen das Augenmerk auf ein leistungsfähiges Personennahverkehrsangebot gelegt. Wie die Vertreter der 16 Kooperationspartner und Nahverkehrsunternehmen auf einer Mitgliederversammlung in Cheb (Eger) hervorhoben, sei das Nahverkehrssystem EgroNet ein einmaliges Beispiel für regionale, länderübergreifende Zusammenarbeit in Europa.

Seit nunmehr 11 Jahren schafft das EgroNet die Möglichkeit, auf einer Fläche von 15.000 Quadratkilometern mit 3,2 Millionen Menschen mit einem Ticket einen ganzen Tag lang unbegrenzt mit Bahnen, Bussen, Straßenbahnen auf 702 Linien zu fahren. 40.000 Tickets wurden im Jahr 2010 von den Fahrgästen gekauft und genutzt, das heißt 40.000 Begegnungen innerhalb der EgroNet-Region, betonte der Landrat des Vogtlandkreises Dr. Tassilo Lenk als Vorsitzender des EgroNet. Aus Bayern nahmen an der Sitzung unter anderem die Landräte Bernd Hering (Hof) und Dr. Karl Döhler (Wunsiedel) sowie Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (Hof) teil.

Anspruchsvolle Aufgabe

Angesichts von Kürzungen finanzieller Mittel forderte er von deutscher und tschechischer Seite, alles für die Erhaltung des bisher im EgroNet Erreichten zu tun. Die Sicherstellung dieser grenzüberschreitenden Verbindungen und die Weiterentwicklung und Integration in zukunftsträchtige Gesamtkonzepte, auch in Bezug auf die Stärkung des ländlichen Raumes, sei eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, so Lenk.

Lücke schließen

Dass Initiativen des EgroNet-Kooperationsverbundes zu Erfolgen führen, zeigte sich im vergangenen Jahr. Laut eines Rechenschaftsberichts von Thorsten Müller, Geschäftsführer des mit der EgroNet-Geschäftsführung beauftragten PNV, ist die beabsichtigte Bahnstilllegung Asch-Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland nach Einspruch vom Tisch. Nun gilt es, die Lücke auf der Strecke von Hof nach Eger (Cheb) über Selb und Asch zu schließen.

Um die Region gemeinsam zu vermarkten, wurden der EgroNet-Bahnfahrplan sowie der dreisprachige Infoflyer zum EgroNet-Ticket herausgegeben. Zusätzlich erschienen erstmalig der EgroNet-Gutschein-Kalender in limitierter Auflage sowie ein Postkartenheft, das ebenfalls mit touristischen Highlights der EgroNet-Region aufwartet. Darüber hinaus wurde das EgroNet auf zahleichen Messen, Ausstellungen und kulturellen Höhepunkten vorgestellt, so beispielsweise auf der Oberfrankenausstellung sowie auf internationalen Messen in Brünn, Prag und Berlin.

Leichter Aufwärtstrend

Die Arbeitsgruppe Tarif konnte berichten, dass in Deutschland knapp 26.000 Tickets für fast 400.000 Euro und in Tschechien mehr als 13.500 Tickets für gut 2 Millionen Kronen verkauft wurden. Damit beschrieben die Verkaufszahlen im Vergleich zu 2009 einen leichten Aufwärtstrend.

Für offensive PNV-Strategie

Wie der PNV künftig im ländlichen Raum weiter entwickelt werden soll, darüber informierte Prof. Dr. Heiner Monheim. Der emeritierte Verkehrswissenschaftler der Universität Trier ist gegen zentrale Strukturen im Nahverkehr und regte deshalb eine offensive PNV-Strategie für ein integriertes Gesamtsystem an.

Monheim zufolge finden 80 Prozent aller grenzüberschreitenden Verkehre in Europa im Nahverkehrsbereich und innerhalb von 30 Kilometern statt. Daraus schloss er unter anderem, dass kleine europäische Netze, wie zum Beispiel das EgroNet, die Zukunft Europas darstellen. **DK**

Bayerische Eisenbahngesellschaft:

Fahrplanbuch für 2012

Bayern-Kursbuch ab sofort erhältlich unter www.bayern-kursbuch.de

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) veröffentlicht zum vierten Mal in Folge das bayernweite Fahrplanbuch. Das im Bahnland-Bayern-Design gestaltete Kursbuch 2012 mit allen Infos zum Fahrplanwechsel am 11. Dezember können Interessenten ab sofort an vielen Bahnhofsbuchhandlungen und Fahrkartenverkaufsstellen, über das Bayern-Kursbuch-Bestellcenter sowie unter www.bayern-kursbuch.de erwerben. Für 2012 steht außerdem eine Neuerung beim Kursbuch an: Erstmals gibt es Mitte des Jahres ein kostenloses Ergänzungsheft.

Mit dem bayernweiten Kursbuch bietet die BEG Reisenden die Möglichkeit, sich umfassend über alle Zugverbindungen des Nah- und Fernverkehrs im Freistaat sowie auf den Anschlussstrecken in Nachbarländern zu informieren. Das kompakte Format erlaubt es Fahrgästen, das Buch problemlos auf ihren Fahrten durch Bayern mitzunehmen. Sie profitieren dabei nicht nur von den Fahrplantabellen für den gesamten Zugverkehr in Bayern, sondern sie erhalten auch aktuelle Infos über regionale Ticketangebote oder bayernweite Fahrkartenangebote wie das Bayern-Ticket. Darüber hinaus informiert das Kursbuch übersichtlich über Neuerungen im bayerischen SPNV.

Keine Übersichtskarte

Eine Übersichtskarte für den Personenverkehr wird das neue Bayern-Kursbuch nicht mehr enthalten. Diese Übersichtskarte zeigte bislang mobilitätseingeschränkten Reisenden, auf welchen Strecken sie kostenlos fahren können. Seit September 2011 gilt eine neue Regelung, die mobilitätseingeschränkten Fahrgästen eine kostenlose Nutzung aller S-Bahnen und Regionalzüge in Deutschland ermöglicht, sodass die Übersichtskarte für 2012 entfallen konnte.

Erstmals kostenloses Ergänzungsheft ab Mai 2012

Im Jahr 2012 veröffentlicht die BEG außerdem erstmals ein Ergänzungsheft zum Kursbuch, das im Mai 2012 erscheinen wird. Wer das Kursbuch bereits erworben hat, kann das Ergänzungsheft mit einer Postkarte, die dem Kursbuch beiliegt, bestellen und sich nach Veröffentlichung kostenfrei zuschicken lassen. Es informiert dann über die bis dahin eingetretenen Fahrplanänderungen sowie über alle Neuerungen im Bahnland Bayern, die ab 1. Juni 2012 gültig sind.

6.500 Exemplare

Das Bayern-Kursbuch 2012 erscheint in einer Auflage von 6.500 Exemplaren und ist ab Fahrplanwechsel für 5 Euro bei vielen Bahnhofsbuchhandlungen und Fahrkartenverkaufsstellen erhältlich. Bestellungen können ab sofort auch bequem im Bayern-Kursbuch Bestellcenter telefonisch, per Fax, postalisch oder über www.bayern-kursbuch.de aufgegeben werden. ❐

Deutsche Bahn:

Freistaat Bayern legt Forderungskatalog vor

Zeil: „Nahverkehr ist noch zu störungsanfällig“

Bereits zum vierten Mal hat Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil Vertreter der Deutschen Bahn zu einem „Runden Tisch Qualität“ geladen, um Lösungen für die gravierendsten Störungsursachen im Schienenpersonennahverkehr einzufordern. „Wir bestellen jedes Jahr mehr Nahverkehrsleistungen, um im Pendler-, Schüler- und im übrigen Nahverkehr ein qualitativ hochwertiges Angebot bereitstellen zu können. Wollen wir damit dauerhaft zufriedene Eisenbahnkunden gewinnen, setzt dies voraus, dass die Bahn zuverlässiger wird“, betonte Zeil. Einig war er sich mit den DB-Verantwortlichen, dass trotz der bereits umgesetzten Maßnahmen weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Zeil ließ sich von den Bahnvertretern darstellen, was im letzten halben Jahr getan wurde, um die schwerwiegendsten Mängel zu beseitigen. Mit einem umfangreichen Forderungs- und Maßnahmenkatalog legte er dar, was er sich zusätzlich erwarte. „Aktuell stehen die Wintervorbereitungen im Fokus, damit wir nicht wieder Verhältnisse wie in den vorigen beiden Jahren erleben müssen“, so der Minister.

Neuer Ansatz

Mit einem neuen prozessorientierten Ansatz verspricht die DB, die Befahrbarkeit des Schienennetzes bei Eis und Schnee, die Einsatzbereitschaft der Fahrzeuge und den Räumdienst an den Stationen zu verbessern. Aber auch Maßnahmen zur Erhöhung von Pünktlichkeit und Betriebsstabilität bei den S-Bahnen München und Nürnberg ließ sich der Minister erläutern.

Grenze der Belastbarkeit

Zeil monierte, dass die Werkstätten an der Grenze ihrer Belastbarkeit betrieben würden. Dies führe dazu, dass die Standzeiten der Fahrzeuge zu lange seien und deshalb Züge ausfielen oder gekürzt werden müssten. „Wir schließen mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen langfristige Verträge ab, so dass auch der Werkstattbedarf vorausschauend kalkuliert werden kann. Für die schon seit Jahren bestehende Überlastung habe ich daher wenig Verständnis“, kritisierte der Minister.

Der ‚Runde Tisch Qualität’ bleibt für Zeil als regelmäßig tagende Einrichtung notwendig, da die Qualität im Regionalverkehr eine dauerhafte Aufgabe und Herausforderung sei. ❐

Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Landkreis Freising:

Nachbarschaft ist Partnerschaft

Es ist inzwischen schon zur Selbstverständlichkeit geworden, dass sich Wasserversorger des Landkreises Freising regelmäßig zweimal im Jahr zu einem offenen Erfahrungsaustausch treffen. Sie haben sich zur „Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Landkreis Freising“ zusammengeschlossen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig und für weitere Mitglieder offen.

Berichtet wird über das aktuelle Geschehen in den einzelnen Versorgungseinrichtungen, über durchgeführte oder geplante Maßnahmen. Automatisch ergeben sich aus den Berichten Fragen und schnell entsteht eine lebendige Diskussion. Mitte Oktober traf man sich in den Räumen des Wasserzweckverbandes Freising-Süd unter der Leitung von Franz Rauch.

Die Wasserversorgungen im Landkreis gewinnen das Trinkwasser zum Teil über Flachbrunnen aus den quartären, also oberflächennahen Bodenschichten, oder über tiefe Brunnen, die das Grundwasser tertiärer Schichten erschließen. Ein Brunnen ist keine technische Einrichtung, die nach der Herstellung unverändert gleichmäßig und dauerhaft ihren Dienst tut.

Nach längerer Betriebsdauer kann es zu einem deutlichen Verlust der Brunnenleistung oder zu einer Trübung bzw. Verfärbung des geförderten Wassers kommen. Verschiedene Faktoren können Ursache für einen Leistungsrückgang sein:

- Brunnenbetriebsalter
- Bauart (z. B. Materialwahl, Anordnung und Bemessung der Filterrohre und des umgebenden Filtermaterials, Abdichtung gegen eindringendes Oberflächenwasser, Bauüberwachung)
- hydrogeologische Verhältnisse
- geologische Bedingungen (Korngrößenverteilung, Festigkeit)
- chemische und biologische Eigenschaften des Wassers
- Betrieb des Brunnens (Einschalthäufigkeit der Pumpen, Standzeiten).

Meist wird der Rückgang der Brunnenleistung durch Alterung, z. B. Ablagerungen innerhalb der Filterhohlräume oder Filterschlitze hervorgerufen.

Es kann zu Versinterungen (Ausfällung von Karbonaten) der Filterrohre, Korrosion (Bildung von Korrosionsprodukten) der Brunnenrohre und einer Verringerung der Durchlässigkeit des Brunnenfilters (Versandung) kommen. Die Ursachen zur Verringerung der Leistungsfähigkeit können also sehr unterschiedlicher Natur sein.

Brunnenbefahrungen

Um ein Bild vom jeweiligen Zustand eines Brunnens zu erhalten, werden in Abständen von fünf bis zehn Jahren Brunnenbefahrungen mit einer Fernsehkamera durchgeführt. Je nach Ergebnis wird entschieden, ob der Brunnen weiter genutzt werden kann, oder ob eine „Verjüngungskur“ eine Regeneration des Brunnens notwendig wird.

Aus diesen Zeitabständen kann geschlossen werden, dass eine Brunnenregeneration selbst für einen erfahrenen Wassermeister wie Josef Plötz von den Stadtwerken Freising oder Martin Vaas vom Wasserzweckverband keine Alltagsaufgabe sein kann. Gemeinsam mit Johann Hopfensberger, Leiter des Wasserwerks Moosburg, wurde über Vor- und Nachteile von Regenerationsverfahren und Erfahrungen mit ausführenden Firmen diskutiert.

Selbst wenn bereits eine Verfahrensentscheidung zur Brunnenregenration getroffen und ein Auftrag vergeben wurde, helfen die Gespräche doch, sensible Punkte bei der Durchführung zu identifizieren. Dazu kommen ggf. Hinweise und Erfahrungen zur Arbeitsweise einzelner Bohrfirmen mit ihren Stärken und Schwächen. Diese Kenntnisse können für die spätere Bauüberwachung von großem Wert sein, um schließlich ein gutes Ergebnis zu erzielen. Ein unachtsames Vorgehen kann sehr schnell zu einer Brunnenzerstörung führen, was zu vermeiden ist.

Erneut wurden auch Möglichkeiten diskutiert, wo im Wasserwerksbetrieb der Strombedarf reduziert werden kann, um den stetig steigenden Strompreisen entgegenzuwirken, aber auch, um auf die den veränderte Situation auf dem Energiemarkt zu reagieren. Dem Vernehmen nach sind nach dem EEG-Gesetz weitere Veränderungen hinsichtlich der Stromtarife für Wasserversorgungen zu erwarten. Es ist also gut, vorbereitet zu sein und nicht erst zu reagieren, wenn man vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Egoismen

Im Laufe des Treffens wurde auch deutlich, dass gelegentlich noch immer kommunalpolitische Egoismen wasserwirtschaftlich sinnvollen Lösungen entgegenstehen. Zumindest waren sich die Fachleute einig, dass die Herstellung leistungsfähiger Verbindungsleitungen zwischen einzelnen Wasserversorgern wesentlich zur Sicherstellung der Versorgung beitragen. Ein starres Verharren auf abgeschottete Einzellösungen sollte der Vergangenheit angehören.

Erneut positiv wurde über die Möglichkeit berichtet, gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen für Fachpersonal bei den Stadtwerken Freising und dem Wasserzweckverband Freising-Süd nutzen zu können.

Inzwischen wurde für den Landkreis auch eine gemeinsame Installateursliste der Gas- und Wasserinstallateure erstellt. Ein wichtiger Schritt zur Qualitätssicherung auch in den privaten Hausinstallationen.

Die Arbeitsgemeinschaft wird ihr nächstes Treffen am 28.02.12 im Rathaus Moosburg abhalten.

Schuchardt/Rauch

Heinrich Heiß (Untere Naturschutzbehörde), Thomas Schneider (Stadtwerke Landsberg am Lech), Peter Danner (E.ON), Jochen Schindele (Wasserwirtschaftsamt Weilheim), Johannes Schnell (Landesfischereiverband Bayern), Josef Wagner (Bezirksfischereiverein Landsberg am Lech) und Anton Cavegn (Elektrizitätswerk Landsberg / v. l.) schaffen gemeinsam bessere Bedingungen für die heimischen Fische. Bildnachweis: LEW/Plössel

Elektrizitätswerk Landsberg:

30.000 Euro für Umweltprojekt am Lech

Seit kurzem finden Wasserbauarbeiten am rechten Lech-Ufer nahe der Mündung des Mühlbaches statt. Das Elektrizitätswerk Landsberg (EWL) schafft zusammen mit den Stadtwerken Landsberg bessere Bedingungen für die heimischen Fische. Durch das Einbringen von Kies werden neue Laichplätze geschaffen und damit die ökologische Situation für heimische Fischarten im verbauten Lech verbessert.

Finanziert wird das Umweltprojekt mit dem Namen „Kies für den Lech“ zu zwei Dritteln von EWL und zu einem Drittel von den Stadtwerken Landsberg. Das Elektrizitätswerk Landsberg investiert dafür insgesamt 30.000 Euro. Umgesetzt wird das Projekt von der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW), einem Tochterunternehmen der Lechwerke AG, das 35 Wasserkraftwerke in der Region Bayerisch-Schwaben betreibt.

Im Unterwasser des EWL-Wasserkraftwerks am Mühlbach werden etwa 1.000 m^3 grober Kies eingebracht, der Laichplatz für flusstypische Fische wie Äschen, Huchen, Barben oder Nasen schafft. Der Laichplatz hat eine Größe von etwa 620 m^2. Damit werden zusätzliche Möglichkeiten für die Reproduktion der Fische sowie die Arterhaltung geschaffen.

Die Maßnahme ist Bestandteil einer Gewässerstrukturverbesserung, die zusammen mit dem Landesfischereiverband Bayern und der Unteren Naturschutzbehörde vom Landratsamt Landsberg am Lech durchgeführt wird. Die beteiligten Partner des Ökoprojektes erhoffen sich weitere Erkenntnisse, um eine nachhaltige Entwicklung der Fischpopulation in Gewässern mit Wasserkraftnutzung sicherzustellen.

Vergleichbare Projekte zur Verbesserung von Gewässerstrukturen haben LEW und BEW in den vergangenen Jahren an anderen Flußstrecken im Lech sowie an Günz, Wertach und Iller umgesetzt.

Die Arbeiten werden von einer heimischen Baufirma ausgeführt und enden voraussichtlich Anfang Dezember. Die Partner des Ökoprojektes „Kies für den Lech“ verpflichten sich, die Kieslaichplätze auf Dauer zu erhalten. Nach einem Hochwasser wird die Funktionsfähigkeit der Kiesbank überprüft und wenn nötig durch eine neue Zugabe von Kies wieder hergestellt. ❐

Technik zum Anfassen präsentierte die D&S Rohrsanierung in der Langen Nacht der Wissenschaften. ❐

Technik zum Anfassen in der Metropolregion Nürnberg:

Eine Lange Nacht für den Fräsroboter

Zum fünften Mal fand in diesem Jahr eine „Lange Nacht der Wissenschaften“ im Städtedreieck Nürnberg, Fürth, Erlangen statt. Die interessierte Öffentlichkeit konnte bis nach Mitternacht einen Blick hinter die Kulissen von Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten werfen und sich anhand praxisnaher Vorführungen von der technischen Leistungsfähigkeit regionaler Unternehmen überzeugen. Zum wiederholten Mal nahm die Diringer & Scheidel Rohrsanierung GmbH & Co. KG an der Veranstaltung teil.

Auf dem Gelände der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg hatten die Sanierungsprofis eine Haltung aus Kunststoffrohren installiert, die die Besucher mit einem KATE-Fräsroboter eigenhändig befahren konnten. Ein ebenfalls präsentierter Spachtelroboter machte die vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten der modernen Robotertechnik deutlich.

Dialog mit den Bürgern

Seit 2003 bietet die „Lange Nacht der Wissenschaften“ im Zwei-Jahres-Rhythmus Technik zum Anfassen für jedermann. Auf Führungen, Vorträgen, Ausstellungen, Diskussionen und Rundgängen wird Wissen mit Experimenten und Praxisbeispielen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. „Die Chance zum Dialog mit der Bevölkerung nehmen wir gerne wahr“, erklärt D&S-Zweigniederlassungsleiter Stefan Dümler, ZNL Nürnberg. Bei den Vorführungen können die Besucher hautnah erleben, welche Arbeiten bei einer fachgerechten Kanalsanierung durchgeführt werden.

„Das trägt auch zu einem besseren Verständnis bei, wenn die Fahrzeuge der Diringer & Scheidel Rohrsanierung einmal vor dem eigenen Grundstück stehen“, ist Dümler überzeugt. Gleichzeitig erhalten viele Jugendliche einen ersten Einblick in eine interessante Tätigkeit rund um die unterirdische Infrastruktur, was durchaus bei der Berufswahl eine Rolle spielen könnte. „Der Umgang mit einem Roboter macht deutlich, dass Hightech auf den Baustellen längst Einzug gehalten und modernste Verfahren und Maschinen zum Alltag gehören“, ergänzt Matthias Kast, Leiter D&S-Robotertechnik.

Vielseitig einsetzbar

So steht auch der Name KATE für professionelles Arbeiten bei der Sanierung von Kanalsystemen. „Ein selbstfahrendes Trägergerät stellt das Kernstück des Systems dar“, so Kast weiter. „Es kann mit verschiedenen Roboteranbauteilen ausgerüstet werden, die für die unterschiedlichen Sanierungsverfahren konstruiert worden sind.“

Anwendungen

Zu den Anwendungsbereichen zählen vorstehende, ausgebrochene, zurückliegende oder zu verschließende Einläufe, Axial- und Radialrisse, Versätze, Löcher, Scherbenbildung, feste Ablagerungen, Hindernisse, Wurzeleinwüchse und defekte Muffen, Einbindung eines Hausanschlusses an den Sammler mit Schalungstechnik und das Öffnen und Einbinden von Inlinern. Die D&S Rohrsanierung nutzt das High-Tech-Produkt seit mehr als 20 Jahren und ist aufgrund der hohen Anzahl der eingesetzten Geräte der weltweit größte Anwender. ❐

Mehr Transparenz im Bereich der Sanierung

Gütesicherung RAL-GZ 961: Neue Struktur beim Gütezeichen „S“

Es gibt eine Vielzahl von Sanierungsfachfirmen, die über ein RAL-Gütezeichen Kanalbau Beurteilungsgruppe S verfügen. Firmen, die das Gütezeichen führen, weisen Erfahrung und Zuverlässigkeit Ihres Unternehmens nach und erfüllen die von Auftraggebern gestellten Anforderungen an Material, Verfahren, Ausführung und Eigenüberwachung in Übereinstimmung mit den aktuellen Regelwerken.

Aufgrund der Vielzahl verschiedener Verfahrenstechniken im Bereich der Sanierung enthält das Gütezeichen S entsprechende Untergruppen. Der Güteausschuss der Gütegemeinschaft hat eine neue Struktur dieser Untergruppen erarbeitet und damit den Anforderungen der Gütezeicheninhaber und Auftraggeber Rechnung getragen.

Orientierung an Technikgruppen

Die künftigen Untergruppen zur Beurteilungsgruppe S sind ausschließlich an Technikgruppen orientiert. Erfahrung und Zuverlässigkeit werden in Bezug auf die Anwendung der entsprechenden Technikgruppe bewertet. Die bisherige zusätzliche Unterscheidung nach Systemanbietern beziehungsweise Lizenzgebern entfällt. Diese wird innerhalb der neuen Gruppen künftig durch den Bezug auf das entsprechende Verfahrenshandbuch berücksichtigt.

Anwendung erleichtert

Durch die Änderung wird die Struktur der Untergruppen S im Bereich der Gütesicherung den Vorgaben in den aktuellen Regelwerken angepasst. Zusätzlich wird durch die deutlich geringere Gesamtzahl von Untergruppen im Bereich der Sanierung Transparenz und Anwendung der Gütesicherung insbesondere für den Auftraggeber spürbar erleichtert.

Belange als Gütezeicheninhaber

Auch die Belange als Gütezeicheninhaber werden mit dieser Änderung besser berücksichtigt, denn ein Wechsel des Systemanbieters beziehungsweise Lizenzgebers kann im Rahmen der Gütesicherung von den Unternehmen nun einfacher realisiert werden.

Der Sanierungsbedarf für die Kanalisation in Deutschland ist groß. Auswertungen der Kanaluntersuchungen belegen Schäden sowohl an öffentlichen Abwasserkanälen als auch an Abwasserleitungen auf privatem Grund. Unfachmännische Bauausführung gehört zu den häufigsten Schadensursachen. Um eine hohe Qualität erreichen zu können ist eine entsprechende gerätetechnische Ausstattung und die einschlägige Erfahrung des ausführenden Personals notwendig.

Anforderungen an Materialien und Verfahren

Auch Anforderungen an Materialien und Verfahren gemäß Regelwerksanforderungen und Verfahrensbeschreibungen sind zwingend zu stellen. Somit haben die Auftraggeber bei der Vergabe von Sanierungsmaßnahmen an Gütezeicheninhaber S die Gewähr, dass die Qualifikation der Bieter belegt und die entsprechenden Material-Nachweise für das jeweilige Verfahren vorliegen. Eine Bewertung der Angebote durch den Auftraggeber erfolgt bei den Unternehmen, die die Erfüllung dieser Voraussetzungen belegen.

Qualität beginnt bei der Ausschreibung

Qualität beginnt aber bereits bei der Ausschreibung. Folgerichtig wurde 2007 die Beurteilungsgruppe ABS – Ausschreibung und Bauüberwachung bei der grabenlosen Sanierung von Abwasserleitungen und -kanälen aller Werkstoffe und Nennweiten mit den dazugehörigen Bauwerken – in die Güte- und Prüfbestimmungen der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 aufgenommen. Auftraggeber und Ing.-Büros dokumentieren damit ihre besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit der Organisation und des eingesetzten Personals.

Lieferbedingungen

Durch die Auswahl der Bieter unter Berücksichtigung der Anforderungskriterien Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961, liegen eindeutige Lieferbedingungen vor, welche die genannten Regelwerksanforderungen und Verfahrensbeschreibungen beinhalten. Erfüllen Auftragnehmer diese Lieferbedingungen, hat der Auftraggeber einen Beleg dafür, dass es sich um eine erfahrene Fachfirma handelt in Bezug auf die Ausführung der speziellen Technikgruppe. Diese verfügt darüber hinaus über eine dokumentierte Eigenüberwachung. Vom Güteausschuss beauftragte Prüfingenieure bestätigen durch Baustellen- und Firmenbesuche die Einhaltung der definierten Lieferbedingungen.

Handbuch als Grundlage

Grundlage der Qualifikation von Gütezeicheninhabern der Beurteilungsgruppe „Sanierung“ ist ein Handbuch, in dem Anforderungen an Material, Verfahren, Ausführung und eine dokumentierte Eigenüberwachung verbindlich festgelegt sind. Beim Nachweis dieser Anforderungen sind bereits vorhandene Zulassungen bzw. Spezialkenntnisse und Referenzen in Bezug auf die Ausführung der beschriebenen Arbeiten vorzulegen. Die Eignung eines Sanierungsverfahrens wird mit der Erteilung eines Gütezeichens nicht bewertet.

Stichprobenartige Prüfung

Im Handbuch sind die Muster zur Dokumentation der Eigenüberwachung auf Grundlage der Anforderungen in den Regelwerken definiert. Die Dokumentation der Eigenüberwachung selbst wird in der Bauakte abgelegt. Die vom Güteausschuss beauftragten Prüfingenieure prüfen diese Dokumentation stichprobenartig. Darüber hinaus werden die Qualifikationsanforderungen kontinuierlich überprüft. Alle Firmen, die ein RAL-Gütezeichen beantragt haben oder bereits ein RAL-Gütezeichen „Kanalbau“ besitzen, melden ihre Sanierungsbaustellen der Gütegemeinschaft.

Baustellenbesuche

Die vom Güteausschuss beauftragten Prüfingenieure sind somit über die stattfindenden Maßnahmen informiert, so dass Baustellenbesuche ohne Voranmeldung möglich sind. Bei Beanstandungen können Auftraggeber einen Baustellenbesuch durch den Prüfingenieur veranlassen. Bei Mängeln können abgestimmte Maßnahmen vom Güteausschuss beschlossen werden.

Kanalisation im Fokus

Eine von allen Beteiligten gelebte RAL-Gütesicherung nach RAL-GZ 961 entspricht der Selbstverpflichtung der Unternehmen und dem Anspruch, eine Zuverlässigkeitssteigerung zu erreichen. Im Fokus steht dabei der Zustand unserer Kanalisation. Erfahrung und Zuverlässigkeit sind Grundlagen für Planungs- und Ausführungsqualität und die Langlebigkeit und Wirtschaftlichkeit der Leitungsinfrastruktur.

Gebrauchswert steigt

Ein Ergebnis: Der Gebrauchswert der Abwasserleitungen und -kanäle steigt. Bei der Sicherung der Qualität und bei der Einsparung von Kosten hat sich das System Gütesicherung bewährt. Angewandte Gütesicherung ist Grundlage wettbewerbsneutraler Vergabe. Entscheidend ist konsequentes Verhalten bei der Wertung der Angebote.

Fairer Wettbewerb

Ein Instrument wie die Gütesicherung Kanalbau unterstützt den Auftraggeber bei der Auswahl geeigneter Bieter und sorgt für fairen Wettbewerb. Sie ist ein von Auftraggebern und Auftragnehmern gemeinsam geschaffenes Instrument zur Beurteilung der Bietereignung und damit zur Sicherung der Qualität entsprechender Arbeiten.

Sinnvolle Vereinfachung

Die Neustrukturierung der Beurteilungsgruppe S und der dazugehörigen Untergruppen trägt zu einer sinnvollen Vereinfachung in der Handhabung und Anwendung dieses Instrumentes bei. ❐

Gütezeichen S: Grundlage der Qualifikation ist ein Handbuch, in dem Anforderungen an Material, Verfahren, Ausführung und eine dokumentierte Eigenüberwachung verbindlich festgelegt sind. Foto: Güteschutz Kanalbau

Kanalsanierung auf der IFAT ENTSORGA 2012:

Milliardenmärkte in öffentlichen und privaten Leitungen

Inspektion, Dichtheitsprüfung und Sanierung von Kanälen ist umweltpolitische Notwendigkeit

So abstrakt das Thema zuweilen erscheint, so notwendig ist es. Die Rede ist von der Kanalsanierung - eine Thematik, die, auch wenn sie „im Untergrund“ stattfindet, nicht nur bei den Kommunen, sondern auch auf der nächsten IFAT ENTSORGA vom 7. bis 11. Mai 2012 in München eine wichtige Rolle spielt. Insgesamt 16.000 Quadratmeter nimmt der Bereich rund um Injektions-, Reling-, Einzieh- und Beschichtungsverfahren sowie Rohrdichtheits-Prüfungen und Kanalinspektionsausrüstung ein.

Annähernd ein Fünftel aller Abwasserkanalhaltungen bundesweit weisen kurz- bis mittelfristig sanierungsbedürftige Schäden auf. Um diese wichtigen Infrastruktureinrichtungen in ihrer Substanz zu erhalten, planen die Kommunen pro Jahr und Kilometer Kanalnetz im Mittel 8.000 Euro zu investieren. Dies geht aus der Ende vergangenen Jahres veröffentlichten „Umfrage zum Zustand der Kanalisation in Deutschland 2009“ der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) unter deutschen Städten und Gemeinden hervor.

Trends

Im Detail konnte die DWA eine Reihe von Trends ausmachen: Bei der Kanalerneuerung setzen die Auftraggeber zunehmend auf grabenlose Verfahren. Allerdings geht der komplette Austausch der alten Kanäle sukzessive zurück. Stattdessen werden die Schäden häufig örtlich begrenzt behoben. Neben diesen Einzelreparaturen kommen nach wie vor Renovierungsmaßnahmen zum Einsatz, die die Funktionsfähigkeit des gesamten ausgewählten Kanalsegments verbessern. Hierbei bleibt das Relining das mit Abstand dominierende Verfahren.

Gestiegene Kosten

Nach den DWA-Recherchen sind in den letzten Jahren die Kosten je Meter Kanalsanierung für Renovierungsverfahren und Kanalerneuerung merklich gestiegen. Einen Grund hierfür sieht die Vereinigung in höheren Qualitätsanforderungen, die sich im Gegenzug allerdings in größerer Dauerhaftigkeit und längerer Nutzungsdauer der sanierten Kanäle auszahlen.

Gigantisches Abwassernetz

Neben der öffentlichen Kanalisation existiert mit den privaten Leitungen, der so genannten Grundstücksentwässerung, ein weiteres gigantisches Abwassernetz im deutschen Untergrund. „Schadhafte und undichte Abwasserkanäle gefährden nicht nur das Grundwasser, sondern können darüber hinaus auch sehr große Folgeschäden in Form von Straßenunterhöhlungen auslösen. Dies wird bislang noch zu wenig beachtet“, so Otto Schaaf, DWA-Präsident und Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln.

Goldgräberstimmung

„Bei der Kontrolle und Sanierung der Grundstücksentwässerung herrscht vielerorts Goldgräberstimmung“, berichtet Roland W. Waniek, Geschäftsführer des IKT Instituts für Unterirdische Infrastruktur. „Dies liegt vor allem daran, dass mit Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein bislang vier Bundesländer rechtliche Regelungen zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen geschaffen haben.“ Die Gesetze und Verordnungen sehen die verbindliche Erstprüfung aller Grundstücksleitungen bis zum Jahr 2015 beziehungsweise bis 2025 vor. Überträgt man diese Regelungen auf die über 47,5 Millionen Gebäude Gesamtdeutschlands, lässt sich ein gewaltiges Marktvolumen errechnen. „Würden alle Anschluss- und Grundleitungen entsprechend der DIN 1986-30 auf Dichtheit geprüft werden, so müssten deutsche Grundstückseigentümer allein dafür zwischen 14 und 24 Milliarden Euro aufbringen“, kalkuliert Waniek. „Nimmt man weiterhin eine Schadensquote von 70 Prozent und mittlere Sanierungskosten von 3.000 Euro je betroffenem Gebäude an, so beträgt der gesamtdeutsche Sanierungsaufwand knapp 100 Milliarden Euro.“

Bündelung der Kräfte

Im Mai dieses Jahres haben führende Akteure der Abwasserbranche ihre Kräfte gebündelt und die Gütegemeinschaft Güteschutz Grundstücksentwässerung gegründet. „Unser Ziel ist die Verbesserung der Qualität von Anlagen der Grundstücksentwässerung. Insbesondere sollen eventuelle Verunreinigungen von Grundwasser, Gewässern und Boden durch undichte Anlagen vermieden werden“, erläutert der Geschäftsführer der Gütegemeinschaft, Dipl.-Ing. Dirk Bellinghausen.

Weitere Informationen unter: www.ifat.de ❐

Kein Wasserkraftwerk zwischen Straubing und Vilshofen

RMD-Vorstand: Wichtiger Beitrag zur Versachlichung der Ausbau-Diskussion

Im Konzessionsvertrag vom 30. Dezember 1921 wurde der Rhein-Main-Donau AG (RMD AG) unter anderem das Recht erteilt, das Wasser der Donau von Kelheim bis Passau-Grenze zur Stromerzeugung zu nutzen. Der RMD AG wird deshalb in der politischen Diskussion bei der derzeit laufenden EU-Studie zum Donauausbau als Teil der transeuropäischen Verkehrswege Parteilichkeit für einen staugestützten Ausbau aus wirtschaftlichem Eigeninteresse unterstellt.

Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG stellt klar: „Seit vielen Jahren haben wir immer wieder mündlich wie schriftlich erklärt, dass wir unser Konzessionsrecht an diesem Donauabschnitt nicht ausüben werden und keinen Kraftwerksbau zwischen Straubing und Vilshofen planen.“

Varianten

Die RMD Wasserstraßen GmbH, ein im Auftrag und auf Kosten von Bund und Freistaat arbeitendes Tochterunternehmen der RMD AG, wirkt auf der Arbeitsebene der EU-Studie neben einer Vielzahl von Bundes- und Landesbehörden an den Untersuchungen zum Ausbau der Donaustrecke zwischen Straubing und Vilshofen in Gestalt der Varianten A und C280 mit. Bei keiner der beiden Varianten ist ein Wasserkraftwerk vorgesehen oder Gegenstand der Untersuchungen.

Notariell beglaubigte Urkunde

Schleich betonte: „Um in der sehr kontrovers und oft auch emotional geführten Diskussion einen Beitrag zur Versachlichung zu leisten, haben wir nun auch mit notariell beglaubigter Urkunde bestätigt, dass die Rhein-Main-Donau AG ihr vertraglich zustehendes Konzessionsrecht in dem vom künftigen Ausbau betroffenen Donauabschnitt nicht ausüben wird. Wer trotzdem weiter das Gegenteil behauptet, muss sich bewusste Täuschung der Öffentlichkeit vorwerfen lassen.“ ❐

Tagung des bifa Umweltinstituts Augsburg:

Wertstoffe im Trend

Wertstoffhöfe haben in vielen Städten und Landkreisen Bayerns zentrale Bedeutung in der Abfallwirtschaft. Diese bayerische Besonderheit hat spezifische Vorteile, wird aber immer wieder in Frage gestellt, bieten doch hochentwickelte Sortiertechnologien neue Perspektiven bei der Trennung von Wertstoffgemischen. Die Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts forciert die Diskussion über die Einführung der Wertstofftonne.

Vor diesem Hintergrund führte das bifa Umweltinstitut Augsburg in Zusammenarbeit mit dem ZAK (Zweckverband für Abfallwirtschaft Kempten) und der Hochschule Kempten einen Vergleich des Wertstoffhofsystems mit der Erfassung von Verpackungsabfällen im Holsystem und der Erfassung über eine Wertstofftonne durch. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen Umweltwirkungen, Kosten und die Akzeptanz bei der Bevölkerung, die wiederum thematischen Eingang in eine Fachtagung fanden.

Erfassung in Bayern

Wie es um die Wertstofferfassung in Bayern bestellt ist, erläuterte Christian Daehn vom Augsburger Landesamt für Umwelt (LfU). Nach dem Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz sind die 71 Landkreise und 25 kreisfreien Städte in Bayern die entsorgungspflichtigen Körperschaften. Insgesamt 16 Städte und Landkreise in Bayern haben ihre Entsorgungspflicht ganz oder weitestgehend auf einen Zweckverband übertragen. 86 Körperschaften liefern Daten für die jährliche Abfallbilanz.

„Eine bayerische Spezialität" ist der Wertstoffhof: Von 96 Gebietskörperschaften verfügen 95 über mindestens einen Wertstoffhof. Sie sind insbesondere in den ländlichen Bereichen (97 % der Wertstoffhöfe) zu finden. Im Gegensatz zu Containerstandorten können sie nur während der Öffnungszeit genutzt werden, wenn auch Personal anwesend ist.

Große Fortschritte

Bei der Wertstofferfassung wurden bayernweit laut Daehn in den vergangenen 20 Jahren große Fortschritte erzielt, die auch zu einer deutlichen Reduzierung des nicht verwertbaren Restmülls geführt haben. Dennoch gibt es immer noch erhebliche Unterschiede bei den Wertstoffmengen und beim Restmüll. Regionale Besonderheiten, Gebietsstruktur, Sammelsystem und Gebührenmodell sind hier ausschlaggebend. „Potential ist also noch vorhanden, was auch die Restmüllsortierungen zeigen", betonte Daehn.

Nahezu zwei Drittel des Restmüllaufkommens ist den Obergruppen Organik, Hygieneprodukte sowie den Mittel- und Feinfraktionen zuzurechnen. In innerstädtischen Strukturen (Städten) ist ein höheres Restmüllaufkommen (vor allem Organik, PPK, LVP) als in ländlichen Strukturen (Landkreisen) zu beobachten. Holsysteme mindern Daehn zufolge das Restmüll-Aufkommen und die Wertstoffgehalte im Restmüll. Es bestehen hohe Anteile systemfremder Abfälle insbesondere in der Gelben Tonne sowie in Depotcontainern für Metall. Dagegen exisitiert höchste „Sortenreinheit" in Glas-Depotcontainern.

Potenzial nicht überschätzen

Wie Daehn schlussfolgerte, sollte das Restmüll-Potenzial aber auch nicht überschätzt werden. So sei bei der Sortierung von Restmüll beispielsweise kaum feststellbar, ob Papier verschmutzt war oder nicht und deshalb in den Restmüll oder ins Altpapier gehört. Eine deutliche Reduzierung der Restmüllmengen kann insbesondere erreicht werden, wenn die getrennte Sammlung und Verwertung von Bioabfällen angeboten wird.

Mit Holsystemen können grundsätzlich mehr Wertstoffe erfasst und die Restmüllmengen reduziert werden. Mit Holsystemen wie der Gelben Tonne erhöhen sich aber auch „Fehlwürfe" und Sortierreste. „Es bleibt zu hoffen, dass auch die künftigen rechtlichen Reglungen den nötigen Spielraum lassen, damit auf die örtliche Gegebenheiten zugeschnittene und verständliche Lösungen möglich bleiben", bemerkte Daehn.

ZAK

Mit der Wertstofferfassung im Zweckverband für Abfallwirtschaft Kempten befasste sich Karl Heinz Lumer. Die Landkreise Lindau und Oberallgäu sowie die Stadt Kempten haben sich als entsorgungspflichtige Körperschaften im Zweckverband für Abfallwirtschaft Kempten (ZAK) zusammengeschlossen. Ziel ist es, die abfallwirtschaftlichen Aufgaben „Vermeiden, Verwerten und Entsorgen" gemeinsam zu lösen. Das heißt konkret: die Restmüllmengen zu minimieren, die Entsorgungssicherheit zu garantieren und abfallwirtschaftliche Anlagen bereitzustellen.

Hierzu zählen 580 Wertstoffinseln und 38 Wertstoffhöfe, die Vergärungsanlagen für Bioabfälle sowie das Müllheizkraftwerk in Kempten. Rund 90 Mitarbeiter sind für all diese Aufgaben verantwortlich. Die Leerung der Müllgefäße erfolgt durch private Firmen, für die der ZAK aber die Koordination der Logistik übernimmt.

Sinnvolle Nutzung

Die thermische Verwertung von angeliefertem Restmüll und Altholz erzeugt viel Wärme. Diese versorgt im ZAK-Fernwärmenetz zahlreiche Industrie- und Gewerbebetriebe, Kliniken und Wohnanlagen in Kempten. Der gesamte angelieferte Restmüll aus dem Verbandsgebiet wird im Müllheizkraftwerk (MHKW) der thermischen Verwertung zugeführt. Forstreste aus den Allgäuer Wäldern sowie Altholz aus den Sperrmüllsammlungen der Wertstoffhöfe landen im Holzheizkraftwerk (HHKW) des ZAK. Dort werden jährlich ca. 40.000 Tonnen Holz entsorgt.

Der im MHKW und HHKW anfallende Strom sowie die Wärme werden sinnvoll genutzt. Beide Anlagen zusammen erzeugen Strom für umgerechnet ca. 19.600 Haushalte und Wärme für ca. 16.600 Haushalte. Dies entspricht einer Energieeinsparung von 31 Mio. Litern Heizöl oder 31 Mio. m³ Erdgas. Die Einspeisung des Stroms erfolgt ins öffentliche Netz. Um die dabei entstehende Energie auch optimal nutzen zu können, wurde das ZAK-Fernwärmenetz in Kempten aufgebaut.

Befragung

Was die Bürger über Wertstoffhöfe und Alternativen denken, darüber informierten Michael Schneider (bifa), Prof. Dr. Martin Göbl und Prof. Dr. Frank Oerthel (Hochschule Kempten). In einem Zeitraum von gut acht Wochen fanden die Befragungen von studentischen Mitarbeitern des Mittelstandsinstituts der Fachhochschule Kempten auf Wertstoffhöfen, in Ortszentren sowie zu Hause im Gebiet des ZAK statt.

Das Ergebnis lässt sich wie folgt auf die LVP-(Leichtverpackung)-Erfassung in Bayern übertragen:

1. Die Mehrheit präferiert Holsysteme, dennoch gibt es auch Verfechter der Bringsysteme – vor allem unter Männern, Personen zwischen 50 und 70 sowie unter Bewohnern von Einfamilienhäusern.

2. Wertstoffhöfe werden nicht allein wegen der Wertstoffsäcke stark frequentiert; zahlreiche andere Wertstofffraktionen bzw. Abfälle werden dorthin gebracht.

3. Kapazitäts-/Akzeptanzgrenzen der Bringsysteme: Bewohner größerer Wohnanlagen verweigern sich häufiger dem Bringsystem und präferieren Holsysteme.

4. Vorbehalte gegenüber der Wertstofftonne: „Alles zusammen zu schmeißen" widerspricht dem etablierten und positiv besetzen Gedanken der Abfalltrennung.

5. Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit ist dringend erforderlich. **DK**

Grundsatz

bvse-Präsident Burkhard Landers fordert deshalb: „Besser schlägt schlechter. Dieser Grundsatz muss auch in der Entsorgungsbranche gelten, will man zukunftsweisenden Innovationen eine Chance geben." Der bvse verweist dabei auch auf die Zielsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, wonach die Gesamtauswirkungen der Ressourcennutzung zu reduzieren und die Ressourceneffizienz der Abfallwirtschaft zu verbessern sind.

„Wenn wir mehr Recycling und mehr Ressourcenschutz wollen, dann muss auch im Bereich der Sammlung Platz für Innovationen sein. Diesem Wettbewerb der Ideen müssen sich die kommunal veranlassten Sammlungen stellen. Schlechtere Sammlungen vor besseren zu schützen, ist rückwärtsgewandt und das falsche politische Signal. Wir benötigen nicht weniger, sondern mehr Innovationen, um als rohstoffarme Industrienation auch zukünftig weltweit bestehen zu können", erklärte der bvse-Präsident.

Ruf nach seriöser Lösung

Er appellierte an den Vermittlungsausschuss, deshalb an einer „seriösen fachlichen Lösung" zu arbeiten, die die Kriterien, wann eine Sammlung hochwertiger ist konkretisiert, um die Vollzugsfähigkeit zu verbessern, die Gleichwertigkeitsklausel „im Kern und in ihrer Zielrichtung" jedoch zu erhalten.

Kreislaufwirtschaftsgesetz muss in den Vermittlungsausschuss

Keine Ausweitung der Nachweispflichten auf ungefährliche Abfälle

Berlin/Bonn. Der Deutsche Bundestag hat zwar Ende Oktober ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz verabschiedet, aber der Bundesrat hat nunmehr seine Zustimmung verweigert und stattdessen den Vermittlungsausschuss angerufen. Es wird erwartet, dass noch im Dezember darüber beraten wird, so dass das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz wie geplant im April oder spätestens im Juli nächsten Jahres in Kraft treten wird.

Für den bvse ist klar, dass der Schutz kommunal veranlasster Sammlungen spätestens dann enden muss, wenn ein besseres Sammelsystem eingeführt werden könnte. Wie die Verhandlungen im Bundesrat letztlich ausgehen, ist angesichts unklarer Mehrheitsverhältnisse jedoch offen.

Ursprünglich beabsichtigte der Bundesrat die Einführung der Pflicht zur Führung von Nachweisbüchern und das Erstellen einer Jahresaufstellung auch für ungefährliche Abfälle. Dagegen hat sich der bvse in einem Schreiben an die Bundesländer Anfang letzter Woche erfolgreich gewehrt. Der Bundesrat hat diese Forderung in seiner jüngsten Sitzung nicht mehr aufgegriffen. Eine Ausweitung der Nachweispflichten auf ungefährliche Abfälle ist damit vom Tisch. ❒

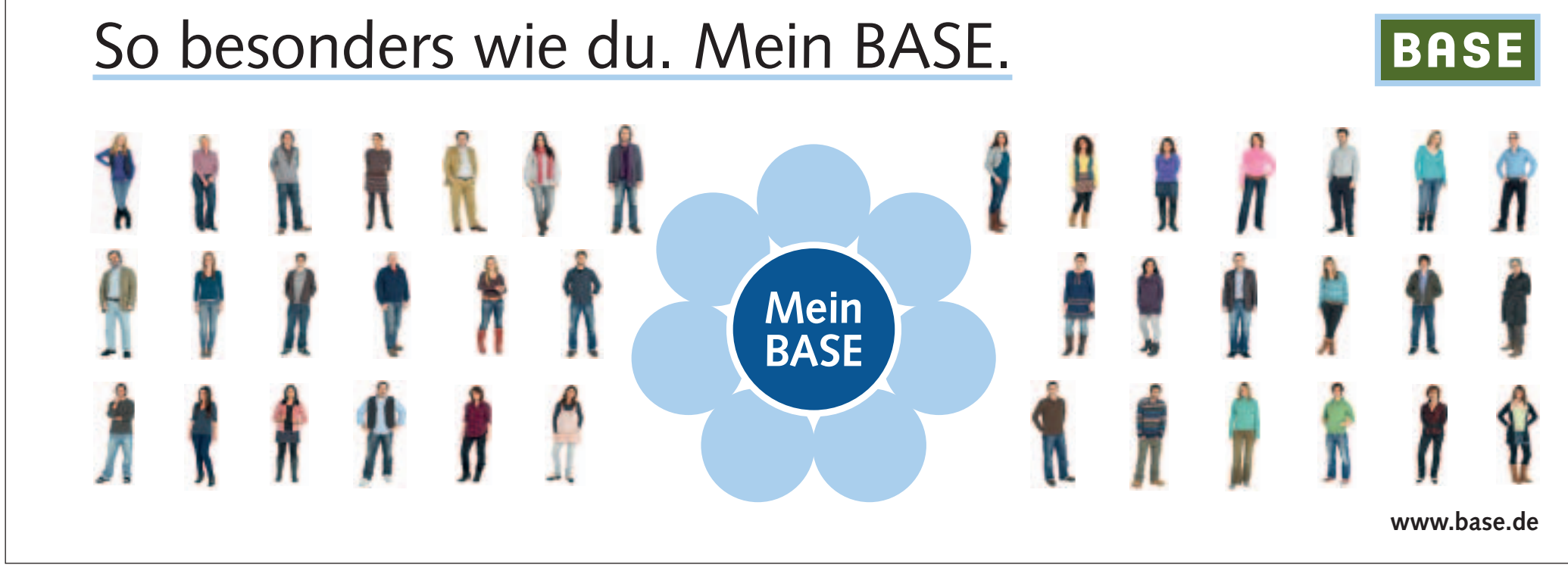
VBS weist Vorwürfe der FW-Fraktion zurück

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) reagiert mit Unverständnis auf die in einer aktuellen Pressemitteilung der Fraktion der Freien Wähler aufgestellten Vorwürfe gegen die privaten Entsorgungsunternehmen. Zu den einzelnen Behauptungen der Freien Wähler nimmt der VBS u. a. wie folgt Stellung.

Zum Vorwurf, private Entsorgungsunternehmen seien „Rosinenpicker": Fakt ist: In ländlichen Regionen Bayerns wird die Restmüllentsorgung schon heute im Auftrag der Kommunen zu einem großen Teil von Unternehmen der privaten Entsorgungswirtschaft erbracht. Dagegen übernehmen öffentlich-rechtliche Entsorger in großen Städten wie München, Nürnberg oder Augsburg gern selbst die Aufgabe, da die Abfallentsorgung hier auf Grund der großen Haushaltsdichte ein deutlich attraktiveres Geschäft ist.

So könnte man also genau umgekehrt argumentieren, dass sich die öffentlich-rechtlichen Entsorger die Rosinen herauspicken und der Privatwirtschaft die weniger attraktiven, dünn besiedelten Gebiete überlassen. Auch die Behauptung, Unternehmen der privaten Wirtschaft würden nur bei guter Marktlage die Tonnen abholen, ist falsch. Tatsächlich gingen in der Wirtschaftskrise 2008/2009 die Erlöse für bestimmte Sekundärrohstoffe, so beispielsweise für einige Sorten Altpapier, auf 0 Euro zurück. Dennoch gab es in Bayern keinen regional verwurzelten mittelständischen Entsorger, der seine blauen Tonnen abgezogen hätte.

Zum Vorwurf, private Entsorger arbeiten mit „miserabel bezahlten Müllmännern": Fakt ist: Seit Januar 2010 gilt für die Entsorgungsbranche ein allgemein gültiger Mindestlohn, für den sich der VBS seit 2008 nachdrücklich stark gemacht hat. Der Mindestlohn wurde zuletzt auf 8,33 /Stunde angehoben. Nicht zuletzt die niedrige Arbeitslosenquote in Bayern sorgt dafür, dass unsere Unternehmen in der Regel gezwungen sind, Löhne deutlich oberhalb des Branchenmindestlohns zu zahlen, um Personal gewinnen bzw. halten zu können. Viele VBS-Mitgliedsbetriebe sind ferner tarifgebunden und bezahlen ihre Mitarbeiter nach den jeweils gültigen Tarifverträgen.❒



Elektro(nik)-Altgeräte Recycling:

Potenziale noch lange nicht ausgeschöpft

bvse setzt sich bei Cluster Umwelttechnologien NRW für bessere Rahmenbedingungen ein

„Das Recycling von Elektro(nik)-Altgeräten ist ein Schlüssel für knapper werdende Ressourcen.“ Das machte Andreas Habel, Fachreferent für E-Schrott im bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. bei der Jahresveranstaltung des Cluster Umwelttechnologien NRW Ende Oktober in Köln deutlich. Die Jahresveranstaltung des Clusters gibt Akteuren aus dem Bereich der Umwelttechnologie die Möglichkeit sich auszutauschen, Ideen einzubringen und zur Stärkung der Umwelttechnologien in NRW beizutragen.

In seinem Impulsreferat vor rund 100 interessierten Teilnehmern aus Unternehmen, Landesregierung und Wissenschaft zeigte Andreas Habel, dass angesichts des weltweit steigenden Verbrauchs natürlicher Ressourcen Elektro(nik)-Altgeräte einen wesentlichen Beitrag zur Rohstoffversorgung leisten können. Gerade in Zukunftstechnologien wie Photovoltaik, Brennstoffzellen oder Flachbildschirmen und Touchscreens steige der globale Bedarf beispielsweise an Gallium, Indium oder Scandium weit über die heutige Produktionsmenge hinaus. Das Potenzial von Sekundärrohstoffen als Rohstoffquelle werde aber derzeit noch in zu geringem Maße ausgeschöpft.

Wirtschaftsfaktor

„Wertstoffe aus Abfällen werden zum gefragten Wirtschaftsgut und Recycling wird zum Wirtschaftsfaktor“, so Andreas Habel. Dennoch sei teilweise noch unbekannt, dass es sich bei der Recyclingwirtschaft um eine moderne und leistungsfähige Industrie handelt. Damit sie ihre volle Leistungsfähigkeit entfalten kann, sei es wichtig, wertvolle Sekundärrohstoffe besser zu kanalisieren. Heute erreichen von den in Deutschland jährlich rund 1,8 Mio. Tonnen in Verkehr gebrachten Elektro(nik)-Geräten nur etwa 700.000 Tonnen die Recyclingwirtschaft.

Auf dem Prüfstand

Der bvse fordert zur Verbesserung des Recyclingerfolgs einen abfallrechtlichen Rahmen, wobei die heutige Praxis der Produktverantwortung und Erfassung, des Ökodesigns und des Wettbewerbs auf den Prüfstand gestellt werden müssen: Derzeit gehe es bei der Vergabe von Entsorgungsaufträgen in erster Linie darum, Entsorgungskosten zu senken. Diese Marktbedingungen sowie eine oligopolistische Struktur seien wenig innovationsfreundlich. Die Erfassung gelinge häufig nicht zerstörungsfrei, so dass Schadstoffe freigesetzt und das Recycling erschwert werden, was einen ökologischen Rückschritt bedeutet. Außerdem würden Produkte noch zu selten so konstruiert, dass das Recycling problemlos möglich ist, kritisiert Andreas Habel. „Wir brauchen ein besseres Recyclingverständnis, eine ausgeweitete Sammelstruktur und müssen gegen illegale Exporte vorgehen“, so der bvse-Referent weiter.

Netzwerke nötig

Aus Sicht des bvse sind Netzwerke erforderlich, in denen Hersteller, Sammler, Recycler, Verwerter und die Wissenschaft konstruktiv zusammenarbeiten. Deshalb beteiligt sich der bvse aktiv an Netzwerken wie dem Cluster Umwelttechnologien NRW, das im Auftrag des Umweltministeriums NRW als Plattform für über 3.500 Unternehmen der Umweltwirtschaft Schnittstellen zu Verbänden, Behörden, Hochschulen und der Finanzwirtschaft herstellt. ❐

VBS-Jahrestagung in Herzogenaurach:

Vorfahrt für Recycling

Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz stand im Mittelpunkt der Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) in Herzogenaurach. Aus Sicht des VBS soll das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz für mehr Recycling sowie für einen fairen Wettbewerb sorgen.

Vor rund 300 Gästen und Mitgliedern lautete das zentrale Thema der öffentlichen Hauptveranstaltung „Vorfahrt für Recycling! Perspektiven der bayerischen Entsorgungswirtschaft vor dem Hintergrund des künftigen Kreislaufwirtschaftsgesetzes“. Unter der Leitung von Rudolf Erhard (BR) diskutierten Dr. Christian Magerl MdL (Vorsitzender des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag), Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Rommel (Geschäftsführer bifa Umweltinstitut), Dr. Peter Pluschke (Umweltreferent Stadt Nürnberg) und Otto Heinz (VBS-Präsident).

Gewerbliche Sammlungen

Heinz hob dabei insbesondere die Bedeutung der künftigen Regelung beim Thema der gewerblichen Sammlungen hervor: „Getrennt erfasste, verwertbare Abfälle aus privaten Haushaltungen unterliegen nach unserem Verständnis des europäischen Rechts keiner Überlassungspflicht. Dennoch sind wir bereit, das Gesetz in seiner jetzigen Fassung als Kompromiss zwischen den Interessen der kommunalen und privaten Entsorgungswirtschaft mitzutragen. Ein weiteres Entgegenkommen der Politik gegenüber den Kommunen in diesem Punkt wäre jedoch nicht zu akzeptieren.“

Blick in die Zukunft

Die Festrede hielt in diesem Jahr Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich, Vorsitzender des Sachverständigenrates für Umweltfragen. Dabei wagte er einen Blick in die Zukunft und wies insbesondere auf die weiter steigende Bedeutung der Recyclingbranche vor dem Hintergrund des Klimawandels und der zu erwartenden Rohstoffverknappung hin.

Nach Faulstichs Einschätzung ist das Fundament der Gesellschaft die produzierende Industriegesellschaft. Deutschland sei die leistungsstärkste Volkswirtschaft innerhalb Europas und eine der führenden Volkswirtschaften weltweit. Dessen ungeachtet stellten globale Herausforderungen, Umweltzerstörung, Rohstoffknappheit und Bevölkerungswachstum das derzeitige Wirtschaftsmodell auf eine harte Probe.

Strategische Rohstoffe

Neben Strom, Wärme und chemischen Grundstoffen benötige die moderne Industriegesellschaft auch eine Vielzahl metallischer und mineralischer Rohstoffe. Metallische Grundstoffe wie Blei, Zink oder Kupfer würden aber in wenigen Jahrzehnten weitgehend abgebaut sein. Obwohl sie weltweit dringend benötigt werden, befänden sich seltene „strategische Rohstoffe“ wie Platin oder Indium in der Hand weniger Länder oder Unternehmen. Auf marktwirtschaftliche Mechanismen sei dabei kein Verlass mehr.

Abkommen unverzichtbar

Faulstich stellte klar, dass nicht die Energiewende allein eine wesentliche Herausforderung sein wird. Vielmehr bestehe die Jahrhundertaufgabe darin, die derzeit ressourcenintensive Industriegesellschaft in eine nachhaltige Industriegesellschaft zu überführen, die über Ländergrenzen und Generationen hinweg gerecht mit den Ressourcen umgeht. Dabei werden Effizienzsteigerung durch Technologie sowie konsequentes Recycling nicht genügen. Weltweite Abkommen seien unverzichtbar. Nur durch die internationale Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sei ein Erfolg möglich. **DK**

Der neue Abfallsammelplatz in unmittelbarer Nähe zum Michel und zum Verwaltungsgebäude. Bild: André Czajka

Ganz unauffällig:

Der neue Müllsammelplatz am Hamburger Michel

Die St. Michaelis-Kirche – seit Jahrhunderten das Wahrzeichen Hamburgs – hat im Zuge umfangreicher Sanierungsmaßnahmen nun auch einen neuen Müllsammelplatz erhalten. Der besondere Vorzug der neuen Abfallsammelsysteme: Steinschränke, die kaum wahr zu nehmen sind. Doch nicht nur deshalb sind sie von großem Wert.

Verschiedene Missstände hatten den Bau eines neuen Abfallsammelplatzes unvermeidlich werden lassen: Zum einen waren die Müllcontainer bislang in den Verwaltungsgebäuden der Kirche untergebracht, zum anderen verstellten die 240-Liter-Behälter in einer der Örtlichkeit wenig angemessenen Weise den Blick auf den Haupteingang. Schließlich war zu beklagen, dass keine echte Mülltrennung existierte.

Unter Denkmalschutz

Da sich das Grundstück im Besitz der Hansestadt befindet und auch die Pflasterung unter Denkmalschutz steht, schied die Errichtung eines unterirdischen Abfallsammelsystems von vornherein aus. Stattdessen musste ein Teil einer Grünfläche genommen werden.

Nach Abschluss der Arbeiten zeigte sich jedoch, dass sich die Anlage des Herstellers Paul Wolff GmbH äußerst harmonisch in das architektonische Gesamtgefüge des Kirchen-Vorplatzes einpasst. Dies ist in erster Linie dem hochwertigen, funktionalen Design der Avantgarde Linie von Paul Wolff zu verdanken und dem integriertem Ranksystem, das der Begrünung hilft und den Sammelplatz mehr und mehr in den Hintergrund treten lässt. Oder wie Hauptpastor Alexander Röder zufrieden formuliert: „Die Ästhetik der Anlage besteht gerade darin, dass man sie kaum wahrnimmt.“

Pluspunkte

Weitere Pluspunkte des neuen Systems: Dank der ausgereiften Technik funktioniert nicht nur die Abfalltrennung perfekt, sondern auch das gesamte Abfallvolumen hat sich spürbar verringert. Die Umzäunung bietet einen wirksamen Schutz davor, dass Passanten oder Anwohner ihren Abfall in größerem Umfang auf dem Kirchhof entsorgen können.

Umfangreiches Programm

Das Unternehmen Paul Wolff fertigt seit über 50 Jahren Abfallsammelsysteme für Abfallbehälter im Siedlungsbereich, erstellt Müllkonzepte für Müllplätze der Wohnungswirtschaft.

Darüber hinaus ist Paul Wolff auch einer der führenden Produzenten Deutschlands im Bereich Friedhofsysteme. Das umfangreiche Programm umfasst komplett werkseitig ausgestattete Urnenstelen, modulare Urnenwände und leicht zu transportierende Einzel-Urnenkammern inklusiver vielfältiger Zusatzausstattungen.

Nähere Informationen unter: www.paulwolff.de ❐

Firmenjubiläum bei Beck:

50 Jahre Erfolgsgeschichte

Das Traditionsunternehmen Beck feiert Jubiläum – und damit nicht nur ein halbes Jahrhundert Expertenwissen im Bereich der Entwicklung von Ausstattungselementen und Möblierung für den öffentlichen Raum, sondern auch den Sprung vom Evergreen zum Trendsetter.

Das ursprüngliche Tätigkeitsfeld der 1961 von Wilhelm Beck im Stuttgarter Westen gegründeten Firma war die Entwicklung von Bauelementen, insbesondere aus hochwertigen Hölzern. Später wurde der Fokus auf Produkte zur Außenmöblierung gelegt. Im Abfallbehälter-Segment bestand die Produktpalette der Wilhelm Beck KG ursprünglich aus einem Einzigen, aber umso innovativeren Produkt: Dem Abfallbehälter „BWnorm,“ der sich gut und gerne als „DAS Original“ bezeichnen lässt.

Der Klassiker

Dieser Klassiker – ein viereckiger Abfallkorb im H-Gestell – war die Basis der andauernden Erfolgsgeschichte des Traditionsunternehmens, das Anfang 2003 in die Beck GmbH & Co.KG umfirmiert wurde und seitdem zur Nusser-Gruppe mit Sitz in Winnenden gehört. Noch heute sieht man den nahezu „unkaputtbaren“ Abfallbehälter allerorts – im Stadtbild wie in Parks. Und was zeichnet die Qualität eines Produkts noch mehr aus als dessen Langlebigkeit? Eine Tatsache die auch Geschäftsführer Ulrich Träger mit einem Schmunzeln auf den Lippen untermauert: „Unsere Produkte halten zu lange. Wir müssen zu wenig erneuern.“

Neue Akzente, wegweisende Produkte

In über 50 Jahren hat die Beck GmbH in punkto Außenmobiliar ständig neue Akzente gesetzt und wegweisende Produkte entwickelt: Abfallbehälter, Ascher, Abfallbehälter-Ascherkombinationen, Servicestationen für Hundekot, Absperrpfosten, Fahrradparker sowie Anlehnbügel und Sitzbänke. Basierend auf dem Anspruch, Form und Funktion auf qualitativ höchstem Niveau zu verbinden, hat sich der einstige Branchen-Pionier zu einem führenden Anbieter in Deutschland entwickelt. Speziell das Angebot an Abfallbehältern in Kombination mit Aschern, das durch die Einschränkungen für Raucher im öffentlichen Bereich immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist äußerst durchdacht und umfangreich.

Hohe funktionale Qualität

Ein herausragendes Beispiel für die hohe funktionale Qualität in Verbindung mit anspruchsvoller Gestaltung sind zweifelsohne die Erfolgsmodelle der „ZWILLINGtop“-Serie: Diese besteht aus jeweils zwei Abfallbehälter-Ascher-Kombinationen, die in runder (AB 1/4 und AB 13/4) oder eckiger (AB 2/3 und AB 14/3) Ausführung erhältlich sind. Der besondere Clou: Abfallbehälter und auch Ascher lassen sich in Sekundenschnelle mit einem Dreikant-Schnappverschluss entleeren.

Das Stammhaus

Die Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG ist das Stammhaus einer national wie international agierenden Firmengruppe, die sich auf die Stadt- und Außenmöblierung spezialisiert hat. Die Schwerpunkte des Sortiments sind hochwertige Landschafts- und Gartenbänke, Abfalleimer, Sperrpfosten und Fahrradständer. Die Produktion ist handwerklich und nachhaltig geprägt. Seit der Gründung im Jahre 1933 bestimmen bis heute die hohe Qualität aus einem familiengeführten Unternehmen, Verwendung natürlicher Rohstoffe und innovative Produkte die Firmenphilosophie – bestätigt durch zahlreich erhaltene Auszeichnungen und Design Awards.

Weitere Informationen unter: www.stadtmoebel.de.

Die Abfallbehälter-Ascher-Kombination ZWILLINGtop AB 1/4. ❐

Qualitätsbewusst und bärenstark:

Bad Hindelang startet in den Winter

Neue Tourismusstrategie richtet sich gezielt an Familien und gesundheitsbewusste Naturliebhaber

Bad Hindelang (jm). Vier gewinnt: Mit einer gezielt auf Familien und gesundheitsbewusste Naturliebhaber ausgerichteten Tourismusstrategie startet die Gästeinformation Bad Hindelang in die Wintersaison. Im Mittelpunkt steht das Leitprodukt „Bad Hindelang PLUS“ mit seinen Teilbereichen „Winter“, „Wandern“, „Familie“ und „Gesundheit“. Ein Wintertraum der Extraklasse erwartet die Gäste in den kommenden Monaten: schneesichere Pisten, Langlaufloipen, Rodelbahnen, geräumte Winterwanderwege, romantische Pferdeschlittenfahrten und den schönsten Erlebnis-Weihnachtsmarkt Deutschlands.

„Wir haben unser Projekt „Bad Hindelang PLUS“ gezielt weiterentwickelt. Über 240 Gastgeber bieten 17 Leistungen aus den Bereichen sanfte Mobilität, Freizeit und Bergbahnen an. Sogar der Skipass ist im Übernachtungspreis mit dabei. Das Angebot ist variantenreicher als jemals zuvor. Im zentralen Mittelpunkt steht unsere ‘Drei-Generationen-Tourismusstrategie‘, mit der wir alle Bedürfnisse abdecken und außerdem zahlreiche Extras für jeden in der Familie bieten“, sagt der Bad Hindelanger Kurdirektor Max Hillmeier. Und der Ausflug nach Bad Hindelang rechnet sich: Eine skifahrende Familie mit zwei Kindern kann in der Wintersaison bis zu 200 Euro sparen.

Bad Hindelang hat neun Millionen Euro im Rahmen einer großangelegten „Winteroffensive“ in die Komfort- und Qualitätsverbesserung investiert und damit seinen Status vom „Winterparadies“ weiter ausgebaut. Schwerpunkte waren die Bergbahnen (inklusive Beschneiung). Ein 6er-Sessellift, eine 8er-Gondelbahn sowie elf Lifte stehen Gästen zur Verfügung. Auf insgesamt 32 Kilometern präparierten Pisten können sich Ski-Alpinisten, Carver, Boarder oder Trick-Skifahrer austoben – tags und teils sogar nachts. Kinder haben im 20.000 Quadratmeter großen „Schneekinderland“ an der Iselerbahn ihr eigenes Hoheitsgebiet. Wer Langlauf bevorzugt, dem bietet sich ein Ski-Mekka von 90-Kilometern Loipen-Strecke. Die Langlaufloipen führen bis ins Naturschutzgebiet Allgäuer Hochalpen sowie in das Tannheimer Tal in Tirol.

Rodelbahnen

Gerodelt wird auf einer Gesamtstrecke von zehn Kilometern. Von der Bergstation der hochmodernen Achter-Gondel-Hornbahn führen drei kilometerlange Rodelbahnen das Imberger Horn hinab. Rodel kann man ausleihen. Eisläufer oder Eisstockschützen können sich auf der Natureisbahn an der Hornbahn vergnügen.

Die Winteroffensive für noch mehr Service und Qualität soll auch das zweite Halbjahr 2011 erfolgreich abschließen und nahtlos an die Halbjahresstatistik des Bayerischen Landesamtes für Statistik anknüpfen: Die Zahl der Gästeankünfte war in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 30 Prozent von 60.849 auf 79.104 angestiegen. Bei den Übernachtungen verzeichnete Bad Hindelang eine Steigerungsrate um 15 Prozent von immerhin 294.444 auf 338.611. Dazu trugen auch die zahlreichen Prämierungen bei.

Jüngster Coup: Bad Hindelang belegte den zweiten Platz beim „ADAC-Tourismuspreis 2012“. Damit würdigte der Allgemeine Deutsche Automobil-Club die konsequente Umsetzung und Ausrichtung der Gemeinde auf die Bedürfnisse von Allergikern als touristisches Vorbildprojekt. Dem vorausgegangen war die Zertifizierung zum allergikerfreundlichsten Ort Deutschlands im Mai 2011 durch die Europäische Stiftung für Allergieforschung (ECARF).

Qualitätsgeprüftes Netzwerk

Die Kommune hat dafür ein qualitätsgeprüftes Netzwerk mit über 80 Bad Hindelanger Leistungsträgern (darunter Hotels, Ferienhäuser, Restaurants, Metzgereien, Bäckereien) aufgebaut und in der Kommune optimale Bedingungen geschaffen für die „Ferien von der Allergie“. Das Siegel ist europaweit das einzige, das auf der Grundlage wissenschaftlicher Kriterien vergeben wird.

„Die Zahlen und Auszeichnungen machen deutlich, dass wir nach wie vor auf dem richtigen Weg sind. Diesen Weg werden wir auch in diesem Winter fortsetzen und haben deshalb unser Angebot vor allem für Familien noch weiter ausgebaut“, so der Hindelanger Kurdirektor Max Hillmeier. Ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit hat die Gemeinde nachhaltig unter Beweis gestellt. 2007 wurde der Ort innerhalb des Qualitätssiegels „Kinderland Bayern“ als einzige Allgäuer Gemeinde mit der Top-Klassifizierung „Fünf Bärchen“ (= bärenstark) ausgezeichnet. Diese Marke fasst 330 Partner sowie 17 Kinderland-Orte zusammen. Wo immer das Kinderland-Zeichen zu sehen ist, finden sich besonders familienfreundliche Angebote. Skischulen und Hallenfreizeitparks zählen ebenfalls zu den qualitätsgeprüften Kinderland-Erlebnispartnern. Sechs Markenpartner-Betriebe vor Ort sind bereits prämiert und haben mit dafür gesorgt, dass 2011 ein bärenstarkes Jahr war: Der Ort war das ganzes Jahr lang „Kinderland Hauptstadt Bayern“ und somit die familienfreundlichste Gemeinde im Freistaat.

„Mit „Bad Hindelang PLUS“ können Familien mit Kindern auch in diesem Winter die Natur pur genießen. Denn wann und wo immer es möglich ist, werden die Gäste mit dem Öffentlichen Personen Nahverkehr zu ihren Ski- und Rodelpisten oder etwa dem großen Hallenspielplatz „Allgäulino“ befördert.

Die Erhaltung des Naturschutzgebiets „Allgäuer Hochalpen“ steht in Bad Hindelang nach wie vor über allem. Für die vorbildliche sanfte Mobilität wurde das Naturschutzgebiet Allgäuer Hochalpen mit Bad Hindelang PLUS von der Deutschen Bahn AG sowie den drei großen Umweltverbänden BUND, NABU und VCD vor einem Jahr mit dem „Fahrtziel Natur-Award 2010“ ausgezeichnet. Weil der Begriff „Wandern“ ein weiterer Baustein des Hindelanger Erfolgsmodels ist, läuft hier ziemlich viel: 50 Kilometer geräumte Wanderwege laden in diesem Winter zu einem flotten Marsch oder gemütlichen Spaziergang durch verschneite Märchenlandschaften oder zu einer der über ein Dutzend bewirtschaftender Berghütten ein.

Und rechtzeitig zum Winter, wandelt sich das Blütentelefon wieder zum Winterwandertelefon um (08324/89221). ❒

Skifahrer, Rodler und Winterwanderer. Kinder und Erwachsene – im Winter-Mekka Bad Hindelang kommen alle auf ihre Kosten. Foto: Bad Hindelang Plus/Wolfgang Kleiner

Landkreis Fürstenfeldbruck:

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

Der nicht zu übersehende demographische Wandel hatte auch im Landkreis Fürstenfeldbruck dazu geführt, dass die Kreisgremien 2008 das SPGK in Auftrag gaben. Einrichtungen, Experten, Seniorenvertretungen, engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger und die Verwaltung der Kreisbehörde erstellten dieses Konzept, das einen Rahmen für eine zukunfts- und ergebnisorientierte Seniorenarbeit in der Region beinhaltet. Umgesetzt werden die vorgeschlagenen Maßnahmen und Empfehlungen schwerpunktmäßig in den jeweiligen Städten und Gemeinden.

Positiver Effekt während der Erstellung war eine intensive Vernetzung: Allen am Prozess Beteiligten wurde deutlich, für welche Aufgaben z. B. die Seniorenreferenten, die Seniorenbeiräte, die Seniorenclubleiter und Seniorenclubleiterinnen jeweils zuständig sind. Das Konzept beschloss der Kreistag am 29. Juli 2010.

Im zweiten Schritt stimmten die Kreisgremien in 2011 zu, eine Seniorenkoordinationsstelle im Landratsamt Fürstenfeldbruck einzurichten. Diese Teilzeitstelle ist seit 1. August 2011 mit Annemarie Fischer besetzt. Zu den wichtigen Aufgaben dieser Stelle gehören die Beratung der Kommunen und ihrer Gremien, Koordinierung der Maßnahmen, Entwicklung von Ideen für den Seniorenbereich, Fortschreibung und Evaluation des SPGK. Ebenso gehört dazu, die vom Kreisausschuss als vordringlich angesehenen Handlungsfelder „Ambulant vor Stationär“ und „Wohnen zu Hause“ zu strukturieren und jeweils für den städtischen und ländlichen Bereich aufzubereiten. Die erste Arbeitsphase bestand darin, den aktuellen Stand in den Städten und Gemeinden zu ermitteln.

Schon jetzt kann festgestellt werden, dass einige Kommunen bereits sehr aktiv waren: So wurden inzwischen in drei Gemeinden neue Seniorenbeiräte mit großer Unterstützung von vorhandenen Beiräten gegründet. Eine Gemeinde hat inzwischen ein eigenes Seniorenpolitisches Gesamtkonzept. In wiederum einer anderen Gemeinde wird in einigen Tagen ein ganz neues Informationsblatt mit allen ortsnahen angebotenen Hilfen für Seniorinnen und Senioren herausgegeben. Andernorts wurde ein neuer kommunaler Arbeitskreis mit den Arbeitsschwerpunkten neue Wohnformen im Alter, Öffentlichkeitsarbeit/Information und Personalnotstand im Bereich der Altenpflege gebildet. Einige Städten und Gemeinden benannten Ansprechpartner für die Landkreis-Seniorenkoordinatorin: Zusammen können in Informationsveranstaltungen nun Ideen entwickelt, sich dabei untereinander ausgetauscht und Synergieeffekte genutzt werden wie z. B. beim Zusammenschluss mehrerer Kommunen zum „Betreuten Wohnen zu Hause“.

Der in 2010 gegründete Landkreisseniorenbeirat, mit Vertretern aller Städte und Gemeinden hat auch hierzu seine Arbeit aufgenommen. Mit dem SPGK verfügt er über ein wichtiges Instrument, um die Ziele der Seniorenarbeit besser vor Ort durchsetzen zu können.

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege haben ebenfalls Anregungen aus dem SPGK aufgegriffen und umgesetzt. Hier ist die neue „Fachstelle pflegender Angehöriger“ zu nennen, die jetzt auch besonders im westlichen Landkreis aktiv ist. ❒

Ideen für eine moderne Verwaltung

Tagung des Innovationsrings der bayerischen Landkreise in Pfarrkirchen

Im Rahmen der jüngsten Tagung des Innovationsrings der bayerischen Landkreise in Pfarrkirchen ging es u. a. um die Frage, wie die Arbeit der Verwaltung eines Landkreises im Interesse der Bürgerinnen und Bürger optimiert und die Effizienz dieser Verwaltungsarbeit gesteigert werden kann.

Wie die Gastgeberin, Rottal-Inns scheidende Landrätin Bruni Mayer bei ihrer Begrüßung feststellte, sei es das gemeinsame Ziel, im gegenseitigen Austausch konkrete Handlungsempfehlungen für die stetige Modernisierung der Verwaltungen zu erarbeiten. Seit der Gründung des Innovationsringes im Jahr 1997 mit damals noch 15 Landkreisen – heute 21 - habe man bereits beachtliche Fortschritte erzielen können.

Breites Spektrum

Das Spektrum sei breit: „Da gibt es Bereiche wie die Umstellung des Buchführungssystems zur Modernisierung des kommunalen Rechnungswesens, die den Bürger nur indirekt betrifft, bis hin zum eGovernment, das es möglich macht, immer mehr Behördengänge online zu erledigen“, so die Landrätin. Grundsätzlich müssten sich die Menschen darauf verlassen können, dass im Landratsamt schnell, effizient, ordentlich und bürgerorientiert gearbeitet wird.

Telefonische Befragung

Dass Behörden oft besser sind als ihr Ruf, zeigte eine von einem großen Meinungsforschungsinstitut durchgeführte telefonische Befragung von zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern in einer Reihe von Landkreisen, die Mitglied des Innovationsringes sind.

Dazu meinte Miltenbergs Landrat Roland Schwing, Leiter des Innovationsringes: „Wenn wir danach die Umfrageergebnisse vergleichen, dann geht es nicht darum zu sehen, welcher Landkreis in welchen Punkten besser ist als der Nachbarlandkreis, sondern es ist uns wichtig, dass einer vom anderen lernen kann, denn davon profitieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landratsämter ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger.“ **DK**

Wirtschaftsmotor im Alpenraum

Bad Aibling/Innsbruck (co-jt) - „Kleinvieh macht auch Mist“: Diese etwas salopp formulierte Redewendung besagt leicht ironisch, dass auch Kleine mit bescheidenen Mitteln zum Erfolg der Wirtschaft beitragen können - im konkreten Fall der alpinen Tourismuswirtschaft. Das bewies auch das grenzübergreifende Vermieternetzwerk „Alpine Gastgeber“ auf seiner diesjährigen Mitgliederversammlung in Bad Aibling.

Rund 350 familiär geführte Betriebe wie Gasthöfe, Pensionen aber auch Privat- und Ferienwohnungsvermieter aus Oberbayern, dem Allgäu, dem SalzburgerLand und Tirol gehören der touristischen Marketingplattform an - und sind begeistert von ihrer Mitgliedschaft.

Gefragte Institution

„Alpine Gastgeber“ hat sich in den sechs Jahren seines Bestehens auch dank seiner professionellen „Vermieterakademie“ zu einer der gefragtesten Institutionen im Bereich der Weiterbildung entwickelt. Die Betriebe lernen dabei u. a., bedürfnisgerechte Angebote zu schnüren, serviceorientiert zu denken und innovative Ideen zu schaffen. Sie wirken deutlich positiv auf Auslastung und Umsatz.

Laut einer statistischen Erhebung in Tirol konnten hier die Alpinen Gastgeber ihre Auslastung um durchschnittlich 20 Prozent im Vergleich zu Nichtmitgliedern steigern - die Alpinen Gastgeber sind somit nicht wegzudenkender Wirtschaftsmotor im Alpenraum.

Wer zuverlässige Qualität sucht und herzliche, authentische Gastfreundschaft schätzt, wird unter www.alpine-gastgeber.com „Geborgenheit auf Zeit“ finden. „Wir möchten unsere Betriebe für den Wettbewerb fitter machen“, so Brigitte Hainzer vom Projektmanagement des Vermieternetzwerks. „Ob Pension, Ferienwohnungsanbieter oder Gasthof - wir zeigen dem Vermieter, wie er sein Profil schärft, sein Angebot kreativ gestaltet, sich besser positioniert und differenziert. Mit unseren Schulungsmaßnahmen werden die Anbieter vom Laien-Touristiker zum Profi-Seller“, so die ambitionierte Touristikerin weiter.

Die meist familiär geführten Kleinbetriebe lernen in den Seminaren, u.a. sich im Internet wirkungsvoll zu präsentieren oder servicegerecht und professionell auf Buchungsanfragen zu reagieren. Bis heute nahmen rund 800 Beherbergungsbetriebe an 5.300 Schulungstagen der Vermieterakademie teil.

Förderer profitieren vom Erfolg des Netzwerks

Volle Betten durch attraktive Angebote. Im Rahmen des Interreg IV Projekts „Innovationsnetzwerk für alpine Angebotsentwicklung“, das im Dezember diesen Jahres endet, wurden die Angebotsschwerpunkte „Sportler“, „Entdecker“, „Gesundheitsurlauber“ und „Kinder willkommen“ entwickelt, die es den Mitgliedsbetrieben ermöglichen, sich zielgruppengerechter zu vermarkten. „Wir möchten touristische Regionen oder Wirtschaftsunternehmen begeistern, mit den „Alpinen Gastgebern“ zu kooperieren. Wir sehen darin die Chancen einer erfolgreichen Win-Win-Situation“, skizziere Wolfgang Kuhn, 1. Vorsitzender des Vereins auf der Mitgliederversammlung in Bad Aibling.

Im Mittelpunkt der Aufgabenstellung der „Alpinen Gastgeber“ steht das Ziel, kleinen Beherbergungsbetrieben Hilfestellung zur Steigerung ihrer Auslastung sowie ihres Umsatzes zu geben. Die Marketingmaßnahmen des Vereins zielen darauf, die Marke „Alpine Gastgeber“ bei Gästen und Partnern immer bekannter zu machen.

Mit Erfolg: Nach ihrer Auslastung gefragt, geben beispielsweise 44 Prozent der Mitgliedsbetriebe eine Auslastung von 41 und 60 Prozent an, 38 Prozent liegen sogar zwischen 61 und 80 Prozent und somit jeweils um 20 Prozent höher als der Durchschnitt der vergleichbaren Betriebe.

Blick nach vorn

Für die kommenden Jahre planen die Alpinen Gastgeber ihr Netzwerk weiter zu optimieren. Großes Augenmerk gilt hier dem Thema Kundenbindung und Empfehlungsmarketing. Auf regionaler Ebene will die Kooperation mehr Aufmerksamkeit generieren und dadurch kontinuierlich wachsen. Das geschätzte Know-How der Alpinen Gastgeber, das den Beherbergungsbetrieben in der Vermieterakademie vermittelt wird, soll zukünftig auch „Nicht-Mitgliedern“ zur Verfügung stehen, damit sich diese vom Leistungsumfang sowie Förderangebot und letztendlich von der Mitgliedschaft bei den Alpinen Gastgebern überzeugen. ❒

Zillertal.at Tirol
7 Nächte HP & 6 Tage
Zillertaler Superskipass
Pro Person inkl. Verwöhn-Halbpension
Jänner & März ab EUR 681,00
Februar ab EUR 779,00
Zillertal Arena
größtes Skigebiet mit 165 km Pisten
Hotel Gasthof Bräu seit 1500
Fam. Kolbitsch · 6280 Zell im Zillertal
Tel. 0043(0)5282-2313-0
www.hotel-braeu.at · info@hotel-braeu.at

Verein Europäische Metropolregion München EMM:

Stärken und Strategien

Mitgliederversammlung in Unterföhring

Im Rahmen einer Mitgliederversammlung der Europäischen Metropolregion München (EMM e.V.) in Unterföhring stand die Partnerschaft von Stadt und Land im Mittelpunkt der Beratungen. Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl, Leiter der Arbeitsgruppe „Ländlicher Raum“, stellte den rund 100 Teilnehmern deren Ziele vor.

Die Metropolregion München besteht etwa zur einen Hälfte aus Kernstädten und verdichtetem Umland, zur anderen Hälfte aus ländlichem Raum. Zu den Mitgliedern zählen neben den kreisfreien Städten Augsburg, Ingolstadt, Kaufbeuren, Landshut, München und Rosenheim 23 Landkreise. Wie Steinmaßl erläuterte, sei entscheidend, dass sich Stadt und ländlicher Raum als Partner sehen und es zu einer Verflechtung der jeweiligen Stärken kommt.

Mehr als Postkartenidylle

Der ländliche Raum biete wesentlich mehr als Postkartenidylle und einen Erholungsraum für die Stadtbevölkerung, so Steinmaßl. Er liefere beispielsweise Grundlagen für die Wasser- und Energieversorgung, präge mit seinem Natur- und Kulturreichtum das Bild Bayerns, sei wirtschaftsstark und biete attraktive Arbeitsplätze. Ein wichtiges Thema werde die Energiewende sein, die sich vor allem im ländlichen Raum abspielen wird.

Fast 400 Akteure

Die erst im Juli dieses Jahres gegründete Arbeitsgruppe „Ländlicher Raum“ ist die sechste im Verein Metropolregion München. In den zweieinhalb Jahren seit Gründung des Vereins sind Arbeitsgruppen zu den Themen „Wirtschaft“, „Wissen“, „Umwelt“, „Mobilität“ und „Kultur und Sport“ entstanden. Fast 400 Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft engagieren sich nach dem Leitsatz „Gemeinsam an die Spitze Europas“ in Projekten und möchten damit zur nachhaltigen Entwicklung der Metropolregion München beitragen.

Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, erklärte, dass die Metropolregion München eine ausgezeichnete Plattform sei, um alle Beteiligten an einem Tisch zu versammeln. „Wir sind alle Teil dieser Region und in der Verantwortung, diese gemeinsam weiterzuentwickeln“, betonte auch Oberbürgermeister Christian Ude, der als Vorstandsvorsitzender die Versammlung leitete.

Planungen

Aktuelle Beispiele wurden auf der Mitgliederversammlung vorgestellt. So planen die Arbeitsgruppen Wirtschaft und Kultur für nächstes Jahr eine Studie zur Kultur- und Kreativwirtschaft in der Metropolregion München, um sich auf diesem Feld deutschland- und europaweit mit anderen Regionen messen zu können. Eine wichtige Rolle spielen auch die Themen Umwelt und Mobilität: Hier werden etwa beispielgebende Projekte zum Klimaschutz in einer Online-Datenbank gesammelt oder mit Veranstaltungen Impulse für Zukunftsthemen wie die Entwicklung nachhaltiger Mobilität gegeben.

Stolpersteine

Die AG Wissen beschäftigt sich unter anderem mit den Übergängen im Bildungssystem. Gespräche mit Experten sollen zeigen, welche Stolpersteine es etwa beim Übergang von der Schule ins Berufsleben oder an die Hochschule gibt. Daraus möchte die Fachgruppe Handlungsempfehlungen ableiten.

Beim ersten Expertengespräch der EMM an der Hochschule München im Sommer diesen Jahres hatte Dr. Christoph Heine vom HIS-Institut für Hochschulforschung in Hannover einen Einblick in das Thema „Übergang Schule – Hochschule“ gegeben. Sein Fazit: Lediglich ein Viertel aller Schüler in Bayern erwirbt die allgemeine Hochschulreife, die Übergangsquote in die Hochschulen ist jedoch mit ca. 80 Prozent relativ hoch. Die Frage sei daher: Wie lässt sich das Nadelöhr Studienberechtigtenquote ohne Einbußen an Qualität zu einer größeren Durchlässigkeit ausdehnen?

Hohe Hürden

„Gerade an den Übergängen im Bildungssystem zeigt sich, dass die Hürden für viel zu viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu hoch sind“, betonte Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann, Vizepräsidentin der Hochschule München. Zusammen mit Wolfgang Brehmer vom Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München leitet sie seit Februar 2011 die Fachgruppe „Zugang zu Wissen“.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Bayern Heine zufolge eine durchschnittliche „Bildungsgerechtigkeit“ auf. „Nach soziodemographischen und bildungsbiographischen Merkmalen ist eine größere Selektivität, die dem bayerischen Schulsystem oft zugeschrieben wird, hier also nicht richtig.“ Lediglich die Gruppe der Studienberechtigten mit Migrationshintergrund ist mit 17 Prozent unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Hochschulzugang

Das Problem sei in Bayern die insgesamt zu geringe Hochschulzugangsberechtigung. Der Anteil aller potenziellen Studienanfänger im Anteil von 18 bis 20 Jahren sei im bundesweiten Vergleich am viertniedrigsten. Möglichkeiten, die Anteile der Studienberechtigten zu erhöhen, sah Heine zum Beispiel darin, die regionalen Disparitäten auszugleichen oder die Durchlässigkeit auszubauen. Der demographische Wandel, der verstärkte regionale Wettbewerb führe zu deutlich veränderten Rahmenbedingungen. „Junge Menschen werden ökonomisch gesprochen ein knappes Gut“. Bis jetzt profitiert Bayern, wie auch der gesamte süddeutsche Raum, von dem Importüberschuss an Studienberechtigten. Das Zuwanderungssaldo ist also positiv. Doch die hohe Attraktivität der bayerischen Hochschulen lässt seit 2007 in kleinen Schritten nach.

Schulische Angebote

Eine weitere Herausforderung des Übergangs ist laut Heine der Informationsstand der Studienberechtigten. Die Absolventen fühlten sich in Bayern im Durchschnitt viel schlechter auf den Übergang vorbereitet als in den anderen Bundesländern und bewerteten auch die schulischen Angebote zur Studien- und Berufsorientierung schlechter. Heine prognostizierte, dass der Beratungsbedarf künftig weiter zunehmen werde und die Schulen darauf noch nicht genügend vorbereitet seien. **DK**

Schwaben ist die Supply Chain Region

Schwaben ist eine der bundesdeutschen „Top-Logistik-Regionen“, die von Fraunhofer SCS identifiziert wurden. Der neu gegründete Logistik-Cluster Schwaben (LCS) wollte nun genauer wissen, wo die Stärken dieser Region beidseits von Iller und Donau liegen und gab mit Unterstützung der IHKs Schwaben und Ulm den „Logistik-Atlas Schwaben“ in Auftrag.

„In diesem ‚Atlas‘ gewinnt Schwaben Kontur und Profil als ‚Supply Chain Region‘“, so Harald Seifert, zweiter Vorsitzender des Clusters. „Das bedeutet: Dort werden die Bedürfnisse der Wirtschaft nach funktionierenden Versorgungsketten über die Grenzen von Unternehmen hinweg sowie die hierzu notwendigen Management-Funktionen ganz besonders erfüllt.“

„Nicht jeder Logistikstandort bildet gleichermaßen alle logistischen Aufgaben ab“, erklärt Uwe Veres-Homm, einer der beiden Autoren der Studie bei Fraunhofer SCS. Insgesamt unterscheiden die Fraunhofer-Wissenschaftler fünf Standorttypen mit unterschiedlichem Profil. Die Region Schwaben punktet laut Fraunhofer SCS damit, dass sie für alle fünf Typen geeignete Rahmenbedingungen bietet.

Die Mischung macht’s

Gerade die Mischung der verschiedenen Logistik-Typen ist prägend für das Profil dieser Region. Dies macht Schwaben attraktiv für die Bedürfnisse und Anforderungen der „Supply Chains“ von Unternehmen. „Logistik ist damit in Schwaben der Katalysator - sie verbindet die Wertschöpfungsnetzwerke. Hier funktionieren Supply Chains“, so Dr. Robert Schönberger, Geschäftsführer des Clusters.

„Deshalb wollen wir ‚Supply Chain Region‘ auch als eine Marke sichtbar machen und pflegen“, sagt der Cluster-Vorsitzende Alfred Kolb. „Hier wird deutlich, dass Logistik für diese Region eben weit mehr bedeutet als nur Warentransport und -umschlag.“ Die Stärken des Logistikstandorts Schwaben lassen sich als sieben Kernaussagen formulieren:

- Starke Logistikstandorte sind zukunftsfähige und sichere Standorte
- Logistik ist ein Wachstumstreiber in der Region
- Mittelstand ist Zugpferd der Logistik in Schwaben
- Schwaben ist die „Supply Chain Region“
- Schwabens „Außenhandelsbilanz“ ist positiv
- Schwaben ist führend in der Logistik-Ausbildung
- Schwaben bietet Raum für Logistik-Ansiedlungen.

Der „Logistik-Atlas“ zeigt, dass mehr als 9,2 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer sind in Logistikunternehmen oder in Logistik-Funktionen von Industrie und Handel tätig; in einigen Teilen Schwabens sind es über zehn Prozent. Das ist ein Viertel mehr als im bundesweiten Durchschnitt. Eine regional noch ausgeprägtere relative Stärke kann nur der Maschinenbau vorweisen. Logistik ist für Schwaben ein Wachstumstreiber.

In zwei Bereichen indessen fallen die Standortfaktoren ganz besonders günstig aus:

- Produktionsnahe Logistik: Hier profitiert die industrienahe Kontraktlogistik von der flächendeckend überdurchschnittlichen Präsenz der verarbeitenden Betriebe. Umgekehrt kann die Industrie, aber auch der Handel, auf „Value-Added-Services“ der Logistiker bauen: beispielsweise Konfektionierung und Qualitätsprüfung von Modulen für den Produktionsprozess, kundenspezifische Lackierung oder Zusammenstellung fertiger Displays für den Verkauf. „Der Atlas zeigt, dass Schwabens Logistik durch die Nähe zum überdurchschnittlich starken produzierenden Gewerbe ganz klare Standortvorteile hat und sie umgekehrt anderen Unternehmen auch bietet“, so Veres-Homm.
- Zentrale Distribution: Gerade mit der Nähe zu Österreich und zur Schweiz und mit der günstigen Lage zwischen den kaufkräftigen süddeutschen Ballungszentren mit guter Autobahn-Anbindung bietet die Region entscheidende Argumente bei Ansiedlungs-Entscheidungen.

Im Wettbewerb der Logistik-Standorte bewertet Fraunhofer SCS die Region Schwaben in vielen Bereichen gut bis sehr gut. Auf zwei Feldern sehen die Experten noch Verbesserungsmöglichkeiten: bei der Infrastruktur, etwa durch den raschen Bau eines Kombinierten Verkehr- bzw. Container-Terminals im künftigen Güterverkehrszentrum Augsburg sowie im „Management“ bzw. in der Außendarstellung des Standorts. „Und hierzu“, so Uwe Veres-Homm, „war die Gründung des Logistik-Clusters genau ein richtiger Schritt.“ ❐

Europäische Metropolregion Nürnberg:

Flughafenkonzept im Visier

Das Forum „Wirtschaft und Infrastruktur“ der Europäischen Metropolregion Nürnberg hat sich in seiner jüngsten Sitzung intensiv mit der Metropolfunktion des Flughafens Nürnberg befasst. Dabei schlug der politische Sprecher des Forums, Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, vor, ein Konzept für den Flughafen zu entwickeln, das Handlungsempfehlungen für den Airport sowohl als Infrastrukturanbieter als auch als Gewerbestandort beinhaltet.

Rund 60 Unternehmen sowie wirtschaftsnahe Institutionen aus allen Teilen der Europäischen Metropolregion Nürnberg sind im Forum „Wirtschaft und Infrastruktur“ vertreten. Dieses hat es sich zur Aufgabe gestellt, im regionalen und gesellschaftlichen Konsens Impulse für die entscheidenden wirtschaftsrelevanten Weichenstellungen der Region zu liefern. Vor diesem Hintergrund verabschiedete das Forum folgende Resolution:

Resolution

1. In der Charta der Europäischen Metropolregion Nürnberg ist der „Ausbau der Metropolfunktionen“ als ein strategisches Ziel verankert. Daher soll insbesondere die Gateway-Funktion der Metropolregion Nürnberg weiter ausgebaut werden. Der Nürnberg Airport ist hierbei von zentraler Bedeutung und genießt höchste Priorität für die gesamte Region.

2. Es ist ein langfristig angelegtes Entwicklungskonzept des Airports als Infrastrukturanbieter, aber auch als Gewerbestandort zu erstellen. Hierbei ist das Entwicklungspotential für das gesamte Umland zu ermitteln und zu berücksichtigen. Das Konzept muss konkrete Handlungsempfehlungen beinhalten und von den Gesellschaftern vorbehaltlos unterstützt werden.

3. Die Gesellschafter haben die Finanzierung dieses Entwicklungskonzepts nachhaltig und in fairer Relation zum Flughafen der Metropolregion München sicher zu stellen.

4. Bestandteil des Konzepts muss die optimale Verkehrsanbindung an die Metropolregion Nürnberg sein. Eine Investition in die straßenseitige und ÖPNV-Anbindung wird als wirkungsvolle Angebotsverbesserung und somit als Voraussetzung für die weitere Entwicklung betrachtet. **DK**

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

VGH München:

Vorerst keine Sperrzeitverkürzung für Diskothek in Bamberg

Ein Tanzlokal in Bamberg muss weiterhin die nächtlichen Sperrzeiten gemäß der Sperrzeitverordnung der Stadt Bamberg einhalten. Dies entschied der Verwaltungsgerichtshof München mit Beschluss vom 28.11.2011 in einem Verfahren des vorläufigen Rechtschutzes (Beschluss vom 28.11.2011, Az.: 22 CE 11.2353, rechtskräftig). Am 27.01.2012 wird der VGH München im Hauptsacheverfahren (Az.: 22 N 11.1282) mündlich über die Rechtmäßigkeit der Sperrzeitverordnung verhandeln.

Zum Sachverhalt: Die Antragstellerin betreibt eine Diskothek in der Bamberger Innenstadt und begehrt eine Ausnahme gemäß der Verordnung der Stadt Bamberg aus dem Jahr 2011, nach der an Werktagen eine Sperrzeit von 2 bis 6 Uhr sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 4 bis 6 Uhr gilt. Für ihren Betrieb hatte sie beantragt, dass mittwochs, freitags sowie samstags und sonntags die Sperrzeit erst um 4 bzw. 5 Uhr beginnen solle.

Keine Zweifel an Rechtmäßigkeit der Sperrzeitverordnung

Der VGH München hat nun entschieden, dass eine Verkürzung der Sperrzeiten vorläufig nicht infrage komme und damit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Bayreuth bestätigt. Nach Auffassung des VGH ist im gerichtlichen Eilverfahren vorläufig davon auszugehen, dass die Sperrzeitverordnung rechtmäßig und damit anwendbar ist.

Eine derartige generelle Regelung sei jedenfalls nicht offensichtlich fehlerhaft, denn Lärmbelästigungen und alkoholbedingte Kriminalität in den frühen Morgenstunden träten flächendeckend in der gesamten Bamberger Innenstadt auf.

Kein spezielles öffentliches Bedürfnis für Ausnahme

Die Antragstellerin könne keine Ausnahme von den festgesetzten Sperrzeiten beanspruchen, denn sie könne hierfür kein spezielles öffentliches Bedürfnis geltend machen. Hier reiche es nicht aus, dass ein Publikumsinteresse an längeren Öffnungszeiten während der Nacht bestehe.

Ein öffentliches Bedürfnis liege nur vor, wenn eine Gemeinwohlverträglichkeit und damit ausreichender Lärmschutz für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft gewährleistet sei. Lärmmessungen im Juli und im September hätten ergeben, dass die Richtwerte durch lautstarke Unterhaltungen und Geschrei deutlich überschritten worden seien.

Eine günstigere Lärmmessung im Oktober sei Indiz dafür, dass die Gesundheitsgefährdung der Anwohner durch nächtlichen Lärm infolge der neuen Sperrzeitverordnung zurückgegangen sei. Auch besondere örtliche Verhältnisse, die eine Ausnahme rechtfertigen könnten, lägen nicht vor.

Quelle: beck-aktuell-Redaktion, Verlag C.H. Beck ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Werner Bumeder (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 01.01.2011
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (3. v. r.), Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer (2. v. r.) und die Präsidenten der Euregios im Grenzgebiet Bayern-Österreich unterstrichen die Wichtigkeit einer innovativen Regionalpolitik. ❐

Interreg-Jahrestagung in Rosenheim:

Europa 2020 – der Beitrag der Euregios

Hochkarätige Vertreter der EU-Kommission sowie der bayerischen und österreichischen Politik und Verwaltung diskutierten bei der Jahrestagung des EU-Programms Interreg Bayern–Österreich in Rosenheim über die Strategie „Europa 2020 und den Beitrag der Euregios".

Die Gastgeberin, Rosenheims OB Gabriele Bauer sowie Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller hoben in ihrer Begrüßung die Bedeutsamkeit starker Regionen und funktionierender Kooperationen in einer Zeit nicht immer einfacher europäischer Rahmenbedingungen hervor.

Agenda für Wachstum und Beschäftigung

Dr. Wolfgang Streitenberger, Berater des Generaldirektors der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission, verwies darauf, dass die EU speziell in diesen schwierigen Zeiten eine Politik benötige, die zielgerichtete Investitionen fördert, durch die die Mitgliedstaaten und ihre Regionen möglichst rasch aus der Krise herauskommen können. „Die Europa 2020–Strategie ist die über allen EU-Politiken stehende Strategie unter dem Titel ‚Agenda für Wachstum und Beschäftigung', mit der dies erreicht werden soll", betonte Streitenberger.

Als wesentliche Neuerung der Kohäsionspolitik 2014 bis 2020 nannte der Referent die Fokussierung auf Resultate und Wirkungen der getätigten Investitionen. Erreicht werden soll dies zunächst durch die Konzentration auf eine geringere Zahl von Themen und integrierte Programmplanung; zudem durch Vereinfachung der Abläufe, durch Verbesserung der Umsetzungsqualität der Investitionsprogramme, durch Stärkung des territorialen Zusammenhalts sowie durch den vermehrten Einsatz von bisher wenig genutzten, auch innovativen Finanzinstrumenten.

Wichtige Säule

Bei den messbaren und sichtbaren Ergebnissen und Erfolgen setzten die Präsidenten der sechs Euregios des bayerisch-österreichischen Grenzgebiets, darunter Prof. Walter J. Mayr von der Euregio Inntal und Landrat Georg Grabner (Euregio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein) im Rahmen einer Podiumsdiskussion an: Interreg stellt als grenzüberschreitendes EU-Förderprogramm eine wichtige Säule der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit" dar.

In der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 gibt es bereits eine beachtliche Zahl von erfolgreichen Interreg-Projekten, die Beiträge zu den Themen der Strategie Europa 2020 leisten. Dazu zählen Innovationspolitik durch Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Förderung des lebenslangen Lernens durch Qualifizierungsmaßnahmen und Verbesserung der Ressourceneffizienz. Die Euregios sehen sich auch in der zukünftigen Interreg-Förderperiode 2014 bis 2020 als starke Partner vor Ort, die einen unverzichtbaren Beitrag leisten, die bayerisch-österreichische Grenzregion weiterzuentwickeln und die Region wettbewerbsfähiger und innovativer zu gestalten.

Im Rahmen einer tags darauf stattfindenden Sitzung des Begleitausschusses des EU-Förderprogramms Interreg Bayern–Österreich 2007 bis 2013 hat dieser elf neue Projekte genehmigt. Hierfür werden 5,8 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in das Grenzgebiet fließen.

Touristisches Schlüsselprojekt

Sechs Projekte davon liegen im Bereich Tourismus. Als touristisches Schlüsselprojekt wird in den nächsten drei Jahren für den gesamten Alpenbogen ein Online-Touren-Informationssystem des Österreichischen und Deutschen Alpenvereins aufgebaut. Dabei geht es darum, für die Bereiche Wandern, Bergsteigen, Skitouren, Klettern, Mountainbike eine zuverlässige Informationsbasis im Internet zu erstellen, in der georeferenzierte Verknüpfungen von Tourenbeschreibungen mit Informationen zu aktuellen Tourenverhältnissen, Wetterprognosen, Schutzhütteninformationen und Sicherheitstipps abgefragt werden können.

„SalzAlpenSteig Chiemsee-Königsee-Hallstatt" lautet der Name eines geplanten Weitwanderwegs, für den bereits eine Machbarkeitsstudie als Euregio-Kleinprojekt erarbeitet wurde. In einem Nachfolgeprojekt soll nun dieser Weitwanderweg, der aus einem 230 Kilometer langen Leitweg und 330 Kilometer Rundwegen bestehen wird, umgesetzt werden. Neben der genauen Wegeplanung und Festlegung der Streckenführung werden die Beschilderung und teilweise auch wegebauliche Maßnahmen und Marketing-Aktivitäten zur Etablierung der Marke „SalzAlpenSteig" gefördert. Ziel ist letztlich die Prädikatisierung als Premium-Wanderweg mit entsprechender Qualitätsprüfung und Schaffung der erforderlichen Organisationsstruktur als Basis für eine dauerhafte Erhaltung des Premium-Niveaus.

Bierweltregion

Ein Tourismusprojekt ganz anderer Art ist die sog. Bierweltregion, die durch eine Belebung der Bier- und Braukultur im Raum Mühlviertel/Niederbayern und den Auf- und Ausbau innovativer Produkte und Dienstleistungen (z. B. Bierakademie und Biersymposien) den Tourismus nachhaltig stärken soll. Zudem wird die inhaltliche und technische Weiterentwicklung der Allgäu-Walser-Card als elektronische Gästekarte für die Tourismusregion Bludenz, Bregenzer Wald, Unterallgäu und Oberallgäu gefördert.

Im Bereich Wirtschaft kann demnächst unter anderem das Kooperationsvorhaben „Vollholz Modulmöbel aus den Nationalparkregionen Bayerischer Wald und Oberösterreichische Kalkalpen" gestartet werden. Dabei soll nach einer eingehenden Marktanalyse ein internationaler Ideenwettbewerb zur Erarbeitung von Modellentwürfen für Modulmöbel aus heimischen Edelhölzern durchgeführt werden. Ziel ist dabei, die Ressourcen der Regionen zur Schaffung einer modernen Möbellinie zu nutzen und die traditionelle Handwerkskunst mit einem ansprechenden, innovativen Design zu vereinen.

Seilfähre über dem Inn

Ein wichtiges Projekt, das den Bereich Umwelt mit dem Tourismus verbindet, ist die Errichtung einer Seilfähre über den Inn im Bereich des Europareservats Unterer Inn im Gemeindegebiet von Kirchdorf am Inn auf oberösterreichischer und Bad Füssing auf bayerischer Seite. Hier werden auch Marketingmaßnahmen sowie Qualifizierungsmaßnahmen für das Fährpersonal durchgeführt, damit während der Überfahrt das Wissen über den Naturraum im Europareservat Unterer Inn an die Besucher vermittelt werden kann.

Weitere Projekte im Bereich Umweltbildung werden an der schwäbisch-tirolerischen Grenze umgesetzt: Als neue Attraktion im bereits bestehenden Walderlebniszentrum Ostallgäu-Außerfern wird ein Baumkronenweg errichtet. Außerdem wird im Umfeld des Walderlebniszentrums ein Geopfad als Themenweg mit mehreren Erlebnisstationen und einem zentralen Informationsraum angelegt. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Selbstdisziplin zur Weihnachtszeit

„Schon wieder machen Sie sich wie eine Heuschrecke über die frisch gebackenen Weihnachtsplätzchen her. Ich esse vor dem Heiligen Abend überhaupt kein Weihnachtsgebäck – keine Platzerl, Stollen, Spekulatius, Lebkuchen: nichts!" Mein Chef hat mich mal wieder in flagranti mit den Pfoten in der Leckereien-Schüssel erwischt, die ich mir auf den Schreibtisch gestellt habe. Die nicht ausgesprochenen Worte „undiszipliniert" und „zügellos" las ich in seinen Augen.

Ja, mein Chef! Das „Nichts" müsste wohl ergänzt werden durch ein „außer ich muss", denn natürlich probiert er das feine Gebäck auf dem Benefizmarkt des Frauenvereins oder beim Adventsabend der Turnerschaft. Aber das gehört halt zum Job eines Kommunalpolitikers. Zuhause und im Büro ist er den Süßigkeiten abhold. Da lebt er tief in einer vergessenen Tradition, die die 40 Tage vor Weihnachten ebenso als strenge Fastenzeit sah, wie die Tage vor Ostern. Zu St. Martin am 11. November wurde der letzte Braten vertilgt, dann kamen bittere Tage des Verzichts, bis man sich am Christtag des 25. Dezember wieder so richtig dem Schlemmen hingeben durfte.

Von diesem frommen Brauch ist in unserer Zeit kaum mehr etwas übrig geblieben. Nicht einmal die sauertöpfischsten Kulturkritiker unter den Klerikern wollen uns vor Weihnachten zum Verzicht überreden – wahrscheinlich in der richtigen Annahme, dass in dieser Zeit des Hyperkonsums, der Genussattacken auf den Weihnachtsmärkten und der Dauerberieselung durch Werbung Mäßigungsappelle für die Katz sein dürften. Nur einige Traditionen lassen noch etwas von der früheren Sitte des Fastens erahnen – etwa die Martinsgans als letzte opulente Speise vor einer langen Durststrecke oder das in vielen Familien immer noch eher karge Mahl am Heiligen Abend oder eben die standhaften Gebäckverweigerer, die von ihren Vätern oder Müttern, Omas oder Opas schon gelernt haben, dass man die Plätzchen zwar im Advent bäckt, aber erst nach der Christmette isst, wenn sie die genussorientierten Ehepartner oder Kollegen schon wieder über haben.

Ich persönlich bin ja ein schwacher Mensch mit dem familiären Hintergrund von Naschkatzen als Altvordere, die für Plätzchenabstinenz nie zu haben waren. Trotzdem wünschte ich mir, dieser Brauch des Maßhaltens in der Rüstzeit vor Weihnachten würde wieder in Mode kommen. Wir haben gerade mal den Dritten Advent und ich leide jetzt schon darunter, dass sich meine Waage immer mehr vom Idealgewicht hin zum Schildchen „one person only" bewegt. Aber was will man machen?

Angeblich ist man von der Vorschrift des Fastens im Advent abgekommen, als die so genannte kleine Eiszeit Europa in der frühen Neuzeit in den Würgegriff nahm und man den Menschen in den kälter und rauer werdenden Wintern nicht verweigern wollte, sich ein ordentliches Energiepolster aufzubauen. Allmählich wurde die Fasten- zur Schlemmerzeit, in der gebacken, geräuchert und gesotten wurde, was die Vorräte hergaben, damit man über die strengen und erbarmungslosen Winter kam. In einer Zeit, in der wir uns wieder dem mittelalterlichen Klimaoptimum nähern, die November als Trockenphasen daherkommen und man am ersten Advent nachmittags im T-Shirt auf der Sonnenterrasse sitzen kann, wäre wohl ein Umdenken zumindest vorstellbar.

Mein Chef, der Bürgermeister, schaut mich mitleidig-belustigt an. Welcher tollkühne Held sollte ausgerechnet vor Weihnachten Enthaltsamkeit predigen, nachdem die Lebkuchen schon Anfang Oktober in die Supermarkt-Regale kommen, die Gastronomie jeder Güteklasse vom Ersten Advent bis Dreikönig ihre absolute Hausse hat und nicht wenige Geschäfte drei Viertel ihres Umsatzes zur Weihnachtszeit machen. Nein, der rechte Umgang mit den Verführungen dieser Zeit ist wie so oft Selbsteinsicht und Selbstdisziplin. Deshalb dreht der Chef auch den Spieß um und gibt zur Abwechslung mir ein Kalenderblatt zum Nachdenken. Darauf steht ein Satz Goethes: „Ein jeder kehre vor seiner Tür und rein ist jedes Stadtquartier."

Ihre Sabrina

Bezirk Mittelfranken:

100-Betten-Psychiatrieklinik in Fürth

Ansbach. Der Bezirk Mittelfranken kann in den nächsten Jahren eine 100-Betten-Klinik für die psychiatrische Versorgung auf dem Gelände des Klinikums Fürth bauen. Diesen Beschluss hat der Krankenhausplanungsausschuss für den Freistaat Bayern in München gefasst.

Seit vielen Jahren wird über eine wohnortnahe, dezentralisierte Versorgung psychisch Kranker in Mittelfranken diskutiert. Vor dem Hintergrund der anstehenden Generalsanierung der psychiatrischen Klinik am Klinikum am Europakanal Erlangen hat jetzt ein entsprechender Antrag des Bezirks Mittelfranken und des Kommunalunternehmens Bezirkskliniken Mittelfranken die Zustimmung der bayerischen Krankenhausplanung gefunden.

Danach werden von den rund 400 Psychiatriebetten in Erlangen künftig etwa 100 Betten in Fürth durch die Bezirkskliniken Mittelfranken betrieben. Seit über zehn Jahren werden in der psychiatrischen Tagesklinik Fürth Patientinnen und Patienten aus der Stadt und dem Landkreis Fürth medizinisch versorgt. Im nächsten Jahr wird noch eine Institutsambulanz die Versorgungssituation verbessern.

Bezirkstagspräsident Richard Bartsch dankte dem früheren Gesundheitsminister Dr. Markus Söder und dem Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie für die Unterstützung dieses Projekts. Mit dem neuen Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber wird man dieses Vorhaben nun in die Tat umsetzen. Nach dem Grundsatzbeschluss können die Vorstände Werner Siemon (Bezirkskliniken Mittelfranken) und Peter Krappmann (Klinikum Fürth) die weiteren Detailplanungen vornehmen.

„Auch wenn die Bauzeit für beide Maßnahmen rund 15 Jahre betragen wird, ist doch mit dem heutigen Tag ein offizieller Startschuss erfolgt", betonte Bezirkstagspräsident Richard Bartsch abschließend. ❐

Wahlergebnisse

Der seit 2008 amtierende Bürgermeister von Bodenmais, Sozialdemokrat Michael Adam, ist neuer Chef des niederbayerischen Landkreises Regen. Bei der Stichwahl erhielt der 26-Jährige 57,3 Prozent der Stimmen. Gegenkandidat Helmut Plenk (CSU), zweiter Bürgermeister von Bischofmais kam auf 42,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug 59,3 Prozent. Die Wahl war nach dem Selbstmord des langjährigen Landrats Heinz Wölfl (CSU) nötig geworden. Nach Einschätzung des Deutschen Landkreistags gibt es bundesweit keinen jüngeren Landrat als Adam.

Der bisherige Bürgermeister von Oy-Mittelberg, Theo Haslach (CSU), wurde in seinem Amt bestätigt. Haslach, der als einziger Kandidat angetreten war, erhielt 94 Prozent der Stimmen. Der 52-Jährige steht der Oberallgäuer Gemeinde seit sechs Jahren vor.

In der Gemeinde Röslau, Landkreis Wunsiedel, wurde der Nachfolger von Bürgermeister Gerald Schade (CSU) gewählt. Als Sieger ging der SPD-Politiker Torsten Gebhard mit 54,7 Prozent der Stimmen hervor. CSU-Kandidat Sebastian Pasch konnte 27,9 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, für die Freie-Wähler-Kandidatin Gabriele Neubert votierten 17,7 Prozent der Bürger. **DK**

Beste Brückenbauer

Regierung von Niederbayern verlieh in Straubing Integrationspreis 2011

Fünf Vereine und Institutionen sind in Straubing mit dem Integrationspreis 2011 der Regierung von Niederbayern ausgezeichnet worden. Die Preisträger setzen sich besonders erfolgreich dafür ein, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln in der Region Fuß fassen und Einheimische mit fremden Kulturen vertraut gemacht werden.

Das Preisgeld von jeweils 1.000 Euro ging an den Caritasverband der Stadt Straubing und des Landkreises Straubing-Bogen, den Verein „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ in Passau, die Universität Passau, die Deutsch-Türkische Gesellschaft Bayern – Zweigstelle Passau und den Archäologie-Erlebnispark Gabreta der beruflichen Fortbildungszentren der bayerischen Wirtschaft (bfz Passau) bei Ringelai, Landkreis Freyung-Grafenau.

Der Caritasverband der Stadt Straubing und des Landkreises Straubing-Bogen wurde für das mehrsprachige Kinderbuch „Rocasimi“ ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um eine mehrsprachige Publikation über den Straubinger Tierpark. Mit der Unterstützung von Migranten wurde der deutsche Text in die russische und türkische Sprache übersetzt. Das Buch wurde kostenlos an Kindergärten und Schulen verteilt. Dort kann es verwendet werden, um die Sprachkompetenz der Kinder zu fördern. Herstellung und Druck erfolgten auf Spendenbasis.

Der Verein „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ wiederum will die europäische Idee von Einheit und Frieden in die Tat umsetzen. Den Verantwortlichen geht es um den Abbau von Vorurteilen gegenüber Menschen wegen ihrer Herkunft oder ihrer Rasse. Mit Aktionen und Projekten wollen die Vereinsmitglieder dazu beitragen, Chancengleichheit für alle in Gesellschaft, Bildung und Arbeitswelt zu erreichen.

Internationaler Frauentreff

Ein Beispiel dafür ist der internationale Frauentreff „Frauen – Erleben – Kulturen“. Bei diesem monatlichen Stammtisch kommen Frauen aus aller Welt für Fortbildungen, Ausflüge oder gemeinsame Aktionen zusammen. Außerdem gibt es das Projekt „Kinder – Erleben – Kulturen“. Migranten und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln erarbeiten dabei Konzepte, wie Kindern in Kindertagesstätten, Schulen, Horten und im Ferienprogramm interkulturelles Wissen vermittelt werden kann.

Um die gesellschaftliche und berufliche Lage hoch qualifizierter Einwanderer zu verbessern, wurde 2009 das Projekt zur Integration von Migranten mit akademischem Hintergrund – „akadeMigra“ – an der Universität Passau ins Leben gerufen. Mit der Unterstützung der Volkshochschule Passau und der Agentur für Arbeit bietet das akadeMigra-Projekt neben Sprachkursen mit entsprechendem Niveau auch Schulungen zu interkultureller Kommunikation an. Außerdem gibt es Weiterbildungen, damit die Menschen ihre Fähigkeiten noch besser an die Bedürfnisse deutscher Arbeitgeber anpassen können und so leichter Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

Dank finanzieller Unterstützung durch verschiedene Stiftungen und Unternehmen können die individuell angepassten Kurse besonders preisgünstig angeboten werden. Langfristig soll aus dem Projekt ein größeres soziales Netzwerk hervorgehen, das Migranten mit ähnlichen Problemen verbindet, sie mit potenziellen Arbeitgebern in Kontakt bringt und so die Integration in Gesellschaft und Beruf erleichtert.

Deutsch-Türkische Gesellschaft Passau

Die Deutsch-Türkische Gesellschaft Passau setzt sich ihrerseits seit 20 Jahren dafür ein, dass Menschen mit türkischen Wurzeln in der Region Passau Fuß fassen und Einheimische die vielfältige türkische Kultur kennenlernen. Dialog und Austausch sollen vor allem bei Vorträgen über Geschichte, Politik, Wissenschaft und Kunst gefördert werden. Gemeinschaftserlebnisse bringen Exkursionen und gemeinsame Projekte von Einheimischen und Zuwanderern. Für 2012 ist zum Beispiel ein türkisches Festzelt beim Passauer Barock-Festival geplant. Dort sollen Lesungen, Diskussionen, Kabarett, Theater und Musik stattfinden.

„Mit dem mehrdeutigen Titel ‚Der Bayerische Wald – Einwanderführer’ soll die Ambivalenz zwischen einer blühenden weltoffenen Tourismusregion und den Problemen, die sich gerade in dieser ländlichen Gegend für Jugendliche mit Migrationshintergrund ergeben, angedeutet werden.“ So beschreiben die Organisatoren das Theaterprojekt für Jugendliche mit ausländischen Wurzeln und Einheimische zwischen 16 und 25 Jahren. Kreativität hat jeder in sich – unabhängig von Herkunft, Sprache oder Lebenseinstellung. Diese Kreativität sollen die Teilnehmer nutzen, um eine gemeinsame Basis zu finden und Freundschaften außerhalb von Schule und Beruf aufzubauen.

Durch den intensiven Umgang mit der deutschen und bayerischen Sprache verbessern die Jugendlichen spielerisch ihre Sprachkompetenz. Sie lernen die niederbayerische Kultur, Natur und Geschichte neu oder noch besser kennen und können sich dadurch leichter oder erst recht mit der Region identifizieren. Die Initiative trägt sich durch die enge Zusammenarbeit mit Schulen, Pfadfindergruppen und privaten Unterstützern. Das erste Theaterstück wurde bereits mit großem Erfolg aufgeführt.

Eine Anerkennungsurkunde für besondere Leistungen in der Integrationsarbeit erhielt schließlich die Abteilung „Integration – besondere soziale Aufgaben“ der Stadt Straubing für das Projekt „Zeichen setzen – gemeinsam gegen Rassismus und Gewalt“. Dabei handelt es sich um eine Kampagne zur politischen Bildung in der Jugendarbeit. **DK**

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 20. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **EDV, Organisation, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunikationstechnologie**
- **Kommunalfinanzen**
- **Kommunale Baupolitik**
- **Schulen, Kindergärten, Horte**
- **Kommunale Repräsentation**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine Beilage des Verlags C.H. Beck bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Jahrestagung in Parsberg:

Archäologie und Bodendenkmalpflege

Unter dem Motto „Archäologie in Bayern“ veranstalteten das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege und die Gesellschaft für Archäologie in Bayern im oberpfälzischen Parsberg ihre Jahrestagung 2011. Die Arbeit der Archäologischen Gesellschaft erfährt in diesem Jahr eine besondere Würdigung: Mitte November wurde ihr in Cottbus die „Silberne Halbkugel“ als Deutscher Preis für Denkmalschutz des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz überreicht.

Ausgezeichnet wurde die Gesellschaft für ihr 30-jähriges kritisches bürgerschaftliches Engagement in der Archäologie und Bodendenkmalpflege. Mit ihren vielfältigen fachlichen und politischen Leistungen ist die mittlerweile starke Bürgerbewegung laut Jury eine unverzichtbare Unterstützung der staatlichen archäologischen Denkmalpflege in Deutschland.

Bei der Jahrestagung erhielten die Besucher aktuelle Informationen über die Archäologie und Bodendenkmalpflege in Bayern. Beleuchtet wurde das Spektrum menschlicher Siedlungstätigkeit: von der ältesten Bandkeramik vor etwa 7500 Jahren bis zu frühmittelalterlichen und neuzeitlichen Gräbern in aufgelassenen Friedhöfen. Ein besonderes Augenmerk galt jedoch den regionalen Beiträgen über den Oberpfälzer Jura oder den Herrschaftsfragen in der Oberpfalz im frühen und hohen Mittelalter.

Publikation

Zudem stand die Präsentation der Publikation „Das archäologische Jahr in Bayern 2010“ im Zentrum des Interesses. Die Handreichung stellt die wichtigsten archäologischen Ausgrabungen und Untersuchungen aus dem Jahr 2010 vor. Als Autoren von insgesamt 66 Beiträgen fungieren Referenten des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, Wissenschaftler in Universitäten, Kommunalarchäolo-gien, Forschungsinstituten und Grabungsfirmen sowie Fachstudenten. Die Aufsätze geben einen fundierten Einblick in die vielfältigen Aktivitäten der Landesarchäologie, zum Beispiel Keltisches Kunstschaffen - eine Linsenflasche aus Kösching; Kies für die Via Claudia? Eine römische Straßenstation in Langweid am Lech; Reginum geht baden - Geophysik in den Canabae von Regensburg; Von Bären und Beeren, vom Bauen und Brauen - zur Frühzeit Nabburgs; Archäologie im Pausenhof - Ausgrabungen im Clavius-Gymnasium in Bamberg.

Die Herausgeber weisen in ihrem Vorwort darauf hin, dass die Archäologie mit jeder Ausgrabung, jedem Fund und Befund einen von vielen Mosaiksteinen liefern, die in ihrer Gesamtheit unser Bild vom prähistorischen Menschen formen. Als seltener Glücksfall kann es gelten, dass im Jahr 2010 in Bullenheim ein Menschenköpfchen als Fragment einer Tonfigurine aus der Bandkeramik gefunden wurde. Ganz konkret tritt dem Leser folglich der Mensch des 5. Jahrtausends vor Christus gegenüber: der Künstler und das von ihm geschaffene Menschen-Bild. **DK**

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.
BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch **Münzen**, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.
JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Bepflanzungssysteme und Stadtmobiliar

Stadtmobiliar + Bepflanzungssysteme
MVS Messe- u. Vertriebsservice J. Kuprat
www.messe-vertrieb.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Kommunalberatung Prof. Dr. Manfred Miosga
Green City Energy Der alternative Energiedienstleister
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de
Hailo

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL BENZ® SPORT
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0
Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de
DFLW

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Weihnachtsbeleuchtung

Von führenden Baurechtlern und Architekten

Herausgegeben von:
Dr. Jürgen **Busse**, Direktor des Bayerischen Gemeindetages.

Bearbeitet von:
Dr. Andreas **Decker**, RiVGH
Andreas **Dhom**, VorsRiVG
Dr. Franz **Dirnberger**, Direktor beim Bayer. Gemeindetag
Rainer **Franz**, Ministerialdirigent a.D.
Prof. Dr. Otto **Gassner**, RA
Dr. Andreas **Geiger**, RA
Jürgen **Gollwitzer**, Dipl.-Ing. und Architekt
Christian **Konrad**, RegDir
Dr. Christian **Kühnel**, BauDir
Alfred **Lechner**†, Ltd. RegDir a.D.
Johannes **Nolte**, Ltd. BauDir
Helmut **Rauscher**, Dipl.-Ing.
Fardad **Shirvani**, RA
Katja **Strohhäker**, Dipl.-Ing.
Horst **Taft**, Ltd. Verwaltungsdirektor a.D.
Stephan **Wolf**, Oberverwaltungsrat
Dr. Wolfgang **Würfel**, RA

» ... ein Werk von beeindruckender Materialfülle«
Vizepräsident des OVG Hans Karsten Schmaltz, in: DVBl 2/2002

»Das Werk bietet wie eh und je eine Ausführlichkeit und Dichte der Kommentierung, die im Bauordnungsrecht (und im Landesrecht wohl überhaupt) ihresgleichen sucht.«
Ministerialrätin Susanne Dahlke-Piel, in: SächsVBl 11/2004

Angebotsstand: 14. November 2011/ck. **Bildmotiv: Erbauer: Baumbaron, Foto: Johannes Schelle**
Verlag C.H.Beck oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München · Amtsgericht München HRA 48045
158835

Für jedes Bauvorhaben zu haben.

C·H·BECK

BESTELL-FAX-COUPON **Fax 089/3 81 89-402 oder schnell im Internet: beck-shop.de – portofrei!**

☐ Firmenanschrift ☐ Privatadresse **158835**

Name/Vorname

Firma/Kanzlei

Straße

PLZ/Ort

E-Mail/Kundennummer

Ja, ich bestelle:

Simon/Busse, Bayerische Bauordnung
105. Auflage. 2011. In 2 Ordnern.

___ **Vorzugspreis bei Fortsetzungsbezug € 118,–*** + VK € 4,95
ISBN 978-3-406-44019-9
(mindestens 3 Ergänzungslieferungen, danach ist eine Kündigung jederzeit möglich)

___ **Normalpreis** ohne Fortsetzungsbezug € 240,–* + VK € 4,95
ISBN 978-3-406-50080-0

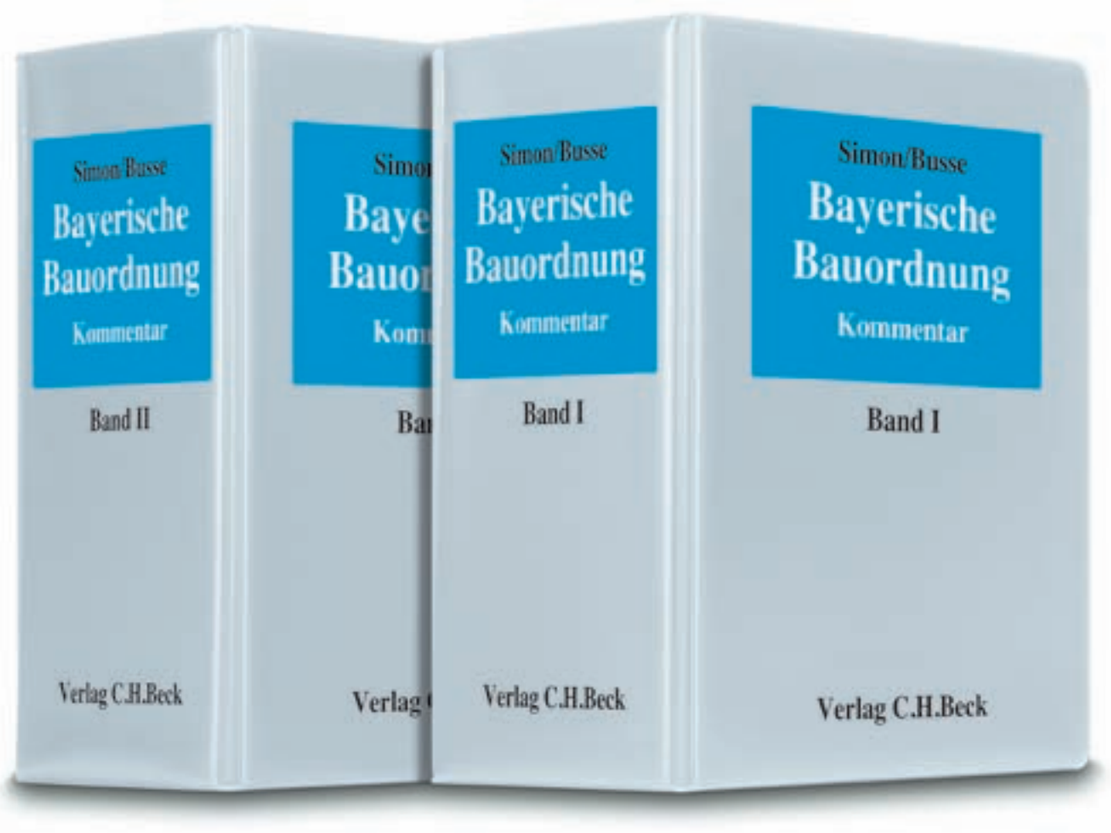
Alle Preise inklusive MwSt. VK = Versandkosten in Deutschland bei Einzelbestellung beim Verlag.
*Im Preis enthalten ist bereits die 106. Ergänzungslieferung vom Dezember 2011.

Widerrufsbelehrung und Rückgaberecht: Bei schriftlicher oder telefonischer Bestellung haben Sie das Recht, Ihre Bestellung innerhalb von 2 Wochen nach Absendung ohne Begründung in Textform (z.B. Brief, Fax, Email) zu widerrufen. Die rechtzeitige Absendung des Widerrufs innerhalb dieser Frist genügt. Die Frist beginnt nicht vor Erhalt dieser Belehrung. Der Widerruf ist zu richten an den Lieferanten (Buchhändler, beck-shop.de oder Verlag C.H.Beck, **c/o Nördlinger Verlagsauslieferung, Augsburger Straße 67a, 86720 Nördlingen)**. Im Falle eines Widerrufs sind beiderseits empfangene Leistungen zurückzugewähren. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Lieferant. Zu denselben Bedingungen haben Sie auch ein Rückgaberecht für die Erstlieferung innerhalb von 14 Tagen seit Erhalt. Ihr Verlag C.H.Beck oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München.

✗
Datum/Unterschrift

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder bei:
VERLAG C.H.BECK · 80791 MÜNCHEN
Telefon: (089)38189-750 · Fax: (089)38189-402
E-Mail: bestellung@beck.de

Bringt Ordnung ins bayerische Baurecht.



Simon/Busse
Bayerische Bauordnung
105. Auflage. 2011. Rund 8460 Seiten. In 2 Ordnern.
Vorzugspreis bei Fortsetzungsbezug € 118,–
(mindestens drei Ergänzungslieferungen; danach ist eine Kündigung der Fortsetzung jederzeit möglich) ISBN 978-3-406-44019-9
Preis bei Einzelbezug € 240,– ISBN 978-3-406-50080-0

Der Großkommentar

beantwortet nahezu alle Fragen zum Bayerischen Baurecht. Kernstück des Werks ist die Kommentierung der Bayerischen Bauordnung **mit erklärenden Zeichnungen, Übersichten und graphischen Darstellungen**, etwa im Bereich der »Begriffe« und des Abstandflächenrechts. Ausführlich kommentiert ist darüber hinaus die »Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze – GaStellV«.

Alle sonstigen wichtigen Vorschriften

neben der BayBO sind ebenfalls abgedruckt: dessen Durchführungsbestimmungen und Vollzugsvorschriften sowie die **Bestimmungen zu praxisrelevanten Themenbereichen** wie Bauprodukte, **Brandschutz**, Feuerungsanlagen, Abgrabungen, Raumordnung/Landesplanung und **Technische Baubestimmungen**. Im Bauplanungsrecht sind außer dem BauGB die Bestimmungen zu Energieeinsparung und Wärmeschutz, Immissionsschutzrecht, Abfallbeseitigung sowie das **einschlägige Berufsrecht** für Architekten, Baumeister und Ingenieure, das Kostengesetz, das Kostenverzeichnis sowie ergänzende kostenrechtliche Vorschriften enthalten.

Aktuell mit Stand Oktober 2011

Komplett überarbeitet wurde jetzt der gesamte Band II. Neu aufgenommen bzw. aktualisiert wurden dabei:

- **diverse Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern**, etwa zum Brandschutz, zum Vollzug der Bauvorlagenverordnung oder zur Wärmedämmung an Außenwänden/Dächern
- **Schreiben der Obersten Baubehörde** zur »Verkehrssicherheit von Treppen« und zur »Barrierefreiheit von Wohnungen«
- die Verordnung (EU) Nr. 305/ 2011 (**EU-Bauproduktenverordnung**).

Im Grundwerkspreis bereits enthalten ist die 106. Ergänzungslieferung von Dezember 2011, u.a. mit dem Pflege- und Wohnqualitätsgesetz, der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – **32. BImSchV, der Bodenrichtwertrichtlinie** vom 11.1. 2011 und erstmals den von der Obersten Baubehörde herausgegebenen **Planungshilfen 2010/11**.